

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Inflation-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgeteilte Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellen- und Geschäftstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement-Preis: halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original täglich außer Montags.

### Sie bleiben im Turm.

Seit Wochen beschäftigt sich die Presse lebhaft mit einem Artikel, in dem Herr Dr. Julius Bachem, der Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“, für das Zentrum die Parole ausgab: „Heraus aus dem Zentrumsturm“. Dieser Vorschlag lief darauf hinaus, dem Zentrum den konfessionellen Charakter zu nehmen und es noch mehr als jezt zu einer großen Sammelmasse aller konfessionellen Elemente zu machen. Der Vorschlag des Dr. Bachem hat jedoch in der Zentrums-Presse selbst sehr wenig Gegenliebe gefunden. Man erklärte, daß das Bild von dem Zentrumsturm ein sehr schiefes sei. Das Zentrum stehe keineswegs in einem Turme, es sei keineswegs eine exklusiv konfessionelle Partei; aber ein Verlassen der gegenwärtigen Zentrumstaktik würde schließlich nur darauf hinauslaufen, durch Zentrumswahlhilfe anderen Leuten in den Sattel zu helfen, ohne dafür entsprechende Gegenleistungen zu empfangen.

Das Zentrum würde auch eine keineswegs kluge Politik treiben, wenn es dem Rufe „Heraus aus dem Zentrumsturm“ Folge leisten wollte. Es hat es auch so, ohne das konfessionelle Band, das die Partei zusammenhält, zu lockern, bis zur Regierungspartei gebracht, d. h. zu einer Partei, ohne deren Zustimmung die Regierung keinen Schritt zu tun vermag. Diese Stellung, die die Regierung zwingt, sich mit dem Zentrum auf guten Fuß zu stellen, verschafft dem Zentrum die Vorteile einer Regierungspartei, ohne ihm doch den offiziellen Stempel einer solchen aufzubringen. Wer aber weiß, daß es gerade der Schein einer Oppositionspartei ist, der dem Zentrum noch heute seinen starken Anhang sichert — und das Zentrum selbst, das ja seine Propagandapresse mit Vorliebe bis zur Aupzigkeit oppositionelle Töne anschlagen läßt, weiß das nur zu genau — der wird es für das denkbar verkehrteste halten, das Zentrum dieses oppositionellen Nimbus zu entkleiden. Ebensonenig wird es einem einflussreichen Zentrumspolitiker einfallen, seiner Partei das spezifisch konfessionelle Gepräge, das ihren stärksten Stützpunkt bildet, zu rauben. Zumal die agitatorische Kraft des Zentrums hauptsächlich in dem ebenso eifrigen wie zahlreichen Agitatorenstab besteht, den die katholische Geistlichkeit bildet.

Das Zentrum weiß also ganz genau, warum es von einer Entkonfessionierung nichts wissen will. Allerdings könnte sich ja Herr Bachem darauf berufen, daß kein geringerer, als Windthorst selbst seinerzeit das Zentrum in seiner jetzigen Gestalt für eine vorübergehende Erscheinung erklärt hat. Erklärte doch der verstorbene Führer des Zentrums bereits im Jahre 1872, daß das Zentrum bereitwillig sich selbst auflösen werde, wenn die Gründe, die es geschaffen, fortgefallen seien. Windthorst sagte damals wörtlich: „Nebenbei wird das Zentrum jederzeit bereit sein, sich aufzulösen und in die anderen Fraktionen überzutreten, wenn eine der anderen Fraktionen ein akzeptables Programm aufstellt. Ja im Interesse des Friedens würde es noch weitergehen. Wenn die brennenden Beschwerden der Katholiken endlich beseitigt sind, wenn der Angriff, der konzentrisch auf die katholische Kirche gemacht, nachgelassen hat, dann wird das Zentrum sich gern auflösen, weil es in der Tat der Ruhe bedarf, die der nun schon lange dauernde Kampf täglich mehr wünschenswert macht.“

Nun, die Regierung hat inzwischen längst ihren Frieden mit der katholischen Kirche geschlossen. Auch die geschorene und die gescheitete Geistlichkeit vertrauen sich trotz gelegentlicher kleiner Händchen ganz ausgezeichnet. Zentrum und protestantische Kirche haben ja erst bei dem Schulverfassungsgesetz wieder gemeinsame Sache gemacht, und zwar jedenfalls nicht zum Schaden der katholischen Kirche. Es läge also nicht der geringste Anlaß mehr vor, das Versprechen Windthorsts nicht einlösen zu wollen. Aber das Zentrum hat sich inzwischen als ein so ausgezeichnetes Mittel nicht nur zur Vertretung der Interessen der katholischen Kirche, sondern auch zur Vertretung der politischen Interessen der verschiedensten Ausbeuterfraktionen erwiesen, daß es nicht nur vom kirchlichen, sondern auch vom politischen Standpunkt aus ein großer Fehler des Zentrums wäre, die heutige Organisation der Partei preiszugeben.

Daß die katholische Kirche alles Interesse daran hat, den konfessionellen Charakter des Zentrums zu erhalten, liegt ohne weiteres auf der Hand. Denn so sehr die protestantische und die katholische Kirche darin übereinstimmen, daß es im Interesse von Thron und Altar notwendig ist, die Volksmassen in möglichst geistlicher Unmündigkeit zu erhalten, so besteht gleichwohl die alte Rivalität zwischen Katholizismus und Protestantismus. Gewiß werden beide dem gemeinsamen Gegner gegenüber zusammenhalten, wie das ja bei der preussischen Schulverfassungsvorlage der Fall gewesen ist; allein die jeweiligen Grenzstreitigkeiten dauern gleichwohl fort und machen für die katholische Kirche eine starke politische Vertretung wünschenswert. Daß das Zentrum nach außen seinen konfessionellen Charakter möglichst zu verschleiern sucht, liegt bei alledem in der Natur der Sache. Es ist ja die bekannte kirchliche Taktik, sich selbst stets als das Rammlein hinzustellen, das niemand das Wasser trübt. Nach der Behauptung des Zentrums selbst tritt das Zentrum nicht etwa für möglichste Bewegendefreiheit der katholischen Kirche ein, sondern für das „Prinzip der religiösen Freiheit“, weshalb es die Freiheit und Selbständigkeit der evangelischen Kirche ebenso verteidigt, wie die der katholischen Kirche. Ja, schon Mallinckrodt behauptete

seinerzeit im Reichstage, daß das Zentrum sogar die Rechte der Juden und Dissidenten schütze! Dies Jurisprudenztragen einer angeblichen Toleranz war eine Taktik, die sich zur Zeit des Kulturkampfes schon ganz von selbst gebot. Daß das Zentrum heute als Regierungspartei nicht minder vorsichtig auftreten muß, liegt auf der Hand. Trotzdem aber ist es lächerlich, wenn die Zentrums-Presse sich jezt so stellt, als spiele der Konfessionalismus im Zentrum so gut wie gar keine Rolle. Ist doch gerade der konfessionelle Fanatismus das Mittel, breite Schichten der nichtbeisetzenden Klasse an das Zentrum zu fesseln. Auch zeugt es doch von der innigen Verbindung zwischen Zentrum und Katholizismus, daß die großen Zentrumspartaden statt aus eigentlichen Parteitagungen aus Generalversammlungen katholischer Organisationen bestehen. Auch ist es ja bekannt, daß ein Teil des Zentrums sogar konfessionelle Berufsorganisationen der Arbeiter protegirt. Man braucht also gar nicht auf die Entfesselungsgeschichte des Zentrums zurückzugreifen, um den Nachweis des konfessionellen Charakters desselben zu führen.

Liegt es so im Interesse der katholischen Kirche, daß am Wesen des Zentrums nicht das geringste geändert werde, so liegt das gleiche auch im Interesse der besitzenden Elemente dieser Partei. Den ultramontanen Kraut- und Schloßbaronen des Zentrums könnte es schließlich egal sein, ob ihre Klasseninteressen von einer mehr oder weniger konfessionell gefärbten Partei vertreten werden, wenn nicht das Zentrum gleichzeitig den Vorzug besäße, durch seinen konfessionellen Charakter einen Einfluß auch auf das katholische Proletariat auszuüben, den eine entkonfessionalisierte Partei des gleichen politischen Charakters niemals ausüben vermöchte. Politisch und sozialpolitisch unterscheidet sich ja das Zentrum längst nicht mehr von den Konserwativen oder National-Liberalen. Man braucht nur einmal die Reden von Mallinckrodt und Windthorst über den Militarismus in den siebziger Jahren mit den heutigen Zentrumreden zu vergleichen, um sich die vollständige Wandlung des Zentrums aus einer Oppositionspartei in eine Regierungspartei zu vergegenwärtigen. Oder man braucht nur daran zu erinnern, daß das Zentrum zwar im Jahre 1873 im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts stellte, heute aber die Einbringung eines solchen Antrages der Regierung überlassen zu müssen erklärt! Dieser Berrat an den Interessen des Proletariats, diese strupellose Regierungs- und Ausbeuterpolitik würden auch den rücksichtigeren Kreisen des katholischen Proletariats längst die Augen geöffnet haben, wenn es nicht die katholische Geistlichkeit, teils durch ihren persönlichen Einfluß, teils mit Hilfe der Kaplan-Presse bestanden hätte, den Arbeitern durch alle Mittel der Verleumdung und Verheugung Sand in die Augen zu streuen. Der konfessionelle Charakter des Zentrums, die Verquickung der Religion mit einer Politik, die einen nichts weniger als christlichen Charakter trägt, hat so — die Sozialdemokratie hat das niemals gelehrt — das Zentrum zu derjenigen Partei gemacht, deren Widerstandskraft gegen die sozialdemokratische Bewegung sich noch am stärksten erwiesen hat. Deshalb wäre es auch eine gewaltige Dummheit, wenn das ultramontane Unternehmertum aus dem Zentrum gerade das Element der geistlichen Demagogie ausscheiden wollte, ohne das die Desertion des proletarischen Anhangs aus der Zentrumspartei bald einen gewaltigen Umfang annehmen würde.

Der Diskussion in der Zentrums-Presse über den Vorschlag des Herrn Bachem darf also keinerlei Bedeutung beigelegt werden. Der Vorschlag, den vielberathenen, aber noch immer festgesetzten Zentrumsturm selbst zu sprengen, kann in den maßgebenden Kreisen des Zentrums auch nicht eine Sekunde lang ernst genommen werden. Ueberhaupt sollte man auf die innere Zerfurchung des Zentrums nicht allzu große Hoffnungen setzen. In den Zentrumsturm wird nur von außen Breche gelegt werden können, durch die Sozialdemokratie, die der Verdummungsarbeit der Zentrumsdemagogie eine verdoppelte Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen hat. Nur eine unablässige und scharfe Kritik der Zentrumstaten durch die sozialdemokratische Partei und die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften kann die katholischen Arbeiter die Zentrumsherrschaft durchschauern lehren und zum Klassenbewußtsein erziehen!

### Die Revolution in Rußland.

Der bevorstehende Umfall der Kadetten.  
Je näher das Ende der Wahlkampagne, je mehr es sich herausstellt, daß die „R.-D.“ in der Duma die tonangebende Partei sein werden, desto klarer tritt ihr wahrer Charakter zutage. In der Hitze der Wahltagitation, wo es galt, möglichst viel Stimmen zusammenzubringen, haben sie auf ihre volksfreundlichen Bestrebungen gepocht, da haben sie hoch und teuer auf das Wohl des Volks geschworen, sie haben versichert, in der Duma vor allem darauf zu bestehen, eine konstituierende Versammlung auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einzuberufen. Das war früher, jezt ist es anders. Jezt, wo die „R.-D.“ die geträumte Höhe erklommen, jezt, wo sie darauf rechnen können, ein Stückchen Regierungsmacht in ihre Hände zu bekommen, haben sie ihre Versprechungen vergessen und führen eine ganz andere Sprache. Hören wir einmal, was die Häupter der Partei über die bevorstehende Arbeit in der Duma sagen. Ein Mitarbeiter der Petersburger Zeitung

„Das 20. Jahrhundert“ (anstatt der „Ruf“) hat eine ganze Reihe hervorragender „R.-D.“ interviewt, unter ihnen P. Struwe, Winawer, Redin u. a.: Wie aus den nennmehr veröffentlichten Gesprächen hervorgeht, betrachten sie alle als die erste notwendige Arbeit in der Duma Dinge, wie die „vier Freiheiten“, die Abschaffung des Gesetzes über den Staatsrat, die Agrarfrage und dergleichen mehr, die Erfüllung ihres Versprechens wegen der Einberufung der konstituierenden Versammlung verschoben sie alle in eine mehr oder weniger entfernte Zukunft; für die erste Session der Duma gehen sie nicht über die Verwirklichung des Manifestes vom 30. Oktober hinaus. Dochinteressant ist die Aeußerung P. Struwes über die künftige Taktik der „R.-D.“ in der Duma: „Die Fragen der Taktik werden von der Partei nur in ihren Hauptzügen besprochen, und sie urbi et orbi“) zu verstanden wäre ein großer Fehler: je weniger man darüber weiß, wie wir in der Duma vorzugehen gedenken, desto besser.“ Allerdings ist es für die „R.-D.“ besser, wenn ihre Wähler möglichst wenig über ihre Absichten erfahren, denn sonst würden diejenigen Wähler, die im guten Glauben an die Aufrichtigkeit ihrer Versprechungen für die „R.-D.“ gestimmt haben, ihnen schleunigst den Rücken kehren. Durch ihre verächtliche Taktik aber wenden sich die „R.-D.“ von den Forderungen des Proletariats, unter denen die der konstituierenden Versammlung den ersten Platz einnimmt, ab und berauben sich selbst dadurch der mächtigen Stütze, die sie im Proletariat haben könnten, würden sie in der Duma als Vertreter eines wahren Liberalismus im besten Sinne des Wortes, als echte Demokraten auftreten. In diesem Falle könnten die „R.-D.“, könnte auch die Duma auf eine wirksame Unterstützung seitens der Arbeiterklasse rechnen. Aber eine Duma, die von der Regierung keine Rechenschaft für ihre zahllosen Verbrechen fordert, sondern diese Regierung stillschweigend anerkennt und mit ihr um ein paar elende Fehden angeleglicher Freiheit verhandelt — läßt das Proletariat vollständig kalt, zur Verteidigung dieser Duma, dieser „Vollvertreter“ rührt es keinen Finger. Sein Klassenbewußtsein, welches ihm schon früher den Weg des Boykotts der Duma gewiesen hat, verbiethet ihm die Unterstützung derer, die unter der Maske der Volksfreundlichkeit im Grunde genommen die erbittertesten Gegner seiner Klasseninteressen sind, in deren Händen die Duma nur ein Mittel ist, dem nahenden Sieg der Revolution, deren Vorkämpfer das Proletariat ist, Einhalt zu gebieten.

### Finanzprojekte der Regierung.

Petersburg, 16. April. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einem an den Finanzminister gerichteten kaiserlichen Ulaß wird der Reichshaushaltsetat für 1906 bekanntgegeben. Der Etat sieht Finanzoperationen vor, um 481 Millionen Rubel außerordentliche Ausgaben, ferner 150 Millionen Rubel zur Tilgung von Schatzanweisungen, die auf Grund eines Beschlusses des Finanz-Ausschusses im Jahre 1905 ausgedehnt worden sind, und 180 Millionen Rubel an Kriegsausgaben zu decken. Zu diesem Zwecke soll eine Anleihe von russischen und ausländischen Banken aufgenommen werden.

### Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Kosaken.

Petersburg, 17. April. Am Sonntagabend entstand in einem überfüllten Hause in der Berezajastrasse eine Schlägerei zwischen Soldaten und Arbeitern; infolge derselben sammelte sich ein Haufe von etwa 2000 Arbeitern an, die gegen die Soldaten vorgingen und das Innere des Gebäudes verwüsteten. Polizei und Kosaken, die zur Wiederherstellung der Ordnung erschienen, wurden mit Steinwürfen empfangen. Sie mußten mit blanker Waffe vorgehen, doch erlitten nur wenige Personen Verletzungen. Von den bei der Schlägerei Verwundeten ist einer gestorben.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. April.

### Die Brückierung Italiens.

In Italien war es sehr aufgefallen, daß die Wesub-Katastrophe von der sonst so redseligen und telegraphiereifrigen deutschen Regierung völlig unbeachtet geblieben war. Als nun gar noch mehrere deutsche Blätter, so die „Berl. Neuest. Nachr.“ und die „Germania“, die unerhörte Behauptung aufstellten, diese Haltung der deutschen Regierung sei keineswegs Zufall, sondern kränkende Absicht: man wolle sich an Italien dafür rächen, daß es in Algerien nicht mit Deutschland durch die und damit gegangen sei, mußte begreiflicherweise die Erbitterung Italiens einen hohen Grad erreichen. Die italienische Presse schlug dem auch fast ausnahmslos die schärfsten Töne gegen das „verbündete“ Deutschland an.

Jezt endlich begreift die deutsche Regierung, wie töricht es sei, die seit dem Algerienhandel ohnehin trostlose Situation noch geschnitten zu verschlechtern. Wie das offiziöse Telegraphenbureau vom 16. April meldet, richtete der deutsche Votschafter an den italienischen Minister des Aeußern ein offizielles Schreiben, in dem er sein Beileid zu den schmerzlichen Ereignissen am Wesub aussprach. In dem Schreiben hieß es, der schreckliche Ausbruch des Wesub, der die blühende Umgebung von Neapel verwüstete, habe in Deutschland die lebhaftesten und aufrichtigsten Sympathien hervorgerufen. Jezt, wo die unmittelbare Gefahr vorüber zu sein scheint und man die Größe des Unglücks abmessen könne, wünsche die kaiserliche Regierung der königlichen Regierung und der italienischen Nation ihr Beileid und ihr herzlichstes Mitgefühl zu dem Unglück, das Italien durch diese neue Katastrophe getroffen habe, auszudrücken.

\*) Das heißt der Stadt und dem Erdkreis.

... 100., m. steter Verleumdung solange zu warten, bis die eigene Presse das auffällige Schwitzen als hämisches Hebelwollen deutete, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist zu konstatieren, daß die öffentliche Meinung Italiens dies Schreiben nur als eine sehr verspätete und wenig überzeugende Korrektur des früheren Verhaltens betrachtet. Und zu diesen früheren Kundgebungen positiver und negativer Art rechnet man auch ein Telegramm, das der deutsche Kaiser dem Grafen Goluchowski zugehen ließ und welches wörtlich folgendermaßen lautete:

„In dem Augenblick, da ich mit Genehmigung Ihres allergnädigsten Herrn dem Grafen Welfersheim das Großkreuz des Roten Adlerordens überreichte zum Dank für seine erfolgreichen Bemühungen in Algerien, drängt es mich, Ihnen von Herzen aufrichtigen Dank zu sagen für Ihre unerschütterliche Unterstützung meiner Vertreter. — Eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen. — Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes in gleichem Falle auch von mir gewiß sein.“

Wilhelm I. R.“

Man versteht es, daß dies Telegramm an Goluchowski als indirekter Mißfall für Italien angesehen wird. Ob aber durch solche Benjuren die Bundesstreife Italiens gefestigt wird, darüber kann man ebenfalls sehr verschiedener Ansicht sein! Pariser Blätter besprechen die Vorgänge bereits unter der Überschrift: „Das Ende des Dreibundes!“

### Spiridonowa.

Vorwissen (Gouv. Tambow), 16. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kosakenoffizier Abramow, der gegen die nach Ermordung eines Gouverneurs verhaftete Marie Spiridonowa Gewalttaten begangen hatte, wurde gestern im Zentrum der Stadt von einem Unbekannten durch drei Revolverkugeln verwundet und erlag heute seinen Wunden. Der Mörder ist entkommen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die konservative, wohl auch die Zentrumspresse und bürgerliche Organe anderer Parteien auf obige Nachricht hin ein Wutgeheul anstimmen werden über die neueste ruchlose Schandtat des revolutionären „Mörders“. Dieselbe Presse, die kein Wort im günstigsten Falle ein paar schale Phrasen gebracht hat über die Tragödie der schändlich gemarterten Spiridonowa! Dieselbe Presse, die wohl gar das russische Mädchen mit einem Häbel preussischen Unflats übergoß hat.

Darum scheint es angebracht, den tragischen Fall kurz zu rekapitulieren: Der Gouverneur Luschenowski, ein Scheusal in menschenähnlicher Gestalt, tat sich im Dienste der russischen Reaktion die letzten Monate ganz besonders hervor: Er „beruhigte“ das Tambowsche Gouvernement, das heißt: er raubte und mordete, fengte und plünderte, peitschte und hurte. Und seine Offiziere und Soldaten setzten eine Ehre darin, es dem schurkischen Gebieter gleichzutun.

Da beschloß das Tambower Komitee der russischen revolutionären Sozialdemokratie, den elenden Buben aus der Welt zu schaffen. Das Los, ihn zu töten, fiel auf Fräulein Spiridonowa, ein idealistisch veranlagtes sechzehnjähriges Mädchen, ein Kind, das sicherlich weniger von politisch ausgereiften Motiven als von edelmännlichen Regungen befeuert war, da es — stolzer Freude voll — die Herde, aber ehrenvolle Wiffen übernahm.

Von den Augen aus dem Revolver der Spiridonowa tödlich getroffen, hauchte das Scheusal Luschenowski seinen Geist aus.

Die sechzehnjährige „Mörderin“ fiel zwei Dolchen im Leutnantsrang in die Hände: dem Kosakenoffizier Abramow und dem Polizeileutnant Schdanow. Diese schlugen ihr ins Gesicht, traten ihr auf den Leib, stießen sie mit dem Gewehrkolben, hoben sie am Kopf in die Höhe und ließen die bereits Bewußtlose mit voller Wucht zu Boden schlagen. Am Fuße zerrten sie die Ohnmächtige die Bahnhofsrampe herunter und schleuderten sie in die bereit gehaltene Droschke. Man brachte sie zur Polizei, entkleidete sie bis aufs Hemd auf sperrte die Fiebernde in eine Kalle, mit Steinfliesen belegte Kammer. Hier spielten die Schäfte Schdanow und Abramow Fußball mit dem Kinde, peitschten und folterten. Sie wählten ihre Zigaretten am nackten Leibe des Mädchens, rissen ihm die Haare einzeln aus. Alle diese Handlungen waren natürlich von den gemeinsten Beschimpfungen begleitet.

Dann folgte das Ekstasische: Spiridonowa wurde auf der Bahn nach Tambow gebracht. Untermwegs vergewaltigte der Galante Abramow das Kind und steckte es mit Syphilis an!!

Am 5. April trug Bebel im deutschen Reichstage den Fall Spiridonowa vor. Er hat — wir zitteren unter Fortlassung der Zwischenrufe, die von der Empörung im Hause Zeugnis ablegen, nach dem offiziellen stenographischen Protokoll — den ärztlichen Befund zur Verlesung gebracht. Der lautete:

„... Das Gesicht ist geschwollen, voll roter und blauer Narben. Beide Augen so furchtbar geschwollen, daß die Krante sie nicht öffnen kann. Ein Auge hat die Sehkraft ganz eingebüßt, das andere wird wohl geheilt werden können. Der Mund kann nicht geöffnet werden, da die Lippen geschwollen sind. Ueber dem linken Auge ist die Haut abgerissen in der Größe eines Markstückes, so daß das Fleisch blutet; dasselbe auch rechts am Haar, mitten auf der Stirn, ein eiternder Streifen, wo die Haut auch abgerissen ist. Die beiden Hände sind blau geschwollen und tragen zahlreiche Spuren von Nagelschabien, dergleichen auch Arme und Schultern. Die beiden Füße sind blau und geschwollen, an vielen Stellen ist die Haut abgerissen, Spuren von Nagelschabien. Der Hals ist geschwollen, die Lungen sind stark beschädigt, infolgedessen hat Blutung stattgefunden.“

Während Bebel dann von der Syphilis-Infizierung des Kindes durch den Strolch im Offiziersrod berichtete, fiel der Reichstagsler Graf Bülow in Ohnmacht! Der Symbole liebt, dem mag diese Fügung des Zufalls als ein Symbol gelten für die Gefühle, die einen sich zum zivilisierten Teile der Menschheit rechnenden Menschen befeelen müssen bei der Kunde von der Verletzung, in der Rußlands Staatsstößen dahinleben.

Die Spiridonowa wurde zum Tode verurteilt, aber zu 20jähriger Zwangsarbeit „begnadigt“.

In derselben Reichstagsitzung, da Bebel sprach und Bülow in Ohnmacht fiel, hat Herr Liebermann v. Sonnenberg sich mit Stolz zum Kosakenoffizier bekannt, hat er sich in die Brust geworfen, die Abramow, Schdanow und Konforten liebevoll an sein weites Antifemitenherz gezogen.

Der Esel muß jeden Menschen, solange er noch Spuren menschlichen Empfindens in sich trägt, packen bei der Erinnerung daran, wie deutsche Reichstagsabgeordnete im deutschen Reichstage und deutsche Zeitungen zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts post Christum natum barbarische Schandthaten beschönigen, ja verteidigen, für die Vorgänge in der Seele einer Spiridonowa aber nicht das geringste Verhängnis besitzen.

Die Antifemitenpresse, die Junkerpresse, die Zentrumspresse hat dem Fall Spiridonowa das gleiche „Verhängnis“ entgegengebracht. Sie versteht sich meisterhaft aufs Latschweigen. Wenn einem Deutschen in unseren Kolonien demnächst einmal ein

Gärchen gekümmert, oder wenn ein holländischer Adliger beleidigt werden sollte, dann werden jene Edelmenschen wohl die Sprache wiederfinden.

## Deutsches Reich.

### Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Die Verberbeitung des Reichsverbandes ereignet in letzter Zeit eine intensive Tätigkeit. Eifrig werden die Adressbücher, Staatskalender, Beamtenlisten usw. studiert, die Namen derjenigen, die sich „vermöge ihrer sozialen Stellung und nationalen Veranlagung vorwiegend für die Bestrebungen des Reichsverbandes interessieren dürften“, in die Namensregister eingetragen und dann diese Personen mit Zirkularen und Aufforderungen überschüttet, deren ewiger Schlußreim darauf hinausläuft: „Zur Rettung des Vaterlandes vor der sozialdemokratischen Gefahr ist absolut nötig, daß Ihr den Reichsverband nicht nur durch beträchtliche einmalige Spenden, sondern auch durch regelmäßige Jahresbeiträge unterstützt.“ Und diese Bittetel hat, da sie mit anerkannter Wertigkeit betrieben wird, gute Erfolge aufzuweisen. Nach den letzten Veröffentlichungen, die der Reichsverband seinen Mitgliedern zugehant hat, beläuft sich die Zahl der Mitglieder, die sich zu regelmäßigen Jahresbeiträgen verpflichtet haben, über 100 000, die Anzahl der Ortsvereine des Reichsverbandes ist auf 91 gestiegen, und ferner haben sich ungefähr 250 selbständige nationale Vereine (meist konservative und nationalliberale Wahlvereine, Beamtenvereine usw.) dem Reichsverband angeschlossen.

Wenn in der letzten Zeit die agitatorische Tätigkeit des Reichsverbandes etwas nachgelassen hat, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß seine Energie verpufft ist. Er trifft schon jetzt umfassende Vorbereitungen für die Reichstagswahl im Jahre 1908. Es ist ein Spezialwahlfonds eingerichtet worden, dem bereits namhafte Beiträge zugeflossen sind. Aus ihm sollen die Kosten für die vor den nächsten Reichstagswahlen geplante ausgedehnte antisozialdemokratische Agitation bestritten werden. Man gedenkt einige Millionen Flugblätter und Broschüren in die „sozialdemokratische verhasste“ Wahlkreise zu werfen, und außerdem mehrere Dugend der bekannten, in der „Rednerschule“ des Verbandes gedruckten „Wanderredner“ loszulassen. Auch die Herausgabe eines antisozialdemokratischen politischen Handbuchs ist geplant.

Ferner ist eine Erweiterung der schon jetzt vom Reichsverband unterhaltenen „Zeitungskorrespondenz“ beabsichtigt. Bekanntschaft hat der Reichsverband hier in Berlin eine Art Preßbureau eingerichtet, in dem die sozialdemokratischen Parteiblätter sowie die größeren Gewerkschaftsblätter daraufhin durchmustert werden, ob sich nicht in ihnen Äußerungen befinden, die sich den Zwecken des Reichsverbandes entsprechend zurechtgerichtet oder interpretiert, gegen die sozialdemokratische Bewegung ausplachten lassen. Die gehässigen, verlogenen, die Sozialdemokratie begeißelnden Notizen, die fast täglich in den Blättern vom Schlage der „Post“, der „Staatsbürger-Ztg.“, des „Reich“, der „Deutschen Tagesztg.“ und in der konservativen Kreispresse erscheinen, sind nur zum kleinsten Teil Selbstfabrikate dieser Zeitungen, meist stammen sie aus der Preßabteilung des ehrfurchtsamen Reichsverbandes. Diese Korrespondenz gedenkt man zur nächsten Reichstagswahl auszubauen, mit speziell auf die Wahlbewegung berechneten Artikeln und Notizen vollzustopfen und sie zum unentgeltlichen Abdruck der gesamten bürgerlichen Presse, von den freisinnig-politischen Blättern bis herab zum reaktionärsten Kreisblattchen, zur Verfügung zu stellen.

Es sind also bedeutende Vorbereitungen, die der Reichsverband für die nächsten Reichstagswahlen trifft, und wenn auch wohl kaum alle seine schönen Pläne sich so leicht verwirklichen lassen werden, wie er denkt, so ergibt sich doch daraus für die Zeitung unserer Partei die Aufgabe, rechtzeitig ihre Gegenmaßnahmen zu treffen.

### Das große Mißverständnis.

In Nr. 82 des „Vorwärts“ veröffentlichte vor einigen kurzen Auszug aus einem Bericht des dänischen Universitätsdozenten Dr. Destrup, nach welchem der Haupt- und Spezialtheoretiker der konservativen Reichstagsfraktion Graf Kanitz-Podang in einem Gespräch gesagt haben sollte: „Wir können den Fleischverbrauch (in Deutschland) ja doch nicht decken, und die hohen Fleischpreise, mit denen wir natürlich sehr zufrieden sind, würden nicht sinken, selbst wenn die dänische Grenze geöffnet werden würde. Dazu kommt, daß auf der Südseite der Grenze manche Agrarier direkt interessiert sind an einem erleichterten Zugang mageren dänischen Viehes. Und schließlich wäre es ja willkommen, eine Gelegenheit zu erhalten, den Städten zu zeigen, daß die Agrarier nicht so despotisch und unumgänglich sind, wie man sagt. Es geht uns Agrariern wie so vielen, wir sind in Wirklichkeit viel besser als unser Ruf. Ja, wenn die Verhältnisse sich ändern und Deutschland einmal wirklich in die Lage kommen sollte, sich selber mit Fleisch zu versorgen, so würden die Agrarier natürlich einen anderen Standpunkt einnehmen; aber wie die Dinge vorläufig stehen, wird man in uns keine prinzipiellen Gegner finden, wenn Dänemark in diesem Punkte mit Deutschland reden will.“

Der „Deutschen Tagesztg.“ war diese Notiz höchst unangenehm; sie behauptete, die Äußerung des Grafen Kanitz würde wohl anders gelaute haben, und richtete schließlich an diesen die Aufforderung, die Angaben des Dr. Destrup richtigzustellen. Die Nichtigstellung unterließ; dafür aber brachte am letzten Donnerstag das Dertelsche Organ folgende nichtsfagende Notiz:

Durch die Presse ging kürzlich, wie wir mitteilten, die Nachricht, Abg. Graf Kanitz habe einem dänischen Gelehrten, dem Herrn Dr. Destrup gesagt, die deutsche Landwirtschaft sei bekanntlich nicht im Stande, den einheimischen Fleischbedarf zu decken; deshalb werde sie über die Öffnung der dänischen Grenze mit sich reden lassen. Wir mußten von der Mitteilung, da sie durch die ganze Presse ging, Notiz nehmen, fügten aber sofort hinzu, daß wir ihre Richtigkeit bezweifeln müßten. Wie unsere Zweifel berechtigt waren, das bestätigt uns heute eine Zirkulär des Grafen von Kanitz, in der er ausführt, daß ein Mißverständnis vorliege und daß er stets den entgegengesetzten Standpunkt vertreten habe.

Die Notiz konnte ihrer ganzen Fassung nach nur als eine jämmerliche Ausflucht gelten. Jedenfalls ist sie weit mehr geeignet, den Bericht des Dr. Destrup zu bestätigen, als zu dementieren. Anstatt einfach zu sagen, was er dem Dr. Destrup gesagt hat und was nicht, verhandelt sich Graf Kanitz hinter dem bekannten großen Mißverständnis und erklärt, daß er stets den entgegengesetzten Standpunkt vertreten habe — was, soweit sein Auftreten in der breiten Öffentlichkeit in Betracht kommt, bisher unseres Wissens niemand bezweifelt hat, handelt es sich doch gerade darum, daß die von Dr. Destrup behauptete Privatäußerung des Grafen Kanitz zu dessen öffentlichen Reden in trassem Widerspruch steht. Trotz dieser absoluten Wertlosigkeit ihrer Richtigstellung sieht sich die „Deutsche Tageszeitung“ veranlaßt, uns und den übrigen Blättern, die jene Notiz gebracht haben, den Vorwurf der Unehrlichkeit zu machen, weil wir das komische Dementi unbeachtet gelassen haben.

Fast die gesamte liberale, freisinnige und sozialdemokratische Presse, sagt das Blatt, „hatte von dem Mißverständnis Notiz genommen und daran einige mehr oder minder hämisches Ver-

merkungen geknüpft. Man hätte demnach erwarten müssen, daß nunmehr diese Blätter von der Erklärung des Grafen Kanitz ihren Lesern Kenntnis geben würden. Das ist aber, soweit wir gesehen haben, nur von zwei Blättern geschehen, nämlich von der „Vossischen Zeitung“ und von der „Frankfurter Zeitung“. Wir glauben deshalb, die Erklärung des Grafen Kanitz nochmals ausdrücklich hervorheben zu sollen, daß er immer den Standpunkt vertreten habe, daß die deutsche Landwirtschaft den heimischen Fleischbedarf decken könne.“

Die Unberühmtheit des bündlerischen Blattes ist fast noch größer als seine Einfältigkeit. Weil es ihm beliebt, einen Bericht ohne jegliche näheren Angaben einfach als Mißverständnis zu bezeichnen, mußt es der gesamten Presse zu, zu glauben, daß Graf Kanitz gerade das Gegenteil von dem gesagt hat, was ihn Dr. Destrup sagen läßt — und das, nachdem in den letzten Jahren die agrarischen Autoritäten so häufig bewiesen haben, daß sie des sogenannten guten Zweckes wegen auch gegen ihre Ueberzeugung zu sprechen vermögen. Wir erinnern hier nur an Preußens höchste landwirtschaftliche Autorität, den Landwirtschaftsminister v. Boddiloff, der nach seiner eigenen Angabe schon damals, als er in seiner Rede beim Kaiserhof-Diner die Behauptung aufstellte, die Schweinepreise würden schon in vier bis fünf Wochen sinken, ganz genau wußte, daß dieser Fall nicht eintreten werde, trotzdem aber des guten agrarischen Zweckes wegen sich nicht genierte, auf seine Autorität hin etwas zu versichern, das er selbst für falsch hielt.

Eine Empfehlung der Prügelstrafe leistet sich der Erste Staatsanwalt Langer in der „Deutschen Juristen-Zeitung“. Er bedauert, daß diese barbarische, verrothene Strafe den verlorenen Platz nicht wieder gewinnen könne, trotz „der in die Augen springenden Vorteile ihrer Billigkeit und Einbringlichkeit“, und obgleich es nicht viele Deutsche geben möge, die nicht beim Lesen ihrer Zeitung oder wenn sie sonst von einer rüpelhaften Straftat erfahren, durch den Gedanken oder gar den Ausdruck, „der Mensch verdiene Schläge“, das Bedürfnis nach dieser Straftat gefühlt und anerkannt haben. Einer der Gründe für diese Erscheinung scheint ihm ihr „altmodischer grober Name“ zu sein, und viel wäre seiner Ansicht nach schon gewonnen, wenn man eine feine, das Mitleid weniger anregende Bezeichnung, vielleicht gar in einem wohlklingenden Fremdwort, für sie fände.“ Herr Langer sucht dem Vorwurf der Barbarei schließlich zu entgehen, indem er darauf hinweist, daß sich die Knutenstrafe in der Gesellschaft Englands, des freisinnig regierten Dänemarks und des Präsidenten der Union Theodore Roosevelt befindet.

Was uns wenig imponiert, Roosevelt ist keine Autorität in Kulturfragen, die sogenannten „Liberale“ Dänemarks sind's ebenfalls, und daß in England neben manchem, das wir uns zum Muster nehmen könnten, noch viel Barbarei besteht, haben wir längst gewußt. Die sich mehrenden Stimmen aus Juristenkreisen für die Prügelstrafe beweisen uns nur, daß im Zeitalter der Draufgewetter und Frommhold ein allgemeiner Niedergang des Niveau's unserer Justiz stattfindet.

### Nachmals die Roosevelt-Rede.

Auch die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ hat die famose Rede Roosevelt's an der Spitze des Blattes gebracht. Bei einer solchen Bewertung dieser Rede ist es nicht uninteressant, das Urteil der „Allg. Volkstg.“ darüber zu hören. Das Blatt schreibt: „Es geht schon wieder los! Rämlich das Jubeln über angeblich „deutschfreundliche“ Rundgebungen im Ausland. Die Ansprache, welche Präsident Roosevelt an eine ihm von dem Reichstager Speck v. Sternburg dargeführte Abordnung deutscher Kriegsbundmitglieder von Nordamerika hielt, hat den „Tag“ bezw. den „Berliner Lokalanzeiger“ augenscheinlich in einen Taumel des Entzückens versetzt. Diese Blätter bringen die Ansprache auf der ersten Seite in fetter (!) Schrift unter der jauchzenden Ueberschrift: Eine deutschfreundliche Rundgebung des Präsidenten Roosevelt. Im Letzte wird dann von einer „hochbedeutenden“ Rede gesprochen, was geradezu lächerlich ist.“

Präsident Roosevelt hat bekanntlich einen „guten Rungenschlag“ und hält Ansprachen ohne Zahl. Ueber die Häufigkeit seiner rhetorischen Ergüsse werden in der amerikanischen Presse auch recht gelagene Witze gemacht. Daß der Präsident im politischen Leben recht energisch auftreten kann, hat er schon manchmal bewiesen, zugleich hat er sich aber in seinen Gelegenheitsansprachen stets als ein Komplimentenmacher erster Güte bewährt. Von den Deutschamerikanern hat er gesagt, keine Rasse habe den Amerikanern bessere Eigenschaften gegeben, als die Männer deutschen Stammes und Blutes. Sehr nett, aber wer Roosevelt's Ansprachen kennt, weiß auch, daß er so zu allen spricht. Den Juden hat er anlässlich des Jubiläums ihrer 20-jährigen Exilienz auf amerikanischem Boden im November v. J. noch viel größere Schmeicheleien, und sogar schriftlich, gesagt.

Vor der Konferenz versicherten optimistisch angehauchte Blätter, Amerika werde sich entschieden auf unsere Seite stellen, aber diese Hoffnung hat getrogen. Der amerikanische Delegierte W. H. C. hat sich mehr auf die französische, als auf die deutsche Seite gestellt und zum Schluß das Protokoll nur mit dem Vorbehalt unterschrieben, daß Amerika jede Verantwortung für die Durchführung ablehne. Das heißt doch wohl: wenn Frankreich sich Uebergriffe erlaubt, z. B. in bezug auf die Handhabung der Polizeigewalt, dann wird das den Jankees ganz gleichgültig sein. Wir haben also sicher keinen Anlaß, den Amerikanern Dank für Algerien zu spenden, und überdies sagt Roosevelt in der angeblich „hochbedeutenden“ (!) Rede ja auch nur, es wäre gut, daß die Konferenz friedlich verlaufen sei.

### Die bayerische Mittelstandspartei.

Die angeblich zur Wahrung der Interessen des wehrfähigen Mittelstandes gegründete bayerische Mittelstandspartei befindet sich in einer bösen Klemme. Sie hatte vor kurzem ihren Sekretär, den Schuldenaufkäufer und Einreiber Bielmeyer beauftragt, zur Deckung der Kosten für die letzte Landtagswahlagitation von den aus der Mittelstandspartei ausgetretenen Mitgliedern die rückständigen Beiträge zwangsweise einzutreiben. Bei der Nachprüfung stellte sich heraus, daß die Kasse der Mittelstandspartei ein Rants von 8000 M. aufweist. Quittungen und Belege fehlen. Die Mittelstandspartei hat nun nicht nur den Sekretär Bielmeyer, der vor einigen Tagen wieder einmal vor dem hiesigen Schöffengericht als Wucherer ersten Ranges bezeichnet wurde, seines Amtes enthoben, sie hat ihn auch einstimmig ausgeschlossen und ruft nun zur Aufklärung der Kassen- und Wuchererhältnisse die Hilfe der Staatsanwaltschaft an.

Daß die Mittelstandspartei, die während der Landtagsagitation die Bekämpfung der kleinen Gewerbetreibenden durch die „unberühmten“ Forderungen der Arbeiter als Feldgeschrei erkoren hatte, einen Mann als Sekretär anstellen konnte, der als einer der ärgsten Ausbeuter der kleinen Leute galt, ist bezeichnend für das mittelstandstretterische Parteigebilde.

### Die Liberalen in Ostpreußen.

Die „Partungische Zeitung“ verkündet, daß für die nächsten Reichstagswahlen zwischen den liberalen Parteien der Provinz Ostpreußen, der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Nationalliberalen Partei eine Verständigung erzielt worden ist, die unter voller Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Parteien ein gemeinsames Vorgehen aller drei Parteien auf breiter Basis garantiert.

Solche „Verständigung“ ist in Königsberg schon bei der letzten Wahl vorhanden gewesen; in der Provinz aber haben alle drei Parteien recht wenig Einfluß. Ob es gelingen wird, die Stimmen der Nationalliberalen in der Provinz, die gewöhnlich bisher den Konservativen zufielen, der Freisinnigen Volkspartei zuzuwenden, ist

fraglich. Gewiß ist nur, daß in den Kreisen, wo der liberale Flügel bei den Stichwahlen zwischen den Konserverativen und Sozialdemokraten den Ausschlag gibt, er zugunsten der Konserverativen entscheiden wird. Dafür erhält er dann in Königsberg von den Konserverativen in der Stichwahl — wenn eine solche wieder stattfinden sollte — die nachdrücklichste Beihilfe.

### Schwere Verluste in Südwestafrika.

Amlich wird gemeldet: Major von Storff ging am 2. April 1906 mit den Abteilungen Tübler und Heud in Richtung Gamsbluff vor. Durch diesen Vormarsch wurden die dort befindlichen Hottentotten gezwungen, auf britisches Gebiet überzutreten. Eine starke Hottentottenwehr mit 40 Männern und 300 Weibern und Kindern wurde von der Kap-Polizei von Aris nach der Gegend von Kiefontein S. O. abtransportiert.

Anscheinend hierdurch veranlaßt, lebte Marenka, der auf britischem Gebiet in Höhe von Ariam gemeldet war, mit etwa 70 Weibern auf deutsches Gebiet zurück. Am 5. April überfällt er die Bad Nababis-Namas und schlug die Richtung auf Heirachabis und Amas ein. Hierbei wurde ein Teil seiner Bande durch die von Nababis in Amasich befindliche Jantensstation von Milzgewetz angegriffen und nach kurzem Feuergefecht nach Norden zurückgezwungen.

Ueber Amas auf Heirachabis folgte die Abteilung Hornhardt, deren Führung Major Siebert übernommen hatte, während sich Abteilung Heud in Gndab zusammenzog unter Verlegung von Gapius Davignab und Cas. Inzwischen hatte Marenka die Richtung auf Amas verlassen und war über Wehlers Damms auf Zettluft abgezogen. Dort stieß am 8. April ein Zug der 1. Kompanie 2. Feldregiments in tief eingeschmittener Felschlucht auf starke feindliche Banden. Diesseits fielen 8 Reiter, schwer verwundet wurden Leutnant Gade und 4 Reiter, leicht verwundet 1 Reiter, vermißt 1 Unteroffizier, 1 Reiter. Vor Teilen der anrückenden Abteilung Heud floh der Gegner in Richtung Cas, wo die 11. Kompanie 1. Feldregiments die Verfolgung aufnahm.

Am Morgen des 10. April griff diese Kompanie unter Oberleutnant von Voehr die nördlich Cas lagernde Bande an und warf sie nach zweistündigem Gefecht in östlicher Richtung zurück. Oberleutnant von Voehr wurde leicht, ein Unteroffizier schwer verwundet.

Am Nachmittag des 10. April stieß eine Patrouille der 11. Kompanie 1. Feldregiments in Gegend westlich Cas auf weitere von Süden kommende Hottentotten. Diesseits werden zwei Reiter vermißt.

Major von Storff setzte die Verfolgung fort.

## Ausland.

### Ungarn.

#### Vor der Schlacht.

Die bürgerliche Presse Ungarns bedient sich bei Besprechung der eben beendeten Wahlen der ebenso alten wie faulen politischen Phrase: es gebe hier weder Sieger noch Besiegte! In Wirklichkeit ist natürlich die großmüthige Koalition besiegt; denn ihre Führer, die nun nach einem Kampf von mehr als dreijähriger Ministerregierung exaltiert haben, konnten diesen „Sieg“ doch nur erlangen, indem sie die von ihnen vorher aufs bitterste bekämpfte Forderung akzeptierten: Das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht mindestens in dem Maße zu verwirklichen, wie es die Regierung Fejervary hatte durchführen wollen.

Obwohl mit der Durchführung des Wahlgesezes eine der Hauptforderungen der ungarischen Sozialdemokratie erfüllt würde, sind unsere Genossen, wie wir schon gleich nach Beendigung der Krise andeuteten, vom Ministerium Welere durchaus nicht entzückt. Wir haben die Zusammenfassung des neuen Kabinetts bereits charakterisiert, das man am treffendsten als das „Ministerium der Millionäre“ bezeichnen könnte.

Welere hat sich dahin geäußert: er sei derselbe geblieben, der er gewesen! Selbst wenn man ihm das glauben, auf seine Willenskraft, seine politische Vergangenheit bauen will, so fragt es sich doch immer noch, ob er in stande sein wird, die feudalen Herren Agrarier zu bewegen, von ihrer volksfeindlichen Politik abzulassen.

Sowie steht fest: Auf Grund des bestehenden Wahlgesezes wird in Ungarn nur noch ein einziges (das letzte!) Mal gewählt werden. Wie früher werden unsere ungarischen Genossen auch diesmal wieder in den aussichtslosen Kampf ziehen. „Ausichtslos“ insofern, als es ihnen unmöglich sein wird, einen ihrer Kandidaten durchzubringen. Aber dennoch wird ihre Agitation nicht nutzlos sein; denn auch jeder bürgerliche Kandidat wird Hipp und Nar mit seiner Stellung zur Wahlrechtsfrage herausgerissen müssen. Aufgabe unserer Genossen wird es sein, jenen Herrschaften den Mund zu öffnen und zu bewirken, daß — wenn auch noch kein Sozialdemokrat ins Parlament gelangen kann — doch jeder Wahlrechtsfeind sich im Wahlkampf das Genick bricht.

Unter diesem Zeichen werden wir den Kampf bald entzweien sehen. Der Agitation für die bevorstehenden Wahlen ordnet denn auch ganz folgerichtig die ungarische Sozialdemokratie im Augenblick alle anderen Fragen unter. So hat sie z. B. — wie aus einem Schreiben in der „Revizava“ veröffentlichten Aufruf der Parteileitung hervorgeht — beschlossen, „daß im Hinblick auf die in Fluß getratene Wahlbewegung, die alle agitatorischen Kräfte täglich und stündlich voll in Anspruch nimmt, der für Ostern anderweitige Parteitag verschoben wird und zu Pfingsten (3. bis 5. Juni) stattfinden soll. In der Wahlbewegung sollen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien zur klaren Stellungnahme zum allgemeinen Wahlrecht gedrängt und diejenigen, die sich nicht kritisch dafür erklären, aufs heftigste bekämpft werden.“

### England.

#### Die Schulvorlage des Gewerkschaftskongresses.

London, 14. April. (Eig. Ber.) Genosse William Thorne hat im Namen der britischen Gewerkschaften folgende Schulvorlage im Unterhause eingebracht:

1. Vom 1. Januar 1907 an sollen alle von der Regierung unterstützten Elementarschulen unter die Autorität der Lokalbehörden in ihren Distrikten und Gemeinden gestellt werden.

2. Die lokale Schulbehörde ist ermächtigt, Anhalten zu treffen, die konfessionellen und privaten Volksschulen zu kaufen oder zu mieten unter Bedingungen, die der Verwirklichung durch das Unterrichtsministerium bedürfen. Können sich die Lokalbehörden und die Verwaltung solcher Schulen nicht einigen, so haben die Lokalbehörden eine neue Schule einzurichten, in welchem Falle die Regierungszuschüsse an die konfessionellen Schulen aufhören.

3. In allen vom Staate unterstützten Schulen soll der Unterricht weltlich sein; ihre Lehrer und Beamte sind keinen theologischen oder konfessionellen Prüfungen unterworfen.

4. Die Lokalbehörden haben auch für Mittel- und technische Schulen zu sorgen; ebenso soll eine genügende Zahl von Stipendien für fähige Schüler eingerichtete werden, um sie in den Stand zu setzen, ihren Studien bis zur Absolvierung der Universität sorgenlos nachzugehen.

5. Die Lokalbehörden sollen ebenfalls für die Mittel sorgen, die den Lehrern nötig sind, um ihre professionelle Ausbildung zu vollenden.

6. Die Kosten, die zur Ausführung dieser Bill nötig sind, sollen durch die Zentralregierung gedeckt werden sowie durch die Ueberführung der Vermögen und Vermächtnisse der einzelnen Schulen an den Staat.

7. Jede Lokalbehörde ist verpflichtet, mindestens eine Wahlzeit täglich an die Schulkinder zu gewähren.

8. Jede Lokalbehörde ist verpflichtet, Höhe, Gewicht, Prüfungsart und die Elementarschulen besuchenden Kinder festzustellen und darüber den ersten Bericht vor dem 30. Dezember 1906 an das Unterrichtsministerium zu schicken.

9. Jede Lokalbehörde soll einen oder mehrere Ärzte bestellen, die die Pflicht haben, die Kinder zu untersuchen und die Leidenben zu behandeln.“

### Portugal.

#### Meuterei.

Von der Empörung der Matrosen des Admiralschiffes „Don Carlos I.“ haben wir bereits am 11. d. M. kurz berichtet.

Vergangenen Donnerstag ist auch auf dem Kreuzer „Vasco da Gama“ sowie auf den zu diesem Kreuzer gehörigen Kanonenbooten im Hafen von Lissabon eine Meuterei ausgebrochen.

Ferner verlautet: Auch in mehreren Garnisonen des Landes seien Insubordinationen schwerer Art vorgefallen. — Da die Fesseln wahrheitsgetreue Nachrichten nicht passieren läßt, so ist im Augenblick noch nichts Gewisses über die angedeuteten Vorfälle zu ermitteln.

### Norwegen.

#### Zum Schutze der Naturkräfte vor dem Kapitalismus.

Die unermesslich wertvollen Naturkräfte, die Norwegen in seinen Wasserfällen besitzt oder besser gesagt noch besitzt, werden immer mehr Kapitalisten an, die sie für billiges Geld ankaufen, um sie zu einem großen Teil — brood liegen zu lassen, bis die industrielle Entwicklung und die Fortschritte der Technik es ihnen möglich machen, sie für das hundertfache wieder zu verkaufen oder mit nicht geringerem Profit selbst auszubehnten. Zumeist ist es ausländisches Kapital, das sich hier breit macht; denn die norwegischen Kapitalisten sind weniger zahlreich und weniger leistungsfähig. Darin liegt die Gefahr, daß das Land in eine Abhängigkeit vom Ausland gerät, die drückender ist und schwerer zu überwinden sein wird als die politische Abhängigkeit von Schweden, von der es sich im vorigen Jahre endgültig freigemacht hat.

Das Odelsthing und das Lagthing haben nun in geheimen Sitzungen ein provisorisches Gesetz beschlossen, wonach Ausländer oder Gesellschaften, deren Mitglieder nicht alle persönlich haftbar sind, das Eigentumsrecht oder Nutzungsrecht an Wasserfällen bis auf weiteres nicht ohne Genehmigung der norwegischen Regierung erwerben können. Das Gesetz ist am Sonnabend vor 8 Tagen von der Regierung genehmigt worden und sofort in Kraft getreten. Es bleibt nur bis zum Ablauf der jetzigen Störungsperiode in Geltung. Die Regierung hat beschlossen, dem Störthing außerdem den Entwurf zu einem neuen, für die Dauer bestimmten Gesetz vorzulegen, dessen wichtigste Bestimmung die ist, daß die Genehmigung zum Ankauf von Wasserkraften — wie Bergwerke, Wasserfälle, Wälder und so weiter — nur dann erteilt werden darf, wenn mindestens die Hälfte des Kapitals norwegisch ist.

Das provisorische Gesetz hat den Zweck, zu verhindern, daß das ausländische Kapital sich noch kurz vor Jahresabschluss alle die Reichtümer aneignet, die durch das kommende Gesetz dauernd geschützt werden sollen. Wie es scheint, will man aber gegen den inländischen Kapitalismus wenig oder gar nichts unternehmen, so daß Staat und Gemeinden, wenn sie einmal der Wasserkräfte bedürfen, trotz aller Gesetzgebung vom Kapitalismus abhängig sind.

### Amerika.

#### Reher Roosevelt.

„Wolffs Bureau“ meldet:

Am Sonnabend hielt Präsident Roosevelt bei Gelegenheit der Grundsteinlegung des neuen Kongreßgebäudes in Washington eine Rede, in welcher er ausführte:

Es müßte etwas Ernstliches gegen die Ansammlung von so gewaltigen Vermögen, wie sie jetzt beständen, unternommen werden. Er persönlich sei überzeugt, es sei durchaus notwendig, die Annahme eines nationalen Systems für eine progressive Steuer zu erwägen, welche bei der Uebertragung von Vermögen zu erheben sei, die über eine vernünftige Grenze angeschwollen sei, und ferner zu verhindern, daß irgend jemand über einen gewissen Betrag hinaus erben könne.

Roosevelt ist von den amerikanischen Kapitalisten schon öfter ob seiner feyerlichen Anwendungen scharf angegriffen worden. Jetzt wird ihm die Worte wohl wieder thätig umhellen und zauen. Geschicht ihm schon recht. Warum redet er so rabiat, wenn's ihm schließlich doch nicht im vollen Ernst darum zu tun ist, den von ihm erkannten Uebelständen an die Wurzel zu gehen! —

## Soziales.

#### Von einem Pastor der Fürsorgeerziehung.

Das preussische Gesetz über die Fürsorgeerziehung Winderjähiger vom 2. Juli 1900 verfolgt den Zweck, Winderjährige unter 18 Jahren, die einer geeigneten Erziehung entbehren, staatlicher Erziehung zu überweisen. Der an sich verständliche Zweck, Kinder, die einer hinreichenden elterlichen Erziehung entbehren oder gar gegen Eltern geschützt werden müssen und deshalb der Verwahrlosung anheimzufallen könnten, wird durch verschiedene Bestimmungen des Gesetzes, viel mehr aber noch durch die Ausführung des Gesetzes beinahe in sein volles Gegenteil verwandelt. Ueberblickt man die Ausführung des Gesetzes, so ist das Urteil nicht zu hart, daß in der Regel die armen Kinder, denen gegenüber Eltern ihre Pflicht vernachlässigt hatten oder die aus den sonstigen im Gesetz angeführten Gründen einer Fürsorgeerziehung überwiegen sind, nicht als Mitglieder der Gesellschaft behandelt werden, denen gegenüber eine besonders liebevolle Fürsorge am Platze ist, um ihnen den späteren Kampf um das Leben zu erleichtern. Vielmehr gelangt man zu der Ueberzeugung, daß die Kinder deshalb, weil andere die Erziehungspflicht ihnen gegenüber vernachlässigt haben, bestraft werden und daß die Wirkung der Fürsorgeerziehung viel weniger dahin geht, die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Kinder zu entwickeln und zu stärken, als diese armen, hilflosen Kinder als Ausbeutungsobjekte zu behandeln, denen nicht die menschliche entgegengetreten wird, aus denen vielmehr das Menschliche herausgetrieben werden soll, um sie als Ausbeutungsobjekte, insbesondere in der Landwirtschaft besser nutzbar zu machen. Nicht wenig hat zu dieser Ausbeutung der Kinder die ministerielle Ausführungsbestimmung beigetragen, in der zwar allerlei von Verwahrung der Zöglinge vor weiterem sittlichen und moralischen Verfall geredet wird, in der es aber gleichzeitig heißt: „Bei der Fürsorgeerziehung ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß die Zöglinge der Verwahrlosung entnommen, zu religiös-sittlichen Menschen erzogen und zu brauchbaren Arbeitern vorzugsweise für die Landwirtschaft ausgebildet werden.“ Die Mängel der Ausführung des Gesetzes lassen leider das Fürsorgegesetz als eines der reaktionärsten Gesetze erscheinen, daß das preussische Dreiklassenparlament verabschiedet hat. Die Erfahrungen, auch die kriminalstatistik, weisen schon in der kurzen Zeit des Bestehens des Fürsorgegesetzes darauf hin, daß in der Tat die Wirkung des Gesetzes leider nicht die ist, Kinder der Verwahrlosung zu entziehen, sondern die körperliche und geistige Verelendung der armen Kinder zu vergrößern, sie während der Dauer der sogenannten Fürsorge nicht als Fürsorge, sondern als Ausbeutungsobjekte zu behandeln und sie doppelt und dreifach den Unbilden des Kampfes und Dasein auszuweichen.

Wiederholt haben wir Fälle angeführt, die das vorstehende Urteil vollauf zu rechtfertigen geeignet sind. Kränztige Fälle waren ja selbst aus den der Berliner Stadtverwaltung unterstellten Gebieten zu melden. Wie sieht es erst da um arme Fürsorgezöglinge aus, wo die Träger der Fürsorge Landgemeinden sind!

Seute wollen wir einige Fälle aus der Fürsorgeerziehung eines Pastors anführen. Pastor Mohr beschäftigt in Siebersdorf (Kreis Lebus) über 100 dort untergebrachte Fürsorgezöglinge. In welcher Weise dieser Pastor sein Amt auffaßt, dafür einige Beispiele. Am 28. März war aus Anlaß der Kontrollverfammlungen am Abend in Siebersdorf Tanzveranstaltungen. Die 17jährige Klara Lehmann, die bei dem Halbbauer Gustav Moriz dient, nahm an dem Tanz teil. Der Pastor ließ sie darauf durch einen Necht auffordern, zu ihm zu kommen. Nach wiederholter Aufforderung kam sie dem Verlangen nach. Bei dem Pastor waren acht Mädchen „fürsorglich mit Federreihen beschäftigt“. In Gegenwart dieser unglücklichen Mädchen, die nichts getan haben, weswegen sie mit Nachtarbeiten beschäftigt werden sollten, schlug der Herr Pastor der 17jährigen Klara Lehmann so ins Gesicht, daß ihr das Blut aus der Nase sprühte und die anderen Mädchen beschämte. Der Mund schwellte die an. Dann schlug der Herr Pastor sie auf den Kopf, so daß ihr die Haare aus den Haaren flogen. Der Fürsorgeherr befahl dann, sie solle sich waschen und dann in die Stube kommen, um dann noch eine tüchtige Tracht mit dem Stock zu bekommen. Dies ist nicht das erste Mal, daß der Herr Pastor die 17jährige Klara geschlagen hat. Das Verbrechen dieses armen Mädchens besteht darin, daß ihre Eltern tot sind und sie Landarme ist. Verdient in der Tat ein Gesetz den Namen Fürsorgegesetz, das solche Wirkungen zeitigt?

Ein zweiter Fall der Erziehung durch den Pastor Mohr. Der 18jährige Knecht Walter Brim bei A. Moriz im Dienst sollte auf einem Ball zugunsten der Fürsorgeerziehung etwas vortragen. Bei der Probe war der Pastor mit ihm nicht zufrieden, darüber ärgerte sich der Knecht und ging nachhause. Darauf ließ der Pastor ihn zurückholen. Andere Zöglinge mußten Weidenruten schneiden, dann mußte der 18jährige Brim sich in Gegenwart der anderen überlegen, bekam 25 Hiebe und dann noch von dem Pastor links und rechts Wackpfeifen.

Ein dritter Fall. Ein etwa 17jähriges Mädchen, Frieda Rogge, bei dem Halbbauer Ernst Moriz im Dienst, hatte das Verbrechen begangen zum Tanz zu gehen. Zur Strafe mußte sie in einem Unterrod und Nachtjade sich über einen Stuhl legen. Auf Befehl des Herrn Pastors, der das Mädchen festhielt, hieb der Halbbauer Ernst Moriz fünfzehnmal auf sie ein und nach den Schlägen verabschiedete ihr der Pastor noch höchst persönlich Wackpfeifen.

Es liegt auf der Hand, daß hilflose Kinder, denen solche Behandlung zuteil wird, jedes bessere Gefühl verlieren müssen und direkt zur Rohheit hineingenen müssen. Eine derartige Behandlung seitens eines Pastors legt die Frage nahe, ob denn in der Tat die lokale Freude an der Zulassung von Schmerzern andern gegenüber in Deutschland in Folge der Junkerherrschaft soweit gediehen ist, daß man es wagt, ein Gesetz als Fürsorgegesetz anzupreisen, das solche Verhältnisse zeitigt? Was ist nicht bekannt, welcher Gemeinde die armen Zöglinge, über die der Pastor Mohr die Aufsicht führt, überwiesen sind. Es wäre aber verdammt Pflicht und Schuldigkeit dieser Gemeinde ebensowohl, wie der Staatsanwaltschaft, hier einzugreifen. Prügelstrafen wie die eben beschriebenen an 17- und 18jährigen Menschen, die einer besonderen Liebe und liebevoller Behandlung bedürfen, sind Rohheiten, die auch das Strafgesetz selbst einem Pastor nicht gestattet. Daß der Pastor Mohr in eifriger Bekämpfung der Sozialdemokratie, der Feindin jeder Rohheit, Ausbeutung und Unterdrückung, sich in den Mißgeschick verhält, die ihm die 300 Ruhetage im Jahre lassen, ist selbstverständlich.

#### Was bei „patriotischen Festen“ sittlich wird.

In den meisten preussischen Kreisen ist durch Polizeiverordnungen dafür gesorgt, daß Kinder unter 16 Jahren sich aus sittlichen Gründen an öffentlichen Tanzlustbarkeiten nicht beteiligen dürfen. Biete, die die Beteiligung noch nicht 16 Jahre alter Kinder an öffentlichen Lustbarkeiten zulassen, machen sich danach strafbar. So steht es auch im Kreise Krossen, ja da ist sogar das Zuschauen beim Tanz verboten. So hat der Landrat von Krossen eine am 1. April d. J. in Kraft getretene Polizeiverordnung erlassen, die eine Ausnahme für sogenannte patriotische Feste zuläßt. Der in Betracht kommende Teil der Verordnung lautet:

„Kinder unter 16 Jahren dürfen sich während der Dauer der öffentlichen Tanzlustbarkeiten in allen dazu benutzten Räumen und in denjenigen Räumen, von denen aus ein Zuschauen zu den Tanzlustbarkeiten möglich ist, nicht aufhalten. Die Ortspolizeibehörden können Ausnahmen von dieser Vorschrift zulassen, z. B. bei der Feier patriotischer Feste.“

Wunderbare Logik! Die öffentlichen Tanzlustbarkeiten sind nach diesem landräthlichen Erlass so schlimm, daß schon das Zuschauen Geist und Sittlichkeit der noch nicht 16 Jahre alten Kinder gefährden kann. Die Gefährdung darf aber mit ortspolizeilicher Erlaubnis insbesondere dann eintreten, wenn es sich um patriotische Feste handelt.

#### Ein Beitrag zur Lage der Landarbeiter.

Dieser Tage ist eine Klage eines Landarbeiters gegen Amtsrat Dr. Rimpaus Erben in Schlaustedt gewonnen. Die Klage ist für die Verhältnisse der Landarbeiter und des dem Reichstags-Abg. Rimpaus nachstehenden Bittergutes bezeichnet. Kläger war als Landarbeiter seit Martini 1902 im Dienste von Rimpaus Erben. Der Kontrakt wurde von Martini zu Martini geschlossen. Der Lohn betrug täglich 1,75 M. Hieron wurden jedoch 25 Pf. bis Ablauf des Jahresvertrages einbehalten. Ferner standen dem Landarbeiter 30 M. Mietenscheidung zu. Mitte August arbeitete der Landarbeiter mit seiner Frau auf dem Felde. Die beiden 4 und 1 Jahr alten Kinder waren zu Hause ohne Aufsicht eingeschlossen. Die Frau hatte von morgens 6 Uhr bis mittags 1/2 12 Uhr und von mittags 1 Uhr bis abends 1/2 7 Uhr auf dem Felde gearbeitet. Um diese Zeit sagte sie, sie müsse nach Hause zu ihren Kindern, sie habe große Angst; auch müßten die Kinder Abendbrot erhalten, ihre Ordnung haben und zu Bett gebracht werden. Der Aufsichtsrat Kühne befahl der Frau dennoch, weiter zu arbeiten. Die Frau erklärte, das könnte sie nicht, sie müsse nach Hause; ihr Mann kam hinzu und erklärte, sie solle nach Hause gehen. Das tat sie. Er selbst arbeitete mit den anderen Arbeitern bis 1/2 9 Uhr weiter. Am folgenden Werktag wurde darauf der Arbeiter wegen Ungehorsam entlassen. Der Arbeiter legte nun in der Klage dar, daß diese Entlassung eine Vertragsverletzung sei. Denn der Befehl des Aufsichtsrats war völlig unberechtigt. Eine Arbeitszeit von elf Stunden für eine Familienmutter, die kleine Kinder zu Hause hat, sei bei 90 Pf. Tageslohn außerordentlich reichlich. Dem Landarbeiter war der für 24 Arbeitstage mit je 25 Pf. einbehaltenen Lohn in Höhe von 61 M. auch nicht ausgezahlt. Er verlangte im Klagewege Zahlung des bis zum Entlassungstage rückständigen Lohnes einschließlich jener 61 M., in Summa 90,20 M. Rimpaus Erben wurden denn auch auf die Klage hin verurteilt. Offenlich stellt der Landarbeiter nun auch eine Schadenersatzklage für die Zeit nach seiner Entlassung an. Schicklich steht der Schadenersatzklage der Umstand entgegen, daß ein Arbeiter, der unter so jämmerlichen Löhnen zu arbeiten hat, durch die Entlassung eher Vorteil als Nachteil hat. Daher zieht der Vertragsbruch der Großgrundbesitzer selten vermögensrechtliche Nachteile nach sich.

# Gewerkschaftliches.

## Ein neuer „Christlicher“ Verrat.

Die Aussperrung in der Mechanischen Weberei zu Hannover-Vinden ist durch Vergleich beendet worden. Die Streikenden verlangten eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Proz., die zu bewilligen die Direktion ablehnte, weshalb die Arbeitsniederlegung die von der Lohnbewegung betroffenen Abteilungen des Betriebes stillgelegt wurden. Da die Firma den Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten konnte, sperre sie etwa 600 Arbeiter aus, wobei sie glaubte, auf die 360 Streikenden einen Druck ausüben zu können. Darin hatte sie sich aber getäuscht.

Doch erschien ihr ein Retter in Gestalt des — Christlichen Textilarbeiterverbandes! Hinter dem Rücken des Fabrik- und Textilarbeiterverbandes trat die christliche Organisation, die hier kaum anderthalb Mann zählt, mit der Direktion in Verbindung und erzielte auf diese fromme Weise etwa 6—7 Proz. Lohnerhöhung. Damit war sie natürlich aufs höchste befriedigt, meinte sie doch, mit diesem Judaslohn die „sozialdemokratischen“ Verbände kalt zu stellen. Allein ihren Zweck erreichte sie nicht. Die Leiter des Fabrik- und des Textilarbeiterverbandes kamen mit der Direktion überein, daß eine Einigungs-Kommission, als welche der Krankenkassen-Vorstand bestimmt wurde, über die Streitfrage verhandelt. Dabei wurde mehr erreicht als die christlichen Unterhändler ihren Mitgliedern in dem Separat-Abkommen bieten konnten, nämlich eine Lohnerhöhung von 8—10 Proz. Einige Gruppen, die 10 Pf. pro Tag mehr haben sollten, bekommen 20 Pf. mehr, die 25 Pf. erhalten sollten, 35 Pf., einige, deren Lohn gar nicht erhöht werden sollte, bekommen 10 Pf. mehr. Alle Streikenden werden wieder eingestellt; ein Erfolg, um den sich die Christlichen überhaupt nicht bemüht haben! Nur den Verband will die Direktion nicht anerkennen — aus Prinzip! Dieses Prinzip ist nicht viel wert, da die Einigungs-Kommission doch im Auftrage und im Interesse der Organisation handelte, also im Wesen dem Verbands gleich war. Aber das Prinzip ist gerettet; die Lohnerhöhungen sind nicht dem Verbands bewilligt, aber durch den Verband errungen worden.

Die schäbige Haltung der Christlichen wird diesen keinen Erfolg bringen, denn deren ganzes Gebaren lief darauf hinaus, die Einigung mit der Direktion zustande zu bringen, um die „sozialdemokratischen“ Verbände zu hindern, etwas zu erringen. Eine echte christliche Tugend!

## Berlin und Umgegend.

Die Musterkonfektions Schneider und Schneiderinnen hatten gestern nachmittag im „Englischen Garten“ eine gut besuchte Versammlung, um über das weitere Vorgehen in ihrer Lohnbewegung Beschluß zu fassen. Seit der letzten Versammlung haben verschiedene Firmen den Tarif in der ein wenig modifizierten Fassung anerkannt. Im ganzen haben neun Firmen bewilligt. Inzwischen hat auch die Siebenundzwanziger-Kommission der organisierten Meister sich gemeldet und Verhandlungen nachgesucht. Anop referierte. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung stimmt den Ausführungen des Referenten zu und erklärt im Hinblick auf die von der Siebenundzwanziger-Kommission der organisierten Meister nachgesuchten Verhandlungen, von einem offiziellen Streikbeschluß abzusehen. Die Versammelten verpflichten sich jedoch, die Anfertigung von Mustern strikt zurückzuweisen und die hierdurch arbeitslos werdenden Kollegen und Kolleginnen als Streikende anzusehen, sowie alle weiter zu treffenden Maßnahmen der Lohnkommission und der Ortsverwaltung des Verbandes zu unterstützen.“

Die Fensterputzer der Firma Karl Jahre, Ballisadenstraße 17, befinden sich im Streik. Da die in diesem Institut angekauften Fensterputzer bei den stetig steigenden Preisen für Lebensmittel, Wohnungsmieten usw. mit einem Wochenlohn von 19 M. nicht auskommen können, so forderten sie eine Zulage von 2 M. pro Woche. Aber auch diese geringe Bescheidene Forderung lehnte Herr Jahre als „unverschämte“ ab. Dies ablehnende Verhalten sieht aber im direkten Widerspruch mit seinem sonst sehr menschenfreundlichen Herzen, da er die Arbeiter ja stets aus purem Mitleid beschäftigte. Zugug ist unbedingt fernzuhalten.

## Deutsches Reich.

150 Stettiner Hafenarbeiter haben gestern die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine Erhöhung des Tagelohnes von 2,50 M. auf 3 M. verweigert wurde.

Der Streik der Maler, Lackierer und Weißbinder in Bad Homburg v. d. G. ist nach vierwöchentlicher Dauer mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet. Erreicht wurde die Einführung der 1/2-stündigen Arbeitszeit, 35 Pf. Mindestlohn für die Junggesellen und 45 Pf. für die übrigen Gehilfen. Damit ist ein Kampf in der „belamten“ Wälderstadt beendet, der mit der größten Entschiedenheit geführt und der erste Streik in Homburg seit Jahrzehnten war.

Der Streik der Maler und Tüncher in Wiesbaden dauert unverändert weiter. Die Arbeitgeber hegen die Hoffnung, daß die Streikenden nach Ostern bedingungslos die Arbeit aufnehmen, weil nach ihrer Annahme die Organisation infolge der vielen größeren Streiks und Aussperrungen die Mittel für die Streikunterstützung nicht mehr aufbringen könne. Diese Illusion ist nunmehr auch noch durch die Beendigung des großen Streiks in Berlin vollends zu nichte gegangen. — Zugug von Malern, Anstreichern, Lackierern, Tünchern und Stuckateuren ist also nach wie vor fernzuhalten.

Die Schlosser, Schmiede und Messerschmiede in der Bernburger Dampfesselfabrik (zur Wodenbenderischen Maschinenfabrik gehörig) befinden sich seit 27. März im Ausstande. Sie forderten eine bescheidene Lohnerhöhung, die aber rundweg abgelehnt wurde, obgleich im selben Augenblick neun Prozent Dividende an die Aktionäre zur Verteilung kamen. Die Ausständigen — 50 an der Zahl — hoffen zuversichtlich auf einen Erfolg, da aus den eigenen Reihen noch kein Streikbrecher zu verzeichnen ist. Sie bitten jedoch um strengste Fernhaltung von Zugug von außerhalb.

## Sum Streik der Hamburger Seeleute.

Wie bürgerliche Blätter berichten, soll der Vertreter des Generaldirektors Vallin, der sich zurzeit auf einer Geschäftsreise befindet, geäußert haben, die Amerika-Linie sei bereit, mit den Vertretern der Seeleute zu verhandeln. Diese Mitteilung ist nicht zutreffend. Der Vertreter der Amerika-Linie hat gegenüber der Lohnkommission der Seeleute nur durchblicken lassen, daß die Reederei nach den Feiertagen, am Dienstag, zu den Streitfragen Stellung nehmen würden. Die Seeleute haben den „Stein des Anstoßes“ beseitigt, indem sie auf Vorschlag des Zentralvorsitzenden Paul Müller eine Kommission gewählt haben, der der Antragsteller nicht angehört. Da Herr Vallin nach eigener Angabe kein Gegner

von Verhandlungen mit Arbeiterorganisationen sein soll, steht nunmehr den Unterhandlungen kein Hindernis mehr entgegen. Es wird sich nun zeigen, ob es den Reedern, die schon recht tief in den Geldbeutel haben langen müssen, um aus aller Herren Länder arbeitswillige „Seelente“ aufzutreiben, Ernst ist mit ihren bisher unerbittlichen Erklärungen. Die mit dem Dampfer „Poseidon“ nach Hamburg beforderten russisch-finnischen Seeleute weigern sich, an Bord der Schiffe der Amerika-Linie als Streikbrecher zu gehen, da ihnen am Verbeort (Helsingfors) falsche Angaben über den Stand der Dinge in Hamburg gemacht worden sind. Ebenso haben sich andere ausländische Seeleute mit den streikenden Seeleuten solidarisch erklärt. Obwohl die Hamburg verlassenen Schiffe durchgehends eine Unterbemanning aufweisen, lancieren die Reederei die Nachricht in die Presse, daß die Schiffe vollzählig besetzt seien. So verließ am Dienstag vormittag ein Dampfer den Hafen, ohne über die nötige Mannschaft zur Bedienung der Kessel zu verfügen. Obwohl fortgesetzt in den Versammlungen der streikenden Seefahrer darüber Mitteilung gemacht wird, unter Hinweis auf die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, scheint die Behörde daran keinen Anstoß zu nehmen.

Hamburg, 17. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute tagte der Reeder-Verein. Er setzte die Beratung über die Eingabe der Seeleute wegen einer Verhandlung aus, mutmaßlich, weil Direktor Vallin von der Hamburg-Amerika-Linie verreist ist. Der Schnell-Dampfer „Deutschland“, der morgen nach New York auslaufen sollte, engagierte Engländer und Italiener. Diese stellten jedoch die Arbeit ebenfalls ein; sie wollten nicht Arbeitswilligendienste leisten. Auf dem von Cherbourg kommenden Turbinendampfer „Kaiser“ haben die Leute gekündigt. Auf mehreren Dampfern werden die Leute widerrechtlich zurückgehalten.

## Die Textilarbeiteraussperrung in Aachen.

Eine gestern abgehaltene Versammlung der Arbeiterschaft der Firma J. und M. Meyer hatte als Ergebnis die Weigerung der Ausständigen, die Arbeit aufzunehmen sowie den Beschluß, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten. Gemäß dem vor einigen Tagen gefassten Beschluß der Arbeitgeber der Aachener Textilindustrie bedeutet dies die endgültige Aussperrung der in den Fabriken des Arbeitgeberverbandes für das Textilgewerbe beschäftigten Weber. Diese Aussperrung ist denn auch inzwischen eingetreten, hat jedoch — wie uns ein Privattelegramm meldet — nur einen geringen Umfang angenommen. Bis Mittag zählte man nur 150 Aussperrte. — Der Christliche Verband lehnte die Unterstützung seiner Mitglieder ab!

## Die Augen auf, Ruhrbergmann!

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier: Durch die Werkpresse geht in den letzten Tagen eine Kottig, daß am Sonntag, den 8. April, eine Vertrauensmännerkonferenz der Bergarbeiter beschlossen habe, im Ruhrgebiet in diesem Jahre nicht in einen Streik einzutreten. Welcher Organisation mögen diese Vertrauensmänner angehören? Der alte Verband hat für den 8. April keine Konferenz einberufen! Sollte, was die Werkblätter schreiben, auf den „Christlichen“ Gewerkschaften zutreffen? Möglich wäre es schon! Auf die Antwort von seiten der Bergarbeiter brauchen dann jedenfalls die Herren vom Gewerbeverein nicht lange zu warten. Denn es wäre ein Arbeiterverrat ohne Gleichen, in dieser kritischen Zeit eine solche Erklärung vom Stapel zu lassen. Es wäre eine Ermächtigung für die Unternehmer, die Löhne noch mehr zu reduzieren, dem Bergarbeiter vollends das Fell böllig über die Ohren zu ziehen, denn nach dieser Erklärung ließe er sich ja alles gefallen; gestreift würde ja nicht!

Die Ruhrbergleute haben auf den meisten Forderungen Lohnforderungen eingereicht, in Mitteldeutschland stehen die Bergarbeiter im Streik. In Frankreich streiken ihre Arbeitsbrüder. — Nun ein solches Vorgehen!

Die Unternehmer werden sich den Beschluß natürlich gut merken. Das Antreiben zum Ueberschlämmen wird auf den Gruben noch mehr forciert werden, um den französischen Unternehmern in der Bedrückung der Bergarbeiter beizustehen.

Wie lange wird der Vergmann sich noch von Zersplitterungsorganisationen zum Werkzeug gebrauchen lassen? Nach dem freundschaftlichen Verkehr des „Christlichen“ Bergknappen“-Redakteurs Kürup mit dem französischen Streikbrecherhauptling Cotton in Frankreich, der vor Jahren seine Streikbrecherbande mit Revolvern ausrüstete und auf die streikenden Bergleute losließ, konnte man schon auf manches gefaßt sein. Eine Erklärung aber, in diesem Jahre gedulbig alles zu ertragen, die Unternehmer nach Gutdünken ihr Schicksal scheren zu lassen und nicht zu streiken, schlägt dem Faß den Boden aus.

Doch wundert man sich nicht mehr über dergleichen, die „Christlichen“ Gewerkschaften bringen eben alles fertig!

Die Weberaussperrung in Aachen. In der Tuchfabrik von J. u. M. Meyer traten am Montag der vergangenen Woche die Weber in den Ausstand, nachdem sich Unterhandlungen wegen Einführung von Verbesserungen an dem seit 10 Jahren bestehenden Lohnvertrag und wegen Gewährung eines Durchschnittslohnes bei sogenannter schlechter Arbeit zerklüftet hatten. Vor einigen Jahren haben die „Christlichen“ unter Ausschaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Aachen ein „Schiedsgericht“ für die Textilindustrie mit den Unternehmern vereinbart. Der Arbeitgeberverband behauptet nun, die Differenzen bei J. u. M. Meyer hätten zunächst vor das Schiedsgericht gehört, was die „Christlichen“ entschieden bestritten. Darauf hat der Arbeitgeberverband am 10. beschlossen, eine allgemeine Aussperrung der Weber in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie zu Aachen am Dienstag, den 17. April, auf Grund der jeweiligen Arbeitsordnung stattfinden zu lassen, wenn die ausständigen Delegierten von J. u. M. Meyer nicht bis zum 14. die Arbeit aufzunehmen haben würden. Die Ausständigen, etwa 180, haben aber einstimmig beschlossen, die Arbeit trotz der Drohung des Arbeitgeberverbandes nicht aufzunehmen, und so würde die Aussperrung am Osterdienstag beginnen.

Wir haben in der Nummer 84 im Hauptblatt den Verrat geschildert, den die Christlichen Führer an den Aachener Webern begangen haben, indem sie an dem Schiedsgericht der Einführung des Zweistufigsystems gegen den Willen der gesamten Textilarbeiterchaft den Unternehmern zuliebe zustimmten. Inzwischen haben die Arbeiter schon in heftigster Weise ihrer Empörung gegen den Verrat der Christlichen Führer Luft gemacht. Möglich, daß der Unternehmerverband den versucht gehalten Gedanken gehabt hat, durch die an sich böllig sinnlose Aussperrung die Weber von dem eben losgebrannten Protest gegen das Zweistufigsystem abzulenken!

Eine Aussperrung der Bauarbeiter im bairischen Oberland. In dem idyllisch gelegenen Kurort Reichenhall tobt zur Zeit ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeiter im Baugewerbe haben im vorigen Jahre mit den vereinigten Bauunternehmern einen Tarif abgeschlossen. Diesen Tarif haben die Unternehmer nunmehr durchbrochen, weshalb die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in den Ausstand traten. Dieser Streik kam den Unternehmern unbenommen, denn sie wollten mit dem Beginn der Sommersaison (1. Mai) mit den in Angriff genommenen Bauten fertig werden und dann die Arbeiter aussperrten. Die Arbeiter haben aber den Scharfmachern in die Suppe gespuht und haben die Arbeit niedergelegt und forderten nunmehr eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Unternehmer verbreiteten ein Flugblatt und beschloßen, falls die Arbeit nicht sofort auf-

genommen werde, werden sämtliche Arbeitgeber von Reichenhall ihre Betriebe schließen. Dieser Was ist von 48 Arbeitgebern unterschrieben. Die Arbeiter hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, auf ihren Forderungen stehen zu bleiben. Während der Versammlung traf ein Erlaß des Arbeitgeberverbandes ein mit der Mitteilung, daß die Unternehmer zu Unterhandlungen bereit seien. Diese Unterhandlungen verliefen jedoch resultatlos, worauf der Arbeitgeberverband eine Versammlung abschied und den Beschluß faßte, sämtliche Arbeiter in Reichenhall auszusperrten. Die Unternehmer warfen in der Tat sämtliche organisierte Arbeiter noch vor dem Osterfest auf Pfahle. Dabei zwangen sie auch die Tischler- und Schlossermeister, ihrem Beispiel zu folgen, obwohl diese erst vor einigen Tagen mit dem Holzarbeiter- bzw. Metallarbeiter-Verbands Tariftverträge abgeschlossen haben! Die Scharfmacher machten derart gründliche Arbeit, daß sogar der einzige am Orte befindliche Glasgehilfe angeheuert wurde. — Nun, den Bauprogen wird der von ihnen heraufbeschworene Kampf teuer zu stehen kommen. Die Arbeiter in Reichenhall sind bis zu 95 Proz. organisiert. Zugug von Maurern, Zimmerern, Bauhilfsarbeitern, Schreibern, Schlossern, Schmieden, Malern, Tapezierern und aller mit dem Baugewerbe verwandten Berufe nach Reichenhall ist strengstens fernzuhalten.

Metallarbeiter! Sämtliche Formen und Gießere der Firma Käßner in München haben wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt.

## Versammlungen.

Der Verband der Freiseurgehilfen (Zweigeverein Berlin) beschloß sich in seiner außerordentlichen Generalversammlung am 6. d. M. mit dem Bericht der Sachlichkeitskommission und dem Vorschlag der freien Vereinigung selbständiger Barbier auf Einführung eines Staffellarifes mit Löhnen von 10 bis 12 M. bei halber Kost. Nach der Begründung soll diese Maßnahme dazu dienen, die im Verufe herrschende Lehrlingszuchterei zu beseitigen. Allgemein wurde indes der Meinung Ausdruck gegeben, daß die vorgeschlagenen Löhne bereits 1884 gezahlt worden sind, ohne die überaus große Lehrlingsausbildung zu verringern. Die Versammlung lehnte einstimmig den Vorschlag ab. Ebenso abgelehnt wurde der Vorschlag des Lokalverbandes der Barbier, die Zuschüsse mit Kost zu belassen.

Die Jahreshilfe Berlin des Verbandes der Dachbeder beschloß in ihrer letzten Mitgliederversammlung abschiebe Arbeitsruhe am 1. Mai. In den Ausschuss wurden an die Stelle der zurückgetretenen Kollegen P. R. und F. R. Hauschild und Buchs gewählt. An Stelle des Vorstandsmitgliedes Kühn, welcher sein Amt niedergelegt hatte, wurde R. R. gewählt. — Als weiterer Delegierter zur Gewerkschaftskommission wurde H. Mehrlein gewählt. — Nach einer längeren Diskussion über die Verhandlungen des Verbandstages wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung ihre Zustimmung zur Tätigkeit der Verbandsdelegierten ausdrückt und sich verpflichtet, für die gefassten Beschlüsse einzutreten, um die Organisation nach innen und außen zu stärken.

Die Blumen-, Palmen- und Subseher-Arbeiter und Arbeiterinnen hielten in den Arminhallen ihre Mitgliederversammlung ab. Die Vorsitzende berichtete über die zehn Agitationsversammlungen in Sachsen, welche alle fast von Heimarbeitern besucht waren. In Krippen bei Schandau waren 400 Frauen und Mädchen erschienen. In diesem Orte, in Birna, sowie in Leipzig wurden neue Jahreshilfen des Verbandes gegründet. Es wurde in allen Orten festgestellt, daß die Behauptungen der Blumen- und Federfabrikanten, es verdienten die Heimarbeiterrinnen bei einer sechsstündigen Arbeitszeit einen reichlichen Lohn und die Fabrikarbeiterinnen hätten Monatsgehälter von 100 Mark durchschnittlich, mindestens jedoch 75 Mark, von den Arbeiterinnen bestritten werden. Die Fabrikarbeiterinnen in Berlin und Leipzig haben einen Durchschnittslohn von 45 Mark pro Monat. Die Heimarbeiterrinnen treten dafür ein, daß die auf der Heimarbeit-Ausstellung angegebenen Löhne der Wahrheit entsprechen. Folgende Resolution fand überall Annahme: „Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen bekunden, daß sie mit den Ausführungen der Referentin bezüglich niedriger Löhne und langer Arbeitszeit sich in Uebereinstimmung befinden. Die auf der Heimarbeit-Ausstellung gemachten Angaben sind richtig und erscheinen eher noch zu tollig, besonders in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit. In der Saison wird die Rädle durch gearbeitet. Die Arbeitszeit der verheirateten Frauen beträgt nicht 6 Stunden sondern 12 Stunden und darüber. Alle versprechen, sich dem Verbands anzuschließen.“ In einer Versammlung meldeten sich 54 Arbeiterinnen zur Aufnahme. — Ferner wurden Anträge für den Pfingsten in Sebnitz stattfindenden Verbandstag beraten. Es sollen die Beiträge sowie die Krankenunterstützungsfähigkeit erhöht werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Arbeiterausstand.

Mannheim, 17. April. (B. G.) 400 Arbeiter der Bekleidungs-fabrik Waldhof sind heute vormittag in den Ausstand getreten. Als Grund werden Maßregelungen angegeben. Nach dem „Mannheimer Volksbl.“ sollen auch die übrigen Arbeiter der Fabrik, die 1800 Mann beschäftigt, sich den Streikenden anschließen.

### Grubenunglück.

Strasbourg, 17. April. (B. G.) In der Grube Stierletade-Steinberg bei Dettlingen im Arcis Nebenhofen, der Guten Hoffnungshütte gehörend, hat sich ein Unglück ereignet. Vier Bergleute sind verhängt worden. Drei konnten lebend, der vierte nur als Leiche zutage gefördert werden. Von den dreien starben zwei an den erlittenen Verletzungen. Der Zustand des dritten Verletzten ist bedenklich.

### Bergung von Opfern.

Leus, 17. April. (B. G.) Im Laufe des heutigen Tages sind 26 Leichen aus den Gruben heraufbefördert worden, welche sämtlich nicht rekonstruiert werden konnten.

### Kabinettskrise in Serbien.

Serbien, 17. April. (B. G.) Das Kabinet Crailich hat dem König die Demission überreicht, die angenommen wurde. Der König betraute das Kabinet mit der einseitigen Fortführung der Geschäfte.

### Reiselegelision auf einem englischen Schiffe.

Malta, 17. April. (B. G.) An Bord des Linienschiffes „Prince of Wales“ ereignete sich heute auf See, als es mit voller Geschwindigkeit manövierte, eine Dampfexplosion, durch die drei Decker getötet und vier Mann verletzt wurden.

### Der amerikanische Kohlenarbeiterausstand.

New York, 17. April. (B. G.) Die Kohlenarbeiter sind enger geworden. Die Kohlengrubenbesitzer nehmen alle möglichen Arbeitswilligen an. Fortwährend kommt es zu Aufhebungen.

Das Verbrechen von Courrières.

Sechs Leichen geborgen!

Aus Lens wird vom 17. April telegraphiert:

Heute Vormittag wurden in Billy-Montigny sechs Leichen geborgen, von denen zwei rekonstruiert wurden. Letzteres war jedoch sehr schwierig, da die Gesichter von Mäusen zernagt waren, die in den Gruben die Leichen völlig bedeckten. Zwanzig Leichen, die fast vollständig unkenntlich waren, wurden heute früh in Sallaumines geborgen.

Der Streik.

Der Ausstand dauert unvermindert fort. Die Kapitalistenblätter wissen nichts Besseres zu tun, als über Beschränkung der Arbeitsfreiheit zu schwindeln. Die Gewalttätigkeiten der bewaffneten Macht und der Cailion-Banden hält man natürlich für lobenswerte Selbsttaten, sie dienen ja dem Kapitalisteninteresse. Um die Streikenden zu desorganisieren hat man den Syndikatssekretär Rogier und sechs andere Führer verhaftet unter dem sadistischen Vorwand, die Verhafteten hätten die Gewandernie — beleidigt. Das geht ja beinahe über preussisch-russische Praxis. In Lens und Umgegend wurden in den letzten Tagen zahlreiche Versammlungen abgehalten, in denen die Streikenden Resolutionen zugunsten einer Fortdauer des Ausstandes annahmen. In Klais erwartet man für Mittwoch erste Demonstrationen, weshalb die Behörden umfassende Gewaltmaßnahmen organisiert haben.

In Charleroi tagte eine Konferenz der Delegierten der Grubenarbeiter des Beckens von Charleroi. Es wurde beschlossen, ein Referendum der Streikfrage zu organisieren. In diesem Referendum soll beschlossen werden, ob der Ausstand verfügt werden soll, falls die Grubenbesitzer die geforderte Lohnaufbesserung von 10 Proz. ablehnen würden.

Aus der Partei.

Genossin Luxemburg über die Gewerkschaften.

Wie ich heute aus dem „Vorwärts“ ersehe, behauptet die „Zeitschrift für Graveure und Bifleure“, Zeugen von Fleisch und Wein dafür zu haben, daß Genossin Luxemburg in einer Berliner Versammlung davon „gefaselt“ habe, die Gewerkschaften seien ein „Nebel“. Der „Vorwärts“ meint, diese Anklage dürfe nicht als erwiesen gelten, so lange Genossin Luxemburg sich nicht selbst darüber äußern konnte. Ich kenne aber unsere Genossin gut genug, um behaupten zu können, daß die Zeugen der „Zeitschrift für Graveure und Bifleure“ vielleicht über Fleisch und Wein, auf keinen Fall aber über Hirn verfügen, sonst könnten sie eine derartige Äußerung nicht bezweigen, die die Genossin Luxemburg auf keinen Fall getan hat und tun konnte.

Die letzte Aufforderung, die sie aus der Freiheit an mich richtete, ging dahin, ich solle für ein polnisches Parteiprogramm einen Artikel schreiben (was ich auch tat), der die jetzt so wichtige Organisation von Gewerkschaften in Rußland fördern sollte. Diese Frage war es, die sie in letzter Zeit vornehmlich beschäftigte.

Für Deutschland aber begte sie stets die Ueberzeugung, die sie 1901 in einem Artikel der „Neuen Zeit“ (XIX, 2, S. 711) aussprach, daß „das bis jetzt bestehende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft nach beiden Richtungen hin, sowohl was ihre äußere Selbstständigkeit und Arbeitsstellung, als was ihre Nebeneinanderstellung und Gleichberechtigung betrifft, unbedingt im Interesse des Klassenkampfes im ganzen aufrecht erhalten werden muß“.

Es ist nicht die Genossin Luxemburg, die dieses Verhältnis untergräbt, sondern es sind jene Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, die sich den Reghäuser zum Vorbild anerkennen haben. Der bornierte Haß dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiterbewegung, die sich ein höheres Ziel setzt, als fünf Pfennig mehr Stundenlohn, ist allerdings ein „Nebel“.

Der Kampf gegen jenes Uebel ist durchaus nichts Neues, er hat stets eine wichtige Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie gebildet, seit den Tagen, wo englische Gewerkschaftsbeamte sich mit den Anarchisten aller Länder gegen Karl Marx verschworen, um die Internationale zu ruinieren.

Neu in unserer Bewegung, ja geradezu unerhört ist es aber, wenn Kampfgenosse gegen einen Vorkämpfer des proletarischen Klassenkampfes nicht nur ebenso sinnlos wie leichtfertige Verdächtigungen schleudern, sondern auch dazu gerade jenen Zeitpunkt für den geeignetsten erachten, wo die Fenster aller Freiheit diesen Vorkämpfer wegen seiner unermüdbaren Arbeit im Dienste des Proletariats gefesselt und wehrlos gemacht haben. Selbst unter unseren bürgerlichen Gegnern vernehmen es wenigstens die anständigeren — allerdings sind das nicht viele — jetzt die Genossin Luxemburg anzugreifen. Es sind die infamsten und schamlosesten Frechhändler des Kapitalismus und Junkertums, mit denen bei diesem würdigen Geschäft ein gewerkschaftliches Organ Hand in Hand geht.

A. Kautsky.

Wir haben schon in unserer ersten Polemik gegen die „Zeitschrift f. G. u. B.“ gesagt, daß wir überzeugt sind, sie werde den Beweis nicht führen können, da Genossin Luxemburg solchen Unsinn nicht geredet haben könne. Wir gründeten unsere Behauptung, wie Genosse Kautsky, auf das, was wir von der politischen Betätigung der Genossin Luxemburg wissen, was wir daraus wissen über die hohe Bedeutung, die sie den Gewerkschaften beimißt. Uebrigens ist nach jener Versammlung ein ausführlicher Bericht über das Referat der Genossin Luxemburg erschienen. Wenn die Zeugen der „J. f. G. u. B.“ Fleisch und Wein haben, weshalb sind sie damals, wo Genossin Luxemburg noch hier war, nicht sofort aufgetreten? Wir wiederholen, die „J. f. G. u. B.“ hat unverantwortlich leichtfertig gehandelt, als sie unsinniges Gerücht weiter verbreitete.

Die Einigung der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands mit der deutschen Sozialdemokratie ist endlich auf dem polnisch-sozialistischen Parteitag erfolgt, der während der Osterferien in Kattowitz stattfand. Die Einigung, der durch Verhandlungen mit dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie erfolgreich vorgearbeitet worden war, war der Hauptgegenstand der Verhandlungen. Die Einigung wurde vollzogen durch die Annahme einer Resolution, deren wesentlicher Inhalt lautet:

Die polnischen Sozialdemokraten Deutschlands stellen eine selbständige Organisation dar, welche den Zweck hat, die Agitation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der allgemeinen deutschen Partei. Sie erkennt vollständig deren Parteiprogramm an sowie deren Parteistellen, also den deutschen Parteitag als die höchste Parteinstanz. Die in polnischer Sprache erscheinenden Schriften unterliegen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation. Die „Gazeta Robotnicza“ ist das offizielle Organ aller polnischen Genossen des Deutschen Reiches. Zur Kontrolle wird eine Kommission gewählt, in die der deutsche Vorstand ein Mitglied entsendet. Die Kandidaten für den Wahlen werden in Konferenzen der Genossen aus dem Wahlkreis ernannt, eventuell hat sich der polnische Vorstand mit dem deutschen ins Einvernehmen zu setzen, um eine Einigung zu erzielen.

Die preussische Polizeiverwaltung wurde illustriert durch eine Verfügung des Opperer Regierungspräsidenten, wonach Ausländer

dem Parteitag nicht beizubehalten dürfen. Es müßten dabei mehrere russische und österreichisch-polnische Genossen sowie einige Journalisten aus dem Auslande, das Versammlungslokal verlassen.

Das 25jährige Jubiläum des „Volksfreund“ beging am Osterfesttag die badische Sozialdemokratie.

Der „Volksfreund“ stand vor 25 Jahren, als er zu Offenburg ins Leben trat, auf demokratisch-volksparteilichem Boden, ergriff aber sofort die Verteidigung der durch das Sozialistengesetz zur Ohnmacht verurteilten Sozialdemokratie. Nachdem deren bahnbrechendes Organ für die Pfalz durch die Hunnen Bismarcks zur Strecke gebracht war und im nördlichen Bayern noch das einzige Parteiorgan vegetieren konnte, war für den Südrhein das von der sozialistengesetzlichen Pest verunkrautete Reiches der „Volksfreund“ die einzige Zeitung des revolutionären Proletariats und blieb es bis zum Sturze des Schmachgesetzes, wenn auch unter veränderten Namen und mit wechselnder Ausstattung.

Am 14. April 1881 ging das demokratische Wochenblatt „Der Rheinbote“ mit der Einzelgenossen Druckerei in den Besitz der Parteigenossen J. Hambrecht und Adolf Ged in Offenburg über und es trat der dreimal wöchentlich erscheinende „Volksfreund“ mit einem Abonnentenstand von 500 ins Leben.

Seit dem Uebergang des Verlages in den Alleinbesitz Adolf Ged's am 1. Juni 1882 steuerte der Kurs des Blattes vorwärts immer weiter nach links. Die Folge war Verfolgung durch Polizei und Justiz und allmählicher Verlust der bürgerlichen Leser, die aber ersetzt wurden durch die zunehmende Unterfütterung der Arbeiterklasse. Die badische Regierung öffnete damals dem Bismarckschen Ausnahmegesetz-Terrorismus die Grenzen des „liberalen“ Musterstaates. Eine wilde Jagd gegen den „Volksfreund“ lud an.

Die Prozesse, die sich gegen die Verantwortlichen vor den Gerichten abspielten, waren von großer Zahl, kosteten enormes Geld und forderten viel Tage Gefängnis-Unfreiheit. Durch vergerichtete Unterdrückungen einzelner Nummern, verbunden mit lächerlichen Konfiskationen der einzelnen Exemplare bei Abonnenten sollten die Leser juchend gemacht werden.

Am verhängnisvollen Jahrestag des Jahres 1887 führten die Handlanger des Sozialistengesetzes den schärfsten Streich. „Volksbote“ und „Rheinbote“ wurden verboten. Sofort gab Genosse Ged die unpolitische „Parlamentarische“ und „Gesetzgebung“ heraus, die schon bei der 4. Nummer unterdrückt wurde. Ihr folgte das Anzeigenblatt „Offenburger Nachrichten“ im Duobesformat von 18x26 Zentimeter. Ende 1888 hatte sich das Organ wieder langsam zu einer stattlichen Zeitung ausgewachsen und bekam den Titel: Südwestdeutsches Volksblatt (Offenburger Nachrichten). Als solches erschien es mit täglichen Änderungen für Elsaß-Lothringen, für die Residenz Karlsruhe und für das übrige Badenland; es verschaffte sich von Mannheim aus auch Eingang in die frühhliche Pfalz.

Nach dem Sturze des Schmachgesetzes, als der bisherige Redakteur Adolf Ged noch eine lange strafgerichtliche Rechnung im Gefängnis zu erledigen hatte, übernahm Genosse Otto Zielowski (jetzt in Frankfurt a. M.) die redaktionelle Leitung und holte sich manche Freiheitsstrafe.

Am 1. Oktober 1890 trat der alte Titel „Volksfreund“ wieder in sein Recht. Nach langwierigen Kämpfen auf den badischen und deutschen Parteitagten wegen Verlegung des „Volksfreundes“ von Offenburg nach Karlsruhe und Ueberführung in das Parteieigentum wurde am 1. April 1898 das Verlagsrecht an die Partei abgetreten, am 1. April 1899 wurde der Druck des Blattes in Karlsruhe hergestellt. Die Redaktion übernahmen die Genossen Friedrich und Kolb. Der erste ist inzwischen wieder ausgeschieden. Seit dem vorigen Jahre erscheint der „Volksfreund“ in der eigenen Karlsruher Parteidrucker.

Der „Volksfreund“ hat zu seinem Jubiläum eine Gedenknummer herausgegeben, die in einer Auflage von 25 000 und im Umfang von 16 Seiten ins Land ging. Die Geschichte des „Volksfreundes“, die Geschichte der kämpfenden Sozialdemokratie Badens spiegelt sich in ihr wieder.

Mit Genugtuung können heute die badischen Genossen auf das Erreichte blicken. Es wird ihnen ein Ansporn sein zum nütigen Weiterstreben. Glück auf dazu!

Genossin Jekins Augenleiden ist durch erfolgreiche Operationen behoben, die Herr Professor Dr. Königshöfer in der Charlottenheilanstalt Stuttgart ausführte. Diese erfreuliche Nachricht bringt die „Schwäb. Tagwacht“. Genossin Jekins bedarf indeß noch längere Zeit großer Schonung und kann ihre Tätigkeit noch nicht in dem früheren Umfange ausüben.

Parteipresse. In Nr. 82 des „Vorwärts“ nimmt der Verlag der „Verglichenen Arbeiterstimme“ zu der Abänderung der Redakteure das Wort und behauptet, die Ursache läge nicht in den Streitigkeiten zwischen Sozialdemokraten und Zentralverbänden sondern darin, daß wir einer Auseinandersetzung zwischen uns und dem Genossenschaftsvorstand aus dem Wege gehen wollten. Wir halten unsere Darstellung vollständig aufrecht; die Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften, die noch heute fortdauern, abertragen sich auf das politische Leben und schufen und so zahlreiche Widersprüche, daß wir trotz des Schuges der Kommission nicht so zu arbeiten vermochten, wie wir wollten. Die Sitzungen des Genossenschaftsvorstandes haben wir seit Jahr und Tag nicht besucht und was man dort „als peinliche Angelegenheiten“ behandeln wollte, war uns gleichgültig. Bemerkten wollen wir noch, daß wir schon mehreremale unsere Demission angeboten haben.

Die Redakteure der „Verglichenen Arbeiterstimme“ Solingen.

Vom belgischen Parteitag. Aus Brüssel meldet das Bureau Herold vom 16. April: Gestern trat hier der nationale Arbeiterkongress zusammen. 461 Delegierte waren erschienen. Ueber die parlamentarische Tätigkeit der sozialistischen Abgeordneten kam es zu einer heftigen Debatte, in der Folge deren zwei Resolutionen angenommen wurden, deren eine verlangt, daß in den sozialistischen Blättern bei wichtigen Parlamentarischen Abstimmungen die Liste über den Namensaufruf veröffentlicht werde; eine zweite Resolution verlangt, daß über die Anwesenheit der sozialistischen Abgeordneten bei wichtigen Ausschüssen des Parlamentes Kontrolle geführt werde.

Der „Fall Brabant“. Paris, 15. April (Eigener Bericht). Die Loire-Föderation hatte es abgelehnt, Briand einen Kandidaten der Partei entgegenzustellen und hatte überdies einen höchst zweideutigen Beschluß gefaßt, der dem Unterrichtsminister sozulegen einen Parteierlaubnis zuschickte. Die Administrativkommission der Partei erinnert nun die Genossen des Loire-Departementes an den Beschluß des Nationalrats, daß sich ein Sozialist schon durch seine Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung, ja sogar durch seine bloße Verhandlung darüber außerhalb der Partei stelle und erklärt, die Sektionen, die dieser Entscheidung Trotz bieten, in der nächsten Versammlung des Nationalrats zur Verantwortung zu ziehen.

Der 26. Kongress der Sozialdemokratischen Föderation.

London, 16. April. Die Sozialdemokratische Föderation (S. D. F.) hielt in den letzten drei Tagen in Bradford ihren 26. Jahreskongress ab. Er war von 90 Delegierten besucht, die 160 Zweigvereine vertraten. Am Vorabend der Kongressöffnung fand eine öffentliche Volksversammlung statt, die fast besucht war. Genosse Hyndman war der Hauptredner, der unter anderem folgendes sagte: „Im Unterhause gibt es gegenwärtig etwa zehn aufrichtige Sozialisten, die mehr wert sind als alle übrigen zusammengenommen. Die Verweisungen der Minister sind an diese zehn unserer Genossen gerichtet. Die Regierung weiß, daß die Macht und die Zukunft dem Sozialismus gehören. Der Begriff

des Sozialismus ist leicht verständlich. Er sagt dem Arbeiter: „Schaffet bewußt für Euch selber und nicht unbewußt im Interesse anderer.“ Die gebildeten Klassen beginnen nunmehr zu begreifen, daß ihr eigenes Zufriedenheit, ihr eigener Begriff von Schönheit, ihre eigene Kunst nicht unter dem miserablen System von heute verwirklichen lassen. Noch und noch beginnen sie die Ueberlegenheit des Sozialismus zu merken und ihr unwillkürlich Achtung zu geben. Für die Arbeiter ist indes keine Frage von so unmittelbarer Wichtigkeit als die Erhaltung der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln. Erstens würden wir dadurch gesunde, gut entwickelte Mitbürger haben; zweitens würde eine solche Maßregel den Kampf der Arbeiter gegen das Kapital bedeutend erleichtern, und dieser Kampf ist gegenwärtig um so schwerer, als das Kapital in noch nie dagewesener Maße zusammengeballt ist.

Der Präsident des Kongresses war Genosse Hartley, der die Verhandlungen mit einer versöhnlichen und die ganze sozialistische Bewegung ins Auge fassenden Rede einleitete. Er beklagte die Zerplitterung der sozialistischen Kräfte, das fortgesetzte Diskutieren der die Sozialisten trennenden Punkte, wo es doch doch das ernste und erste Bestreben aller Genossen sein müßte, die Kräfte zusammenzufassen und eine große Presse zu schaffen. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Presse zeigte sich besonders bei der Ernennung von John Burns zum Minister, deren Bedeutung den Arbeitermassen nicht im richtigen Sinne erklärt werden konnte. Nur wenige konnten voraussehen, daß John Burns, der Revolutionär von 1885-87, Kabinettsminister einer liberalen Regierung sein werde und ihm gegenüber eine Arbeiterfraktion sich befinden werde, die zur Opposition gegen diese Regierung verpflichtet sei. Er — der Redner — glaube, daß die neue Arbeiterpartei sich offen der sozialistischen Bewegung anschließen werde.

Trotz dieser versöhnlichen Einleitungsrede wurden die Anträge auf Wiederanschluss an die neue Arbeiterpartei abgelehnt. Zu diesem Punkte lagen Anträge vor, die folgendermaßen lauteten:

„Der Kongress ist der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, sich der Arbeiterpartei anzuschließen.“

Der Antrag wurde mit 55 gegen 20 Stimmen abgelehnt und an dessen Stelle der folgende von Hyndman begründete Antrag angenommen:

„Dieser 26. Kongress der S. D. F. sympathisiert in herzlichster Weise mit dem selbständigen Vorgehen der neuen Arbeiterpartei und ist bereit, sich ihr anzuschließen, sobald ihre Organisationen und Abgeordneten sich öffentlich für den Sozialismus erklären und ein in diesem Sinne gehaltenes Programm annehmen.“

Für diesen Antrag stimmten 52, gegen 18.

Der Antrag auf Verschmelzung mit der sozialistischen Unabhängigen Arbeiterpartei wurde mit 48 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Aber es soll ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Ablehnung nur deshalb erfolgte, weil die unabhängige Arbeiterpartei sich noch nicht entschließen konnte, der Verschmelzung zuzustimmen. Prinzipielle Unterschiede und Fragen kommen hierbei nicht in Betracht. Die Mitglieder beider sozialistischen Organisationen gehen schon seit einigen Jahren bei Wahlen und Demonstrationen freundschaftlich zusammen. Der Zusammenschluß ist nur eine Formalität, die früher oder später ohne jede Schwierigkeit vollzogen werden wird. Die Zweitteilung ist nur eine oberflächliche und hat jetzt keine schädlichen Folgen mehr.

In der Schulpolitik drückt sich die S. D. F. mit der Vorlage von Thorne, nur bezieht die S. D. F. nachdrücklicher die Notwendigkeit der Erhaltung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln.

Der dänische Parteitag. In Ostern fand in Kopenhagen der 11. Kongress der sozialdemokratischen Partei Dänemarks statt. Erschienen waren 225 Delegierte und 46 Mitglieder des Hauptvorstandes des Sozialdemokratischen Verbandes. Im ganzen waren 148 Abteilungen des Verbandes vertreten, die zusammen 29 651 Mitglieder zählten.

Der Parteivorstand P. Knudsen berichtete über die Tätigkeit der Partei in den seit dem vorigen Kongress verfloßenen drei Jahren. Er wies auf die Erfolge der letzten Höllethungsmahl hin, bei der 55 479 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten in 56 Wahlkreisen abgegeben wurden und die Zahl der Vertreter im Höllethung von 14 auf 10 stieg. Sodann schilderte er ausführlich die Tätigkeit der Fraktion und besonders den Kampf gegen das reaktionäre Treiben der „liberalen“ Regierungspartei und ihrer Minister. Schließlich erwähnte er die Erfolge bei den letzten Gemeinderatswahlen, die der Partei in 50 Gemeinden 155 Vertreter gaben, wogegen bei den vorigen Wahlen in nur 25 Gemeinden 56 Vertreter der Sozialdemokratie gewählt wurden. In der Debatte über den Bericht wurde von einigen Delegierten Kritik an der Tätigkeit der Fraktion geübt. Unter anderem wurde bemängelt, daß sie für den Wiederaufbau des Schlosses Kristiansborg, das bekanntlich dem Höllethung und Randbühning, sowie dem höchsten Gericht ein Heim bieten, aber auch Repräsentationsräume für den König enthalten soll, gestimmt hatte. Der Fraktion Mißbilligung wegen ihrer Haltung in dieser Angelegenheit auszusprechen, wurde jedoch mit 200 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Der ganze Tätigkeitsbericht wurde dann mit 250 gegen 4 Stimmen gutgeheißen.

Bei dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung: die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Höllethungswahlen, wandten sich einige Redner gegen jedes Wahlbündnis mit den Radikalen. Es wurde jedoch mit 214 gegen 40 Stimmen eine von den Genossen Vorpberg und Harald Jensen vorgeschlagene Resolution angenommen, durch die den Parteigenossen in solchen Wahlkreisen, wo es nicht zweckmäßig erscheint, eigene Kandidaten aufzustellen, empfohlen wird, den radikalsten Kandidaten gegen den mehr konservativen zu unterstützen; unbedingte Voraussetzung ist jedoch, daß diese Kandidaten geloben, für das allgemeine gleiche Wahlrecht auf Grund der durch die Verfassung gegebenen Mittel wirken zu wollen. Ferner werden in der Resolution 63 Wahlkreise (von im ganzen 114) angeführt, in denen eigene Kandidaten der Sozialdemokratie aufgestellt werden sollen.

Der norwegische Parteitag. Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens wurde am Karfreitag mit einer Ansprache des Parteivorstandes Hovnsaas zu Kristiania eröffnet. Redakteur Lindblad, einer der vier anwesenden Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie, überbrachte die Grüße dieser Bruderpartei. Frau Professor Tirapolski aus Rußland sprach über die Kämpfe der russischen Arbeiterklasse. Der Parteitag nahm eine vom Storchingsmann Ericksen vorgeschlagene Resolution an, in der den russischen Arbeitern die warmste Sympathie kundgetan und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß ihr Freiheitskampf bald von Erfolg gekrönt werden möge. Anwesend waren 211 Delegierte, außerdem die Mitglieder des Hauptvorstandes und die vier schwedischen Vertreter, im ganzen 228 Teilnehmer.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit der Beratung über Vorschläge zur Abänderung einiger Punkte des Parteiprogramms. Mit 160 gegen 85 Stimmen wurde beschlossen, den Punkt: „Allgemeine Volksbewaffnung“ zu streichen und dafür zu setzen: „Abichaffung des Militarismus. Errichtung internationaler Schiedsgerichte“.

Allgemeiner Handels- und Arbeiter-Kongress.

Berlin, 16. April.

Erster Verhandlungstag.

Am zweiten Oftertage wurde im Berliner Gewerkschaftshause der erste Kongress für alle im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter eröffnet. Erschienen waren 117 Delegierte aus 80 Orten Deutschlands, die außer dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter auch eine Reihe der bedeutenderen Lokalvereine

Verschiedener Städte, wie Berlin, Hamburg, Breslau, Mannheim und Hannover vertreten. Außerdem nahmen an den Verhandlungen teil: die Reichstagsabgeordneten Wollnubst und Fanzluch als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Abgeordnete Legien im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Genossen Vint und Ritter von der Berliner Gewerkschaftskommission, sowie Vertreter von den Zentralverbänden der Handlungsgehülften, der Hafenarbeiter und der Kaufmänninnen und Heizer. Wie der Verbandsvorsitzende Schumann in seiner Eröffnungsrede mitteilte, waren Repräsentanten der Reichstagsfraktion nicht eingeladen worden, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß sie doch nicht kommen. Eine Sympathiebesuche des österreichischen Bruderverbandes wurde mit allgemeiner Freude zur Kenntnis genommen.

Hierauf begrüßte der Genosse Wollnubst den Kongreß namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit einer Ansprache, in der er den Beratungen einen gedeihlichen Fortgang wünschte zum Weften der unter einer besonders starken Ausbeutung leidenden Handelshülfsarbeiter.

#### Über die Arbeitsverhältnisse der Handelshülfsarbeiter und deren Forderungen

Sprach sodann der Verbandsvorsitzende O. Schumann. Berlin. Schon seit Jahren, so führte der Referent aus, sei die Organisation bemüht gewesen, Material über die Verhältnisse zu sammeln, um Forderungen zur Abhilfe derselben an die gegebenden Körperschaften zu stellen. Eine Eingabe vom Jahre 1902 an den Bundesrat blieb jedoch unbeachtet. Als dann später in der Reichskommission für Arbeiterstatistik die Verhältnisse, unter denen die Handlungsgehülften so schwer zu leiden haben, erörtert wurden, gedachte man im Weirat schließlich auch der Hülfsarbeiter, der großen Schar der Hausdiener und Bader. Es wurden vom Weirat an 19 Verbandsfilialen und 12 Lokalvereine Fragebogen versandt, um ein Bild über die Lage der Handelshülfsarbeiter zu gewinnen. Das Ergebnis brachte den Weirat denn auch zu der Ueberzeugung, daß gesetzliche Maßnahmen zum Schutze dieser bisher gänzlich ungeschützten Arbeiterkategorie durchaus notwendig seien. Im Jahre 1905 fand im Anschluß hieran sodann eine mündliche Vernehmung von 8 Auskunftspersonen aus dem Verufe statt. Wenn die Vernehmung nun auch im Weitein gewichtiger Vertreter der Kaufmannschaft erfolgte und eine erklärende Befangenheit der Vernommenen zeigte, so wurde doch festgestellt, daß die Handelshülfsarbeiter von der Kaufmannschaft in einer überaus langen Arbeitszeit übermäßig ausgenutzt werden. Die Herren Kaufleute suchten diese für sie so äußerst beschämende Tatsache bei jener Vernehmung anfangs zwar zu bestreiten, mußten sie später jedoch selbst als wahr eingestehen. Durchgreifende gesetzliche Schutzmaßnahmen hat die Enquete des Weirats der Reichskommission außer einer Verordnung betr. Gewährung einer ununterbrochenen einstündigen Ruhepause für die Hülfsarbeiter jedoch nicht zur Folge gehabt. Es sind wohl einige Verbesserungsversuche gemacht worden, doch sind in denselben wieder eine ganze Anzahl der üblichen Ausnahmefälle im vorgegeben, so daß ein wirksamer Schutz ausgeschlossen erscheint, selbst wenn jene Versuche des Weirats Gesetz werden sollten.

Nun hat der Zentralverband im Oktober v. J. selbst Erhebungen über die Lage des Hülfspersonals im Handelsgewerbe durch Herausgabe von Fragebogen veranfaßt. Antworten gingen ein aus 83 Orten für 2323 Betriebe mit 2777 beschäftigten Arbeitern. In Betracht kommen naturgemäß nur Großstädte und größere Mittelstädte, wofolbst folgende Branchen in die Erhebungen aufgenommen wurden: die Nahrungs- und Genussmittelbranche, Hausbedarfartikel, Konfektions- und Manufakturgeschäfte, Fuß- und Weißwarenbranche, Buchhandel- und Verlagsanstalten. Es beschäftigten: 1385 Betriebe bis zu 5 Personen, 698 bis zu 20 Personen, 175 bis zu 50 Personen und 65 über 50 Personen, das heißt nur Hausdiener und Bader usw. Ueber 18 Jahre waren davon 21 600 und unter 18 Jahren 2067 Personen. Eine reguläre Arbeitszeit bis zu 10 Stunden hatten 936 Personen = 7,4 Proz.; bis zu 12 Stunden arbeiteten 12 914 = 42,4 Proz.; bis zu 14 Stunden arbeiteten 8148 = 32,5 Proz., und der Rest arbeitete über 14 Stunden. Es ergibt sich somit eine reguläre tägliche Arbeitszeit von 12 1/2 Stunden bei 1-2stündigen Pausen, die jedoch je nach Bedarf eingeschränkt werden. Soweit würde das Ergebnis mit dem der Reichskommission für Arbeiterstatistik übereinstimmen. Was das Verhältnis aber wesentlich ungünstiger gestaltet, das ist die regelmäßige wiederkehrende Verlängerung der Arbeitsdauer an gewissen Wochentagen und während der „Saison“. Haben doch einige Branchen, wie beispielsweise die Konfektionsbranche, jährlich mehrere Monate, ja fast ein halbes Jahr lang „Saison“. In dieser Zeit werden dann die Kräfte des Hülfspersonals derartig ausgenutzt, daß bis zu 18 Stunden täglich gearbeitet werden müssen. Auf den Durchschnitt berechnet ergibt sich demnach eine Arbeitszeit von 14 1/2 Stunden.

Die Art der Arbeit ist anstrengender und unangenehmer, als wie es dem Umeingeweihten auf den ersten Blick erscheint. Es heißt nur immer: Friedrich hinten, Friedrich vorne. Besonders während der Saison gibt es ein ewiges Hasten und Jagen, treppauf, treppab; bald auf der Straße bei der Kundschaft oder der Post, bald im Geschäft. Hinzu kommen noch Privatarbeiten für den Chef und dessen Familie, so daß der Hausdiener vielfach erst gegen Mitternacht müde und erschöpft sein Lager aufsuchen kann, um es um 5 oder 6 Uhr morgens wieder zu verlassen. Zudem ist die Behandlung vielfach eine ausgesucht schlechte; nicht zum mindesten von der Anzahl kaufmännischer „Vorgesetzter“, unter denen sich das „höher“ stehende weibliche Element, wie Direktinnen und Abteilungsvorsteherinnen, durch abstoßendes, schnippisches Benehmen meistens noch besonders hervorhebt.

Was die Beschaffenheit der Bad- und Arbeitsräume anbelangt, so existieren hier geradezu empörende Verhältnisse. Vielfach müssen die Bader in Löchern arbeiten, wo weder Sonne noch Mond hineinscheint. Dampfe, feuchte Keller, wo den ganzen Tag über künstliches Licht gebrannt werden muß, werden häufig als Badräume benutzt; oder es dient hierzu der Hof, der zugige Hausflur oder eine rattenbesetzte Kammer. In Farben- und Druggeschäften leiden die Hülfsarbeiter unter einer gesundheitsschädlichen Staubentwicklung, die beim Zureiben der Farben und beim Mischen von Chemikalien entsteht. Für Ventilation ist hier durchwegs so gut wie gar nicht gesorgt. Ueberaus schlecht ist es mit Waschoorrichtungen, Umkleekabinen, Speiseräumen und mit den Abortverhältnissen bestellt. Nicht selten liegen die Speise- und Umkleebüchsen in unmittelbarer Nähe der schlecht angelegten und noch schlechter gereinigten Klosetträume, und ein Klosett dient mitunter 20 bis 30 Personen beiderlei Geschlechts zur Benutzung.

Nedner kam zu dem Schluß, daß die Arbeitsverhältnisse der Handelshülfsarbeiter einer baldigen Verbesserung dringend bedürftig seien, wenn nicht die Hunderttausende dieser Arbeiter in ein stumpfsinniges Kullum verfallen sollen. (Lebhafte Weisfall.) Die Forderungen an die Reichsregierung zum Schutze der Handelshülfsarbeiter sollen in einer einseitigen Resolution niedergelegt werden, die alle Verhandlungspunkte des Kongresses gemeinsam umfaßt.

Die Diskussion war eine äußerst ergiebige. Es beteiligten sich an der Debatte nicht weniger als 20 Nedner, ebensovielen waren noch eingezogen, als ein Schlusstrat angenommen wurde. Das vom Referenten gezeichnete allgemeine Bild des Glends und der Ausbeutung wurde durch Einzelschilderungen aus allen Ecken Deutschlands noch wesentlich vervollständigt. Von den Klagen über schlechte Behandlung, Arbeitsüberbürdung und zu lange Arbeitszeit war eine immer drastischer wie die andere. Auch über die miserable Entlohnung wurden Angaben gemacht, die da zeigten, wie sich selbst die feinsten Handelshändler das große Angebot von Arbeitskräften zunutze machen, um die Löhne auf das denkbar niedrigste Maß herabzudrücken. So ist es in den Mittelstädten gang und gäbe, daß jugendliche Hausdiener bei Kost und Logis nur 5-8 M. pro Woche erhalten. Verheiratete Leute werden nicht selten mit Zammerlöhnen bis herunter zu 12 und 10 M. entlohnt. Auch in Großstädten trifft man Löhne von 15 M. an. Von mehreren Nednern wurde es auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen geradezu als gefährlich bezeichnet, die Polizeiorgane gelegentlich

auf die Verhältnisse in den Badräumen oder die Nichtinnehaltung der gesetzlichen Mindestbezüge aufmerksam zu machen. Es ist vorgekommen, daß solche Beschwerdeführer von den Beamten dem Chef namhaft gemacht und daraufhin kurzerhand entlassen wurden. Direkt berührt wegen ihrer Gesundheitsgefährdung sind in Berlin der „Vorfes“ und der 20. Stufen tief gelegene „Vetriseller“, wofolbst die sogenannten „Kellerwürmer“ zeitweise in Wasser und hohem Schlamm arbeiten müssen. Welche Ansprüche aber zuweilen an einen Hausdiener gestellt werden, das geht in geradezu grotesker Weise aus einem Offertensreiben hervor, das die Firma R. Neumann, Hoflieferant, Berlin, Friedrichstraße, kürzlich an einen Stellennachweis für Hausdiener richtete. Die Firma verlangte „einen patienten gewandten Menschen mit intelligenter Rede-weise und nur besten Zeugnissen“ unter folgenden Bedingungen: Alter 22-27 Jahre, unverheiratet, wenn möglich Soldat gewesen, muß in Berlin gut Bescheid wissen, saubere Kleidung resp. erhält Lobre, nettes äußere, gewandte Manieren, muß in Berliner Detailgeschäften tätig gewesen und guter flotter Bader sein. Und das alles für einen Lohn von — 20 M. pro Woche! Andere Firmen suchen Hausdiener, von denen sie sogar die Kenntnis der englischen Sprache verlangen. Mehrere Nedner meinten launig, es fehle schließlich nur noch die Vorlegung des einjährigen Zeugnisses. — Eine eingehende Erörterung fand auch die verwirrende Dreiraubquälerei, durch welche besonders die jugendlichen Arbeiter zuweilen bis zur völligen Erschöpfung überanstrengt werden. Eben der Schule entwachsene Jungen, die mit den Füßen kaum an die Pedale heranreichen, werden da häufig 2-3 Genniner Waren in die „Vordbarre“ gepackt, so daß sie das allgemeine Mitleid der Passanten erregen. Nur der „Chef“ empfindet kein Mitleid. Sämtliche Nedner waren sich darin einig, daß diese Zustände förmlich noch Abhilfe schreien. — In seinem Schluswort bemerkte Schumann, er sei in seinem Referat absichtlich nicht auf die Lohnverhältnisse der Handelshülfsarbeiter eingegangen, weil eine Aufbesserung der Löhne nicht Sache der Gesetzgebung, sondern Sache der Organisation sei, die zu härten eine ebenso wichtige Aufgabe für die Arbeiter sein müsse, als wie alle Maßnahmen zur Herbeiführung gesetlicher Schutzvorschriften.

Berlin, 17. April.

#### Zweiter Verhandlungstag.

Das nächste Referat hielt Werner. Berlin. Er behandelte die Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe.

Nedner drückte sein Bedauern darüber aus, daß unsere Gesetzgebung eine Einseitigkeit in der Handhabung der Sonntagsruhe bisher noch immer nicht gelten läßt. Während für die gesamte Industrie eine lückenlose Sonntagsruhe gilt, existiert sie für das Handelsgewerbe nur teilweise. Es stehe aber außer allem Zweifel, daß eine vollständige Sonntagsruhe dem Handelsgewerbe ebenso wenig schädlich sein werde, wie sie der übrigen Industrie schädlich geworden ist, wenn sie nur erst allgemein zur gesetzlichen Einführung gelangt. Wie aber steht es jetzt? In einem Orte gilt die Sonntagsruhe, im anderen nicht, je nachdem sie durch Ortsstatut beschlossen ist. Ueberall gelten aber noch allerhand Ausnahmebestimmungen, durch welche die örtlichen Vorschriften wieder durchlöchert werden. Den Schaden davon haben natürlich in erster Linie die Handelshülfsarbeiter, wie auch die Handlungsgehülften und Gehülftinnen. Besonders stark leiden sie unter den vielfachen Uebertretungen der Vorschriften. Laut amtlicher Statistik gab es im Jahre 1904 in Deutschland 9056 Verurteilungen wegen derartiger Uebertretungen. Ungleich größer ist aber zweifellos die Zahl derjenigen Uebertretungsfälle, die überhaupt nicht zur Anzeige und damit auch nicht zur Abhandlung kommen. Es ist geradezu „Miß“ in vielen Geschäften, die Leute während der geschlichen Ruhezeit hinter verschlossenen Türen und verhangenen Fenstern stundenlang arbeiten zu lassen. Von der Organisation sind in verschiedenen Orten Komitees gebildet worden, die auf solche Ungeheuerlichkeiten der Firmeninhaber zu achten und Uebertretungen der Polizeibehörde mitzuteilen haben. Doch läßt sich fast allgemein konstatieren, daß die Polizeiorgane bei ihrem Einschreiten nur sehr lax verfahren. Häufig werden die beschwerdeführenden Arbeiter von den Beamten mit den Worten angefahren: Was geht Sie das an, wenn dort gearbeitet wird! Erst wenn darauf hingewiesen wird, daß die Beschwerdeführer im Interesse ihrer ungeheilig ausbeuteten Mitarbeiter handeln, entschließen sich die Beamten dann mihütig zum Einschreiten.

Nun hat die Organisation im Jahre 1905 die bereits erwähnten statistischen Erhebungen auch über den Umfang der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ausgedehnt. Von den 2777 beschäftigten der 83 Orte mußten 57,2 Proz. des Sonntags arbeiten, 28,8 Proz. hatten vollständige Sonntagsruhe; leider hatten 14,2 Proz. keine Angaben gemacht. Von den zur Sonntagsarbeit Herangezogenen mußten 85,8 Proz. 1-3 Stunden arbeiten; 23 Proz. arbeiteten bis zu 5 Stunden; 21,7 Proz. arbeiteten über 5 Stunden; der Rest arbeitete unbestimmte Zeit. Nedner gelangte zu dem Schluß, daß diese Zahlen teils den Beweis für die allgemeine Durchführbarkeit der Sonntagsarbeit ergeben, teils aber auch be weisen, welchen großen und schädlichen Umfang die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe noch einnimmt. Es gelte, unter allen Umständen für die gesetzliche Durchführung der Sonntagsruhe einzutreten. (Weisfall.)

In der Diskussion wurde von allen Nednern übereinstimmend besonders die Lausheit der Polizeiorgane beim Einschreiten gegen Uebertretungen der Unternehmer getadelt. Vielfach könne man die Beamten erst dann interessieren, wenn man eine Verletzung des religiösen Gefühls erheuchelt. Für die sozialpolitische Seite der Sache zeigten sie dagegen nur sehr wenig Verständnis.

Ueber

#### die Unfallversicherung der Handelshülfsarbeiter

sprach hierauf Zimmer. Breslau. Die Ausführungen des Nedners gipfelten in der Forderung auf Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht für alle Handelsbetriebe. Bis her sind bekanntlich nur diejenigen Betriebe versicherungspflichtig, die im Handelsregister eingetragen sind und über eigene Lagerräume verfügen. Auch strengere Unfallverhütungsvorschriften seien erforderlich, weil die Zahl der Unfälle nachgerade eine erschreckende Höhe erreicht hat. So gibt die Lagererei- und Fuhrwerks-Versicherungsgesellschaft für 1904 folgende Zahlen bekannt: Versichert waren 337 716 Personen, davon 332 532 Vollarbeiter. Verletzt wurden 4760, darunter 437 tödlich, das sind rund 10 Proz. Auf 1000 Versicherte verunglückten 14,09 Proz. Häufiglich gering erscheinen die Beträge, die von den Versicherungsgesellschaften für Unfallverhütung ausgeben werden im Vergleich zu den enormen Verwaltungskosten. Schon die Art der Unfälle zeigt, wo der Hebel zur Besserung anzusetzen ist. Die Verunglückungen erfolgen hauptsächlich durch Motore, Hebe maschinen, Fahrstühle, Aufzüge, Flaschenzüge, Explosionen von Dampfleitungen usw., Umfallen und Herabfallen von Gegenständen in Badräumen, Fall von Leitern und Treppen, Ueberfahren und Querschlagen. Als Unfallursachen wurden ferner bezeichnet die ungenügende Beleuchtung, schlechte Leitern und morsche Treppen. Nedner verweist aber auch auf die chronische Unterernährung der Handelshülfsarbeiter, die infolge der schlechten Löhne zur Regel geworden ist. Auch auf diesem Gebiete erwachte der Reichsregierung die unabweisbare Pflicht, zugunsten der Arbeiter endlich Wandel zu schaffen. (Weisfall.)

Die Diskussion zeigte besonders eine herbe Kritik des Systems der Vertrauensärzte und der Rentenquerschen. Bemängelt wurde auch das häufige Fehlen von Verbandsutenen in den Betrieben.

Einer Anregung des Genossen Stelling. Ueber zufolge erörterte der Kongreß abdann kurz die Frage der Zweckmäßigkeit einer Einheitsorganisation für sämtliche bestehenden Handelshülfsarbeiter-Vereine. Auf Antrag Werner. Berlin wurde hierzu beschlossen, von einer Debatte über diese Frage Abstand zu nehmen, dagegen den anwesenden Vertretern der Lokalvereine anheim zu

geben, die Anregung in ihren Vereinen zur Sprache zu bringen. Das Resultat der Besprechungen soll dann baldigt dem Hauptverband des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter übermittelt werden. Je nach dem Ausfall bleibt es dem Hauptverband überlassen, demnächst eine Konferenz einzuberufen, wo die Vertreter aller Organisationen das weitere in der Sache beraten werden. Mit dieser vorläufigen Regelung der Angelegenheit erklärten sich auch sämtliche Vertreter der Lokalvereine einverstanden. Zu der geplanten Konferenz sollen auch die auf dem jetzigen Kongreß nicht vertretenen Vereine eingeladen werden. — Hierauf referierten Wender. Magdeburg und Wagner. Hamburg über den

#### Nachts- und Sechsuhr-Postschluß.

Die Ausführungen der beiden Nedner liefen in ihrer Quintessenz auf eine warme Empfehlung dieser Forderungen hinaus. Eine Schädigung der Kaufleute durch Einführung des Nachts- und Sechsuhr-Postschlusses sei um so weniger zu befürchten, als diese Einrichtung sich bereits in 130 deutschen Städten sehr gut bewährt hat. Es liege nur an der Rückständigkeit und dem starren Festhalten an veralteten Gewohnheiten, wenn die Kauf- und Handelsherren der übrigen Städte Deutschlands sich nicht zu einem rechtzeitigen Geschäftsschluß aufzuschwingen vermögen. Im Interesse des Personals sei die einseitige Einführung des Nachts- und Sechsuhr-Postschlusses dringend geboten. Ganz ähnlich verhalte es sich mit der Forderung des Sechsuhr-Postschlusses. Bei den jetzigen Verhältnissen auf den Postämtern haben sich für die Hausdiener der Handelshändler ganz unheimliche Zustände entwickelt. Die Abfertigung der Pakete verzögert sich häufig bis nach 9 Uhr abends, was natürlich eine erhebliche Ausdehnung der Arbeitszeit des Personals zur Folge hat. Nach Ansicht der Arbeiter ist der Sechsuhr-Postschluß bei einigem guten Willen sehr wohl durchführbar und würde zu einer wesentlichen Erleichterung des schweren Loses der Handelshülfsarbeiter beitragen. (Weisfall.)

#### Verbandstag der Wäsche- und Krawattenarbeiter.

Während der Osterfeierlage wurde im Berliner Gewerkschaftshause der zweite Verbandstag der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Derselbe war besetzt von 20 Delegierten aus Berlin, Bielefeld, Bremen, Chemnitz, Kottbus, Leipzig, Oerlinghausen, Köpenick und Weihensee. Der Verbandsvorstand war vertreten durch seinen Vorsitzenden Keller und den Kassierer C. u. e., die Generalkommission durch den Genossen Brunner und das Frauen-Agitationskomitee durch Frau Tieß.

Nachdem sich der Verbandstag konstituiert hatte, erstattete der Vorsitzende Keller den

#### Geschäftsbericht.

Aus demselben sowie aus dem gedruckt vorliegenden Bericht ist folgendes herborzuheben: Seit dem ersten Verbandstage, der vor zwei Jahren abgehalten wurde, hat der Verband so bedeutende Fortschritte gemacht, daß keiner der Teilnehmer am ersten Verbandstage an eine solche Entwicklung geglaubt haben würde. Die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit von kaum 1000 auf 6500 gestiegen. Diese Zunahme ist um so höher anzuschlagen, da 93 Prozent der Berufsgenössigen Arbeiterinnen sind, die für die Organisation gewöhnlich kein großes Verständnis haben. Vor zwei Jahren wurde auf dem Verbandstage ausgesprochen, daß die noch junge Organisation vorläufig nicht an Lohnbewegungen denken könne. Aber durch das Vorgehen der Unternehmer ist der Verband im vorigen Jahre in mehrere Streiks gedrängt worden, die er mit Erfolg durchgeführt hat. Der bedeutendste dieser Streiks war der in Berlin, an dem 6000-8000 Personen beteiligt waren. Die Kosten dieses Streiks betrugen 54 737 M. — In einem Streik in Bielefeld waren 1000 Personen beteiligt; derselbe kostete 28 771 M. Gleichzeitig wurde auch ein Streik in Oerlinghausen geführt. Ein Streik in einer einzelnen Berliner Fabrik, an dem 53 Personen beteiligt waren, kostete 681 M.

Vor zwei Jahren hatte der Verband erst 5 Filialen, jetzt sind es deren 12, die alle gut fundiert dastehen.

Der vom Kassierer C. u. e. vorgelegte Kassenbericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. Dezember 1905. Er zeigt eine Einnahme von 96 560,71 M., darin sind jedoch 59 000 M. Darlehen enthalten, die anlässlich der Streiks aufgenommen wurden. Ausgegeben sind 89 282,16 M. Davon kommen 76 406 M. auf Streikunterstützung, 2079 M. auf Krankenunterstützung, 497 M. auf Rechtschutz, 27 M. auf Gemäßregelunterstützung. Für Agitation wurden 2128 M. ausgegeben; das Verbandsorgan verursachte eine Ausgabe von 2562 M.

In der Debatte, die dem Vorstandsbericht folgte, wurden nennenswerte Ausstellungen an demselben nicht gemacht. Abgesehen von einigen unerheblichen Moniten war man allgemein mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gaben einige Delegierte kurze Darstellungen über die Verhältnisse in ihren Filialen. — Dann folgte der zweite Punkt der Tagesordnung:

#### Die Agitation und die Tarifbewegung.

Der Referent Keller führte in der Hauptsache aus: Mit dem bisherigen System, durch Agitationstouren Mitglieder zu gewinnen und die Entwicklung neu errichteter Filialen diesen selbst zu überlassen, könne der Verband nicht auskommen. Es sei leichter, Mitglieder zu gewinnen, als die gewonnenen zu erhalten. Aber auch die Gewinnung von Mitgliedern in Orten, wo die Organisation noch nicht festen Fuß gefaßt hat, sei schwierig, wenn die ganzen Agitations- und Organisationsarbeiten von wenigen Kollegen in ihrer freien Zeit verrichtet werden sollen und außer dem einen Verbandsbeamten, dem Vorsitzenden, keine unabhängigen Kollegen vorhanden sind, welche sich den Arbeiten für die Organisation widmen können. Die Anstellung von Beamten in den großen Filialen sowie die Anstellung von Bezirksleitern sei eine Aufgabe, die der Verband nicht länger von der Hand weisen dürfe, wenn er nicht befürchten wolle, daß die ungeahnten Fortschritte, welche er in letzter Zeit gemacht hat, verloren gehen könnten. Die Anstellung von Bezirksleitern habe sich bei anderen Organisationen gut bewährt; sie würde auch dem Verbands der Wäsche- und Krawattenarbeiter weitere Erfolge bringen. Die Zeit der Ruhe, welche jetzt nach den erfolgreichen Streiks eingetreten sei, müsse zum weiteren Ausbau und zur Festigung der Organisation benutzt werden. Wenn die jetzt auf zwei Jahre abgeschlossenen Tarife abgelaufen sind und der Verband von 6000 Mitgliedern auf 12 000 angewachsen sei, dann würde sich eine Verbesserung der Tarife leicht durchsetzen lassen. Eine derartige Vermehrung der Mitgliederzahl sei zu erwarten, wenn der Verbandstag die Anstellung von Bezirksleitern beschliesse. Vor den Kosten einer solchen Einrichtung dürfe man nicht zurückzusehen.

Zu diesem Punkt lag ein Antrag der Filiale Bielefeld vor, welcher die Anstellung eines Bezirksleiters für den dortigen Bezirk forderte. Mit diesem Antrage zugleich wurden verschiedene Anträge zur Debatte gestellt, welche die Erhöhung der Beiträge teils mit Rücksicht auf die Anstellung von Bezirksleitern, teils im Hinblick auf beantragte Erhöhungen der Unterstützungsätze forderten. Der gegenwärtige Wochenbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 25 Pf., für weibliche 15 Pf.

Sämtliche Diskussionsredner, die noch gegen Ende des ersten Verhandlungstages (Sonntag) zum Wort kamen, bekräftigten die Anstellung von Bezirksleitern sowie die Erhöhung der Beiträge. Von einer Seite wurde die Anstellung eines Bezirksleiters nicht nur für Bielefeld, sondern auch eines zweiten für Sachsen und eines dritten für Schlesien empfohlen.

Am zweiten Verhandlungstage (Montag) erhoben mehrere Nedner Bedenken gegen die Anstellung von Bezirksleitern. Besonders war es Brunner, der Vertreter der Generalkommission, der die Kassenverhältnisse des Verbandes nicht für so günstig hielt, daß der Verband zur Anstellung von besoldeten Bezirksleitern übergehen könne, und deshalb meinte, die Agitationsarbeit könne einweisen noch von nichtbesoldeten Mitgliedern geleistet werden.

Andere Redner traten diesen Ausführungen entgegen, indem sie sich darauf beriefen, daß sie, gestützt auf genaue Kenntnis der Verhältnisse des Verbandes, die Anstellung von Delegierten für notwendig und nützlich halten. — Nach Schluß der Debatte, die noch den größten Teil des Tages in Anspruch genommen hatte, wurden in namentlicher Abstimmung folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Zentralvorstand wird beauftragt, je nach Bedarf Gauleiter anzustellen.

Für Viefefeld und Umgegend ist ein Bezirksleiter anzustellen.

In Berlin ist der Kassierer als Geschäftsleiter anzustellen, der die Kassengeschäfte und die Leitung der Filiale zu übernehmen hat.

Die Anzustellenden dürfen keine Geschäftsinhaber sein.

Der nun folgende Punkt der Tagesordnung lautete:

Die Heimarbeit in unserem Beruf.

Hierzu hielt der zweite Verbandsvorsitzende Trinks ein Referat, dem eine rege Diskussion folgte. An demselben beteiligten sich unter anderem Frau Jhrer, die an diesem Tage das Frauen-Agitationskomitee vertrat, Frau Rose Jüngel, die als Mitglied des Verbandes besonders mit der Agitation unter den Heimarbeitern zu tun hat, sowie der erste Verbandsvorsitzende Keller und der Kassierer Gue. Alle Redner schilderten auf Grund eigener Erfahrungen das Elend der Heimarbeiter, sie verteidigten die bekannten Forderungen zum Schutz derselben und bekräftigten eine rege Agitation, um die Heimarbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. — Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

Die in unserem Beruf so umfangreiche Heimarbeit beruht in erster Linie eine immer weitere Kürzung des Saison sowie einen fortwährenden Lohnrückgang für Fabrik- und Heimarbeiter. Der Verband hat sich als dringende Aufgabe an, die Heimarbeiterinnen aufzuklären und für die Organisation zu gewinnen, um endlich dem ein Ziel zu setzen, daß die Heimarbeiter von den Unternehmern gegen die Fabrikarbeiter ausgepielt werden.

Der dritte Verhandlungstag (Dienstag) brachte zunächst eine Besprechung über das Verbandsorgan „Der Wälsche Hahn“. Grundständige Einwendungen gegen die Haltung des Blattes wurden nicht erhoben, es wurden nur Wünsche geäußert über eine bessere Ausgestaltung des Blattes, Erweiterung des Raumes und des Inhaltes desselben.

Dann folgte der Bericht über den letzten Gewerkschaftskongress, den Keller erstattete. Dem Bericht folgte eine kurze Debatte, die sich in der Hauptsache um das Verhältnis des Wälschehahn-Verbandes zum Schneiderverband drehte. Nach einem Beschluß des Gewerkschaftskongresses sollte die General-Kommission eine Verständigung zwischen beiden Verbänden herbeiführen, weil Differenzen bestehen, die daraus her vorgehen, daß der Schneiderverband den Verband der Wälschehahn nicht als ergreifend betrachtet. — Der General-Kommission wurde jetzt der Vorwurf gemacht, sie habe die Verständigung nicht betrieben. Demgegenüber bemerkte Brunner, die General-Kommission habe wohl den Versuch der Verständigung gemacht, aber im Oktober vorigen Jahres hätten die Verbände beider Verbände erklärt, die Zeit sei nicht günstig zu Verhandlungen. Nachdem also die beteiligten Verbände gezeigt hätten, daß sie kein Interesse an der Einigung haben, könne die General-Kommission in dieser Angelegenheit nichts mehr tun.

Im weiteren Verlauf der Debatte trat ein Berliner Delegierter dafür ein, daß die Wälschehahn für die Arbeiterin am 1. Mai einzutreten und dieselbe von den Unternehmern fordern sollten. Von anderer Seite wurde dazu bemerkt, gewiß müßten auch die Wälschehahn für die Arbeiterin einzutreten, aber in solch Lage der Verhältnisse könne dieselbe jetzt noch nicht für den ganzen Beruf durchgeführt werden.

Nun folgte die Beratung von Anträgen, die sich auf den Ausbau des Unterstützungswezens beziehen. Beschlüsse wurden, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 40 Pf., für weibliche je auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen. — Die Krankenunterstützung, welche bisher 5 M. für männliche, 3,50 M. für weibliche Mitglieder betrug, wurde auf 7 M. bzw. 4,50 M. erhöht. — Ein von der Filiale Berlin eingebrachter Antrag auf Einführung eines Sterbegeldes wurde abgelehnt. — Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, Ermittlungen zum Zweck der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung anzustellen, und zwar so, daß der nächste Verbandstag über die Frage der Arbeitslosenunterstützung eine Entscheidung treffen kann. — Ferner wurde beschlossen, das Verbandsorgan in größerem Format erscheinen zu lassen. — Eine Reihe anderer Beschlüsse betreffen Statutenänderungen, die kein allgem. Interesse haben.

Das Jahresgehalt des Verbandsvorsitzenden wurde auf 2000 Mark, das der Gauleiter auf 1800 M. festgesetzt. Außerdem wird für die Angestellten die Hälfte der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung sowie zur Unterstützungs-Vereinigung gezahlt. Als Verbandsvorsitzender wurde Keller-Berlin wieder gewählt. Der bisherige Kassierer Gue lehnte eine Wiederwahl ab; an seiner Stelle wurde Wod-Berlin gewählt. Als Ersatz des ausgeschiedenen Viefefeld bestimmt und Wücher-Bielefeld als Vorsitzender des Ausschusses gewählt. — Der nächste Verbandstag findet Ostern 1908 statt.

## 8. General-Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Mühlhausen i. Th., 14. April.

### Erster Verhandlungstag.

Zum ersten Male tagt in den Mauern Mühlhausens ein Arbeiterkongress. Der Saal des Gewerkschaftshauses ist kräftig aus diesem Anlaß in duftenden Tannen- und bunten Rosenzweigen, um den aus allen Ecken Deutschlands herbeigekommenen Delegierten ein freundliches Willkommen zu bieten.

Anwesend sind 128 Delegierte. Der Verbandsvorstand ist durch 3 Mitglieder vertreten; die General-Kommission hat Umbreit-Berlin, die Union der Textilarbeiter Oesterlechs Gausch und Ketzky-Wien entsandt. Die Fachpresse ist durch 8 Mitglieder vertreten, ferner nehmen die 7 Gauleiter an den Beratungen teil.

### Geschäftsbericht des Vorstandes

erstattet der Zentralvorsitzende Hübsh. Wie entziehen demselben folgende Punkte, die für die Allgemeinheit Interesse haben: Nach der vor zwei Jahren in Hannover stattgefundenen Generalversammlung ging die Mitgliederzahl erheblich zurück. Die Ursache des Rückgangs soll die beschlossene Beitragserhöhung gewesen sein. Der Zentralvorstand aber ist der Meinung, daß kein Rückschlag eingetreten wäre, wenn nicht in ganz unverantwortlicher Weise durch das Namentieren in den Versammlungen wankelmütigen Mitgliedern die Porole zum Austritte aus dem Verband gegeben worden wäre. Der Mitgliederverlust war aber bald wieder ausgeglichen. Im 4. Quartal 1905 war nicht nur der Verlust von 9721 Mitgliedern weit gemacht, sondern es war mit 77.800 Mitgliedern eine Zunahme von 15.570 erreicht. Gegenüber hat der Verband die 80.000 bereits überschritten. An der Spitze stehen vornehmlich die Arbeiterinnen beteiligt, die jetzt ein Drittel aller Verbandsangehöriger ausmachen.

Ferner sind in der Zeit vom 1. Januar 1904 bis 31. Dezember 1905 73 Jahrestellen neu gegründet. Erloschen sind 21 Jahrestellen und 8 Jahrestellen sind mit anderen verschmolzen worden.

Als einen der glücklichsten Beschlüsse, welchen die Generalversammlung in Hannover faßte, hat sich die Anstellung von Gauleitern erwiesen. Gegenwärtig sind 7 Gauleiter tätig; in der Zentralleitung arbeiten 4 besoldete Beamte, außerdem sind in 17 Filialvereinen 19 Angestellte tätig.

Zur Regelung interner Verbandsangelegenheiten hielt der Vorstand zwei Konferenzen ab. Die eine beschäftigte sich unter Beteiligung der Gauleiter mit der Fassung der Beschlüsse über die Lohn-

Bewegungen, während die andere sich mit der Verlegung des Verbandsorgans nach dem Sitz des Zentralvorstandes beschäftigte. Neben anderen Erleichterungen soll mit der Verlegung des letzteren in Chemnitz hergestellten „Textilarbeiter“ eine Verminderung der Druckkosten erzielt werden. Die Konferenz gelangte zu dem Beschluß, der Generalversammlung die Zusammenlegung von Fachorgan und Verbandsorgan zu empfehlen.

In der Vorberichtsperiode beteiligte sich der Verband an dem Gewerkschaftskongress in Köln, an dem internationalen Textilarbeiterkongress in Mailand und an der Heimarbeitersammlung in Berlin.

Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hat eine vorgenommene Urabstimmung im ablehnenden Sinne entschieden; von 48.118 Mitgliedern, die sich an der Abstimmung beteiligten, waren 35.646 dagegen.

Die eingeführte Krankenunterstützung hat sich vorzüglich bewährt, aber den Verband ziemlich stark belastet. In den zwei Jahren erhielten 16.379 Mitglieder für 322.505 Krankheits-tage 190.418,89 M. Unterstützungs-gelder. Die Häufigkeit der Erkrankungen und deren Art beleuchten grell das Elend des Textilarbeiter-Proletariats. Die Lungenschwindsucht fordert die meisten Opfer. Mangelnde Schutzvorrichtungen an den Maschinen verursachen die häufigen Unfälle, der aufsteigende Maschinenlärm nervöse Kopfschmerzen. Durch die stehende Beschäftigung wurden bei den Arbeiterinnen häufige Überdrücke und Unterleibsleiden hervorgerufen. Der Verband erstrebt durch die Verkürzung der Arbeitszeit, die vielfach noch 11 Stunden pro Tag beträgt, eine Verminderung der Krankheitsziffer. Deshalb muß bei Lohnkämpfen die Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund gestellt werden.

An Lohnbewegungen, die mit Arbeitseinstellungen verbunden waren, hatte der Verband 24 Angriffe und 18 Abwehrereignisse, sowie 21 Aussperrungen auszufechten. An den Kämpfen, die einen Kostenaufwand von 592.858 M. verursachten, waren 37.786 Personen beteiligt. In 19 Fällen ist ein voller Erfolg, in 21 ein teilweiser erzielt worden; 22 Bewegungen verliefen resultatlos. An den zahlreichen Lohnbewegungen, die ohne Streit verliefen, waren 20.225 Personen beteiligt. In 7 Fällen wurden Tarifverträge mit den Unternehmern abgeschlossen.

Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 2.179.813,96 M., die Gesamtausgabe 2.084.406,75 M. Von den Ausgaben haben wir folgende größere Summen hervor: Abonnement „Deutscher Textilarbeiter“ 152.809,30 M., Abonnement „Wälsche Hahn“ 167.707,78 M., Druckkosten 19.937,80 M., Krankenunterstützung 190.418,89 M., Reiseunterstützung 10.079,92 M., Umzugsunterstützung 2222,99 M., Redaktionsgehälter 7612,12 M., Agitation 5014,18 Mark. Die Quartalsbeiträge an die General-Kommission betragen 17.982,60 M.

Den Ausschussbericht gibt Laß-Berlin. Redner betont, daß nur 7 Beschwerden, hauptsächlich wegen Ausdiesens einzelner Kollegen, eingegangen seien, die sehr rasch erledigt werden konnten.

Eine lebhafte Debatte entspinnt sich über den Vorstandsbericht; derselbe wird sehr scharf kritisiert. Es sprechen zu diesem Punkte etwa 20 Delegierte. Auf Antrag wird dem Vorstand die Charge erteilt und die Debatte, abgesehen von 9 Rednern eingeleitet, geschlossen.

Als nächster Punkt gelangt die Arbeitslosenunterstützung, obgleich dieselbe durch Urabstimmung abgelehnt ist, zur Verhandlung. Der Referent, Schrader-Hannover, betont, daß wohl heute kaum noch prinzipielle Gegner der Arbeitslosenunterstützung vorhanden sein dürften. Die Ansicht, daß durch die Arbeitslosenunterstützung der Kampfcharakter der Gewerkschaften verloren gehe, sei glücklicherweise verstanden. Mehr und mehr breche sich die Ansicht Bahn, daß die Arbeiter aus eigener Kraft sich Institutionen schaffen müssen, um gegen die Mühen und Tüden der Kapitalgehalt gewappnet zu sein. Redner empfiehlt, schon jetzt die Beiträge zu erhöhen, um später desto leichter die Arbeitslosenunterstützung einführen zu können.

Steinbrück-Eberfeld glaubt, daß die schwache Beteiligung an der Urabstimmung beweise, daß die Mitglieder noch gar kein Verlangen nach der Einführung der Arbeitslosenunterstützung tragen, daher halte er dieselbe für verfrüht. Umbreit-Berlin verurteilt durch Zahlenmaterial, welches der Arbeitslorenzählung aus dem Jahre 1895 entnommen ist, den Nachweis zu erbringen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Textilarbeiterverband schon heute möglich sei ohne Beitragsverhöhung. Nach genauer Berechnung haben 100 Mitglieder die Unterstützung für einen Arbeitslosen aufzubringen. Redner befürwortet eine rege Agitation für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Hierauf wird die Sitzung verlag.

Mühlhausen, 15. April.

### Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nimmt noch eine geraume Zeit in Anspruch, prinzipielle Gegner melden sich nicht zum Wort. Durch Schlussantrag wird die Debatte, obgleich noch 19 Redner eingetragen sind, abgedrochen. Folgende Resolution findet mit 58 gegen 45 Stimmen Annahme:

Die in Mühlhausen i. Th. tagende 8. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter erkennt an, daß in der Arbeitslosenunterstützung den Gewerkschaften ein geeignetes Mittel der inneren Befestigung gegeben ist, auch dazu bestimmt, die ökonomische Lage der Arbeiterschaft insofern zu heben, als letztere in Zeiten der Arbeitslosigkeit vor den schlimmsten Folgen derselben geschützt wird.

Die Generalversammlung hält daher diese Unterstützung in Verbindung mit den bereits bestehenden Unterstützungen in Krankheitsfällen in Form der Arbeitslosenunterstützung für dringend notwendig. Da aber das Vorhandensein einer sicheren finanziellen Unterlage die erste Vorbedingung für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist, — soll nicht die Aktionsfähigkeit der Organisation darunter leiden, — diese Unterlage zurzeit aber noch nicht gegeben ist, beschließt die Generalversammlung:

Der Hauptvorstand hat ein Regulatorium zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten, selbes mit dem Ausschuss und den Gauleitern eingehend durchzuberaten und dann der nächsten Generalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mindestens sechs Monate vor Stattfinden der nächsten Generalversammlung ist der geläuterte Entwurf zu veröffentlichen.

### Frage der Verlegung der Fachpresse

sind Referent und Korreferent bestellt. Als erster Redner erhielt Köffel-Berlin das Wort. Redner erläutert alle Verhandlungen, die betreffen die Verlegung des „Textilarbeiter“ statigefunden haben. Redner betont weiter, daß der Vorstand bis jetzt durchaus keinen Einfluss auf den Inhalt des „Textilarbeiter“ habe ausüben können. Dieser Zustand sei einfach für eine moderne Organisation unhaltbar, und deshalb müsse mit diesen antiken Einrichtungen gebrochen werden. Grund für die Zusammenlegung von Vorstand und Presse sei auch in der Preisdifferenz gegeben. Nach Feststellungen und Berechnungen sei erwiesen, daß die Herstellung des „Textilarbeiter“ in Chemnitz entschieden höhere Kosten erfordere, als wenn derselbe in Berlin gedruckt würde. Durch den bestehenden Zustand stelle sich der „Textilarbeiter“ im Preise viel höher, als wie andere Gewerkschaftsblätter. Auf der am 30. Oktober 1904 in Berlin stattgefundenen Konferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigte, habe selbst Reichelt-Chemnitz erklärt: „Wenn der Unterschied im Preise so groß ist, dann muß der „Textilarbeiter“ nach Berlin, die „Wälsche Hahn“ muß dann rasend verdient haben. Die Reduktion des „Vorwärts“ jedoch hinfällig und es könne sich nur um ein unläuterer Manöver der Druckerei des „Vorwärts“ handeln, um Schmutzkonkurrenz zu machen.“ Ferner erklärte Landgraf-

Die „Vorwärts“-Druckerei hat selbstverständlich nur auf Verlangen der Verbandsleitung eine auf Grund des Tarifes aufgestellte Berechnung eingereicht; eine von einer anderen Berliner Druckerei eingereichte Offerte war sogar noch niedriger. Dadurch fallen alle die unehelichen Redensarten von „Schmutzkonkurrenz“, „unlauteren Motiven“ und dergleichen in sich selbst zusammen.

Landgraf, daß der „Vorwärts“ mindestens leichtfertig seine Aufstellung gemacht habe, die Aufstellung sei falsch. — Der Referent vertritt durch ausgezeichnetes Material all die Vorteile, die dem Verband aus der Zusammenlegung erwachsen, zu schildern, und betont, nur durch dieselbe sei es möglich, den „Textilarbeiter“ zu einer gewichtigen Waffe für den Verband auszugestalten.

Reichelt als Korreferent schildert die elenden Verhältnisse, unter denen der „Textilarbeiter“ in Chemnitz groß geworden und erfaßt, Chemnitz auch ferner als Erscheinungsort gelten zu lassen. In der nunmehr eröffneten Debatte erhält Landgraf als Vertreter der Druckerei das Wort. Redner verwahrt sich dagegen, den „Textilarbeiter“ zu hoch berechnet zu haben. Nach sehr genauer Kalkulation und nach Prüfung der Preise durch das Ehren- und Schiedsgericht des Tarifamts der Buchdrucker seien die Ansätze als richtig anerkannt worden. Die günstigen Angebote, die jetzt gemacht werden, seien nur in Anbetracht der hohen Auflage und durch Verwendung von schlechterem Material möglich; teils resultiere der Preisunterschied auch aus den verschiedenen Berechnungen der Buchdruckerarbeiten.

Die Debatte nimmt einen lebhaften Verlauf; am Schluß der Sitzung sind 28 Redner zu diesem Punkte vorgemerkt.

Mühlhausen, 16. April.

### Dritter Verhandlungstag.

Nachdem die Eröffnungsformalitäten erledigt sind, beginnt die Sitzung mit der Debatte über die Verlegung der Fachpresse. Die Vertreter aller Gegenden kommen zu diesem Punkte zum Wort und behandeln gleichzeitig die hierzu gestellten Anträge, die fast alle eine inhaltliche Verbesserung des „Textilarbeiter“ fordern. Die vorliegenden Kostenschätze der Buchdruckerei des „Vorwärts“ sowie der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft, Abteilung Gera, bieten den Delegierten Gelegenheit, selbst genaue Vergleiche anzustellen. Ein Vertreter der „Vorwärts“-Druckerei bedauert, daß zwei Parteigeschäfte derart in Konflikt kommen, daß eventuell eine Privatdruckerei der lohnende Erde sei, denn auch eine Privatdruckerei hat auf Ersuchen einen Kostenschätz angefertigt. Nachdem noch der bisherige Redakteur Wagener das Wort erhalten, der in kurzen Worten die unhaltbaren Zustände, die in Chemnitz herrschen, geschildert, wird ein Schlussantrag gegen 57 Stimmen angenommen. Köffel und Reichelt erhalten beide ein kurzes Schutzvotum, worauf durch namentliche Abstimmung mit 107 gegen 21 Stimmen die Zusammenlegung der Fachpresse und des Vorstandes für Januar 1907 beschlossen wird. Die Abstimmung über den gemeinschaftlichen Sitz ist eine namentliche. Für Berlin stimmen 74 Delegierte, die 33.889 Mitglieder vertreten, für Gera 52 Delegierte mit 31.414 Mitgliedern; damit hat sich die Generalversammlung für Berlin entschieden.

Auf Vorschlag des Bureauaus werden die Kollegen Köffel und Wagener als Vertrauensleute des internationalen Sekretariats gewählt; gleichzeitig werden die beiden bestimmt, am internationalen Kongress in Brüssel teilzunehmen.

Die Nachmittags-sitzung ist eine geschlossene. In derselben soll über Tarifverträge und Streikstatut verhandelt werden. Krähig-Mühlhausen i. Th. hat dazu das Referat übernommen.

## Vermischtes.

**Vier Personen ertrunken.** Wie die „Stettiner Neuesten Nachrichten“ melden, ertranken am 2. Feiertage auf dem Kammerer Boden infolge Kienens eines Bootes vier Personen, der Betriebsleiter der Stettiner Zementfabrik Dr. Seidel, der Buchhalter Niedel von derselben Fabrik und zwei Fährleute.

**Aus dem Besaugebiet telegraphiert Professor Matteucci,** daß die Nacht, abgesehen von einigen Stunden sehr ruhig verlaufen sei. Die Tätigkeit des Besuges bestehe nur noch in dem verminderten Auswerfen von Sand, der nach der östlichen Seite niederfalle. Die Apparate zeigen weniger Bewegung. Außer einem mit verhältnismäßiger Dunkelheit verbundenen Regen in den Gemeinden Ottajano und St. Anastasia wird aus den Besaugebiet nichts Bemerkenswertes gemeldet.

**Explosion auf einem Kriegsschiff.** Wie aus New York gemeldet wird, hat sich während einer Schießübung in der Nähe von Culebra eine Explosion in dem vorderen Turm des Schlachtschiffes „Maine“ ereignet. Ein Offizier und fünf Mann wurden getötet, ein Offizier und mehrere Mann wurden verletzt. Die „Maine“ ist ein erstklassiges Schlachtschiff, das im Jahre 1893 in Newport News vom Stapel lief und im Jahre 1900 in Dienst gestellt wurde.

**Mehr als hundert Häuser durch Feuer zerstört.** Nach einer Meldung aus Budapest sind im Orte Scavnik (Komitat Zips) mehr als hundert Häuser samt Nebengebäuden durch Feuer zerstört worden. Auch die Schule und die Kirche sind niedergebrannt.

**Das letzte Erdbeben auf Formosa,** das die Insel am letzten Sonnabend heimgesucht hat, war heftiger als das am 17. März. Die Stadt Kagi hat wiederum am meisten gelitten. Alle Häuser, die bei dem vorhergehenden Beben der Vernichtung entgangen waren, liegen jetzt in Trümmern. Nach den bisher in Tokio eingegangenen amtlichen Meldungen sind in Kagi und anderen Orten neun Personen getötet und 43 verletzt worden. Außerdem sind 1807 Gebäude beschädigt, von denen 1044 vollständig eingestürzt sind. Die Ermittlungen sind noch nicht vollständig abgeschlossen, man fürchtet vielmehr, daß weitere ausführlichere Nachrichten die Totenliste noch ansehnlich lassen werden. Bei vielen Städten und Dörfern sind Erderschütterungen vorgekommen, die vielfach die Bodenbeschaffenheit des Landes völlig verändert haben. Tausende sind obdachlos. Erschütternde Szenen ereigneten sich.

**Mittelalterliches Urteil.** In Chicago erscheint eine Wochenzeitung „Lucifer“, deren erstres Bestreben ist, die Sittlichkeit zu fördern durch eine freie Auffassung über die Geschlechtsmoral. Der Redakteur Moses Harman, ein 70-jähriger sehr geachteter Mann, bekämpft seit Jahren die herrschende Heuchelei, die Lüge und das Vorurteil auf diesem Gebiete und hat sich den Hoch aller dominierten Sittlichkeitswächter zugezogen. Schon oft wurde er angeklagt und vor einigen Monaten erlachte ein Richter auf ein Jahr Gefängnis als Strafe gegen ihn, weil er einige Artikel veröffentlicht hatte, die unsittlich sein sollten. Gibt es in Amerika nicht unbedingte Pressefreiheit? — Natürlich, aber wenn man einen hängen will, so findet sich auch der Strick! Die Anklage lautete auf Mißbrauch der Post durch Versendung „unsittlicher Schriften“. Das Urteil wurde bestätigt und Harman mußte in diesen Tagen das Gefängnis beziehen. — Die „Arbeiter-Zeitung“ in St. Louis bemerkt dazu: „Kommende Geschlechter werden auf diese Verurteilung schauen, wie wir auf die Urteile zurückblicken, die im finsternen Mittelalter und noch darüber hinaus in den Hexenprozessen ergingen. Es wird späteren Generationen unschätzbar erscheinen, daß im „erleuchteten“ 20. Jahrhundert ein Richter sich finden konnte, der einen ehrwürdigen Greis dem Gefängnis überantwortete, weil dieser der Welt frei und offen seine Ansichten über die Beziehungen der Geschlechter zu einander kundgetan. Moses Harman gegen den Vorwurf der Sittlosigkeit verteidigen, hieße den großen Kämpfer für Aufklärung und Sittlichkeit beleidigen. Sittlosigkeit ist keine Sünde, die selber schuldig, aus seinen Schriften Schmutz herausgerochen haben. Die Nachwelt wird diese jammervollen Puritaner richten, die noch heute in der einen Hand eine Bibel, in der anderen den Knotenstock tragen, damit sie jeden Freidenker zu Boden schlagen möchten.“

In dieser Weise sollten wir in Preußen-Deutschland einmal gegen ein richterliches Urteil loslegen, einige Monate freies Quartier wäre der Lohn.

## Eingegangene Druckschriften.

7. Jahresbericht für 1905 des Arbeiterssekretariats Frankfurt a. M. nach Jahresbericht des Gewerkschaftssekretariats und einer Abhandlung: Die Rechtshilfe der Berufsvereine. 100 Seiten. Verlag: Arbeiterssekretariat Frankfurt a. M., Am Schloßmühlbad 8-10.

# A. JANDORF & CO

Spittelmarkt

Belle-Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Mittwoch  
Donnerstag  
Freitag

## Ausnahme-Preise für Kleiderstoffe.

Soweit  
der Vorrat  
reicht

### Waschstoffe

Blusenleinen	imitiert, in neusten Karos	Meter	18, 25 Pf.
Mousseline	imitiert, hell u. dunkel	Meter	28, 45 Pf.
Mousseline	in neusten Mustern »reine Wolle«	Meter	75, 98 Pf.
Zephir	elegante Streifen	Meter	35, 45 Pf.
Organdy	für Kleider	Meter	58, 95 Pf.
Seiden-Batist	duftiges Gewebe aparte Muster	Meter	85 Pf.
Tennisstoffe		Meter	75, 98 Pf.
Satin	für Knaben-Anzüge, glatt oder gestreift	Meter	60, 85 Pf.

### Wollstoffe

Schwarz- weiss	kar. Stoffe für Blusen u. Kleider	Meter	75, 1.25
Blusenstoffe	in hübschen Streifen doppeltbreit	Meter	98, 1.25
Blusen-Flanell	englischer Geschmack	Meter	75 Pf.
Costüme Stoffe	ca. 110 cm breit	Meter	1.45, 1.95
Grenadine	schwarz gemust.	Meter	1.45, 1.85
Volle	»reine Wolle«, ca. 110 cm breit, viele Farben	Meter	1.45
Seidenstoffe	für Blusen u. Kleider	Meter	1.45

welt unter regulärem Wert

Ein grosser Posten abgepasseter Roben halb fertiger Rock, Stoff zur Bluse, mit Einsatz, Volle, beinen, Seiden-Batist etc., Wert bis Mk. 20.— zum Einheitspreis von Mk. 9.75

Ein grosser Posten hocheleganter Jacket-Costüme nur feinste Confection

Serie I Mk. 9.75  
regulärer Wert bis Mk. 22.50

Serie II Mk. 11.75  
regulärer Wert bis Mk. 27.50

Serie III Mk. 13.75  
regulärer Wert bis Mk. 38.—

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr u. Sommer vorrätig.



**M. Schulmeister**  
Schneidermeister  
Berlin SO., Dresdener-  
strasse 4  
am Kottbuser Tor.  
**Spezial-Haus**  
feiner  
**Herren- und Knaben-  
Garderobe**  
fertig und nach Maß.  
Elegante  
Sommer-Paletots Mk. 18<sup>50</sup>  
Jackett-Anzüge. . . 17<sup>50</sup>  
Rock-Anzüge . . . 26—  
Gehrock-Anzüge . . 32<sup>50</sup>  
Haus-Joppen . . . 6—  
Berufskleidung für alle Gewerke.  
**Nur Eigen-Konfektion.**

**Selowskys**  
Zenith-Zigaretten \* Bolero-Zigaretten  
Garantiert feinste Handarbeit!  
Von jedem wirklichen Kenner bevorzugt!

„Der Metzger ist da!“

„Ich brauche nichts von ihm bei den teuren Fleischpreisen,“ sagt die praktische Hausfrau. „Ich koche meine Suppen nur mit Wasser und erhalte mindestens ebenso kräftige, nahrhafte und vortreffliche Fleischbrühsuppen wie aus frischem Fleisch, denn ich verwende nur: **Knorr's Suppentafeln und Erbsenwurst!**“

Überzeugen Sie sich, dass meine **Deutschland-Fahrräder** u. Zubehöriteile die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind!

Über 100,000 Deutschland-Räder zur grössten Zufriedenheit i. Gebrauch. Preisliste, die grösste der Branche, unberechnet u. portofrei.

**August Stukenbrok, Einbeck**  
Erstes Fahrradhaus Deutschlands.

Ich habe noch nie eine so gute, preiswerte Zigarre für so wenig Geld angetroffen, deshalb bitte ich Sie, mir nochmals 500 Stk. für 7 M. fr. geg. Nachnahme zu senden. Hochachtungsvoll Anton Döring, Roxel.

NB. Ueber 2000 Anerk. habe ich erhalten!  
Bestellen Sie bitte auch zur Probe gegen Nachnahme franko: 500 Stück „Union“ für nur 7 M.! Sie werden viel Geld sparen!  
Garantie: Umtausch od. Zurückn.  
Rud. Tresp, Zigarrenfabrik, Neustadt bei Danzig H. N. 245.

Berlin SO. 16.  
**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Grösste Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche beliebige Zigaretten zu Originalpreisen.  
Amt 4, 2014.

**New-Departure-Freilauf-Brennsnabe**

Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch  
Engros-Vertrieb: Romahn Talbot, Berlin S.

Der Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Gestern vormittag begannen die Verhandlungen des siebenten Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, nachdem am Tage vorher eine Eröffnungsfestung stattgefunden hatte, an der eine außerordentlich große Zahl von Gästen teilnahm, so daß die Räume des Moabiters Gesellschaftshauses, wo der Kongress tagt, überfüllt waren.

Begrüßungsschreiben waren vom Genossen Dr. Friedeberg aus Ancona sowie von Van Erkel, dem Vorsitzenden des niederländischen nationalen Arbeitersekretariats, eingegangen. Beide bewaunten, an dem Kongress nicht teilnehmen zu können.

Die Mandatsprüfung ergab, daß 66 Delegierte von 19 Berufen anwesend waren. Das Mandat des Vertreters der Barbiers, Friseur und Perückenmacher wurde nicht anerkannt, weil diese Organisation nicht der Freien Vereinigung angeschlossen ist, doch wurde gegen die Anwesenheit des Vertreters nichts eingewandt. Von der Geschäfts-Kommission waren sämtliche Mitglieder anwesend.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht über die seit dem vorigen Kongress verstrichene Zeit, vom 1. September 1903 bis zum 31. Dezember 1905, liegt in einer 84 Seiten starken Broschüre gedruckt vor. Zu dem

Geschäftsbericht

gab der Vorsitzende der Geschäfts-Kommission, Kater, einige mündliche Erläuterungen und Ergänzungen. In der Zusammenfassung der Kommission sind bald nach dem vorigen Kongress verschiedene Veränderungen eingetreten, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß einige der gewählten Mitglieder ihre Pflichten nicht hinreichend erfüllten. Seit Ende Februar besteht nun die Geschäfts-Kommission aus folgenden Personen: Kater, Vorsitzender und Redakteur; Kleinlein, Expedient und Kassierer; Schönheim, Gaffner und Härtler, Sekretäre; Theodor Fischer und Gohl, Revisoren und Bekämpfer-Kommission. In dem Bericht werden dann die im Jahre 1905 vom sozialdemokratischen Parteivorstand angebahnten Einigungs-Verhandlungen, zwischen dem Berliner Gewerkschaftsrat und der Berliner Gewerkschaftskommission geschildert, die bekanntlich ergebnislos verlaufen sind. Weiter wird des im Juli 1904 verstorbenen Genossen Gustav Kehler gedacht. Dazu wird bemerkt, daß die Hoffnungen, die von Widersachern an das Ableben Kehler's geknüpft wurden, sich nicht erfüllt haben, indem keinerlei Störung in der Leitung und Entwicklung der Organisation eintrat.

Die Geschäfts-Kommission war mit Arbeit überlastet. Dennoch hat sie ein gut Teil Agitation geleistet; Mitglieder der Kommission traten im Laufe der Berichtsperiode in nicht weniger als 60 Versammlungen an verschiedenen Orten Deutschlands als Referenten auf. Die Kosten dieser Agitation beliefen sich auf 3060,62 M.; dazu kamen 1150 M. für Flugblätter und 440,80 M. für die Besichtigung des internationalen Kongresses in Amsterdam.

Die der Vereinigung angeschlossenen Gewerkschaften hielten für ihre Berufe 19 Konferenzen ab.

Nach dem Geschäftsbericht von 1905 waren der Freien Vereinigung 28 Organisationen angeschlossen, die 14 263 Mitglieder und 129 340,42 M. Kassenbestand hatten; seitdem ist die Zahl der Organisationen zwar auf 22 mit 13 140 Mitgliedern zurückgegangen, ihr Kassenbestand jedoch auf 211 464,80 M. gestiegen.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden, nach den Angaben, die von 15 Organisationen eingegangen sind, 196 688,53 M. ausgegeben. Eine Tabelle über den Verlauf der Streiks und Lohnbewegungen ergibt, daß 2 mit vollem Erfolg endeten, 27 mit Verzicht und 24 waren erfolglos. Tarifverträge wurden in 25 Fällen abgeschlossen. Hierzu wird bemerkt, daß der größte Teil dieser Tarifabschlüsse darauf zurückzuführen ist, daß an den betreffenden Orten Zentralverbände bestehen, deren Streichen auf solche Verträge gerichtet ist, wodurch sich die Lokalorganisationen, um den Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einzubüßen, genötigt sahen, sich an den Verträgen zu beteiligen.

Der Kassenbericht der Geschäfts-Kommission schließt mit der Einnahme von 107 971 M. und der Ausgabe von 101 148,04 M., so daß der Bestand am 31. Dezember 1905 6822,96 M. betrug. Für Streiks wurden 16 433 M. ausgegeben. Die Ausgaben für die Presse beliefen sich auf 63 879,13 M., denen 67 800,08 M. Einnahmen gegenüberstehen.

Für die streikenden und ausgeperrten Weber in Grimmschau gingen bei der Geschäfts-Kommission 1933,40 M. für die streikenden Bergarbeiter 1762,40 M. ein. Die Gelder wurden sämtlich ihrer Bestimmung gemäß abgeliefert.

Die Zahl der Abonnenten der „Einigkeit“ ist im Laufe der Berichtszeit von 10 398 auf 13 708 gestiegen. Das Organ ist in 23 Organisationen obligatorisch eingeführt, während 2 Organisationen, die der Metallarbeiter und der Kutschner, eigene Fachblätter haben.

Im Anschluß an die Berichte beantragte Gohl im Namen der Revisoren, der Geschäfts-Kommission Decharge zu erteilen. Bei dem jetzigen Kassierer seien Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung befunden worden, was man allerdings von der Tätigkeit des früheren, auf dem vorigen Kongress gewählten Kassierers nicht habe sagen können.

Es folgte eine mehrstündige Debatte, die sich hauptsächlich auf die Agitation bezog sowie auf die Presse und das Programm, wozu Anträge vorliegen, über die bei anderen Punkten der Tagesordnung beschlossen werden soll. Im übrigen wurde in der Debatte auch der Wunsch nach internationaler Verbindung laut. Hierzu bemerkte Kater in seinem Schlusswort, daß so lange die internationalen Sekretariate in ihrem jetzigen Umfang bestehen, auch die ausländischen Gewerkschaften, welche nicht mit der Leitung der deutschen Zentralverbände harmonisieren, doch mit ihnen international verbunden sind, der internationale Anschluß für die Freie Vereinigung nicht möglich ist. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß dieser Zustand sich in nächster Zeit für einzelne Länder ändern werde. Auch wurde darauf hingewiesen, daß durch Verletzung der „Einigkeit“ nach dem Ausland und durch Korrespondenz eine gewisse internationale Verbindung hergestellt oder doch angestrebt wird.

Der Geschäfts-Kommission wurde einstimmig Decharge erteilt. Ferner beschloß der Kongress, die Schulden, die einige Gewerkschaften beim Garantiefonds — im ganzen 8657,95 M. — sowie beim Umlageverfahren — 10 307,70 M. — haben, niederzulagern.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war der Bericht vom internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam.

Der Referent Kater bemerkte, daß sein Mitbegleiteter auf dem internationalen Kongress Dr. Friedeberg, durch Krankheit verhindert war, den Bericht zu geben. Der Redner schätzte besonders das Schicksal der beiden Resolutionen von den Berliner Kartellgewerkschaften über den Generalstreik und die Reise auf dem internationalen Kongress und verlas sodann die von diesem Kongress angenommene Resolution über den Generalstreik. Der Redner bemerkte hierzu, daß es für ihn keinen „anarchistischen“ oder Generalstreik anderer Richtung gäbe, sondern nur einen Generalstreik als Mittel zur Niederwerfung der Klassenherrschaft. Aufgabe der in der Freien Vereinigung zusammengefügten Gewerkschaften müsse es sein, für die einmal erfasste Idee mit voller Kraft zu wirken.

Ein Antrag, den nächsten internationalen Kongress nicht mehr zu beschicken, wurde vorläufig zurückgestellt, um später darüber zu beschließen.

Danach wurde der erste Verhandlungstag geschlossen.

8. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer.

Mannheim, 16. April.

An den beiden Osterfeiertagen hielt der Zentralverband der Maschinisten und Heizer im Lokale „Zum Karl Theodor“ dahier seine 8. Generalversammlung ab. Es waren 85 Delegierte erschienen. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes und des Ausschusses waren bei Abschluß des Geschäftsjahres 1904 171 Zahlstellen mit 8650 Mitgliedern vorhanden, am Schlusse des Jahres 1905 196 Zahlstellen mit 11 388 Mitgliedern. Zur Erledigung der Geschäfte waren 13 Vorstandssitzungen erforderlich.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kirchner, Berlin, berichtete über die seitberigen Versuche nach einer Einigung mit dem sächsischen Verbands, die trotz aller weitgehenden Propositionen von Seiten des Zentralverbandes fehlgeschlagen seien. In der Debatte gelangte allgemein zum Ausdruck, daß der Vorstand in seinem Entgegenkommen schon zu weit gegangen sei. Gegenüber dem sächsischen Verbands, der sich zu einer reinen Streikbrecherorganisation herausgebildet habe, könne der Kampf bis zur Vernichtung desselben die einzige Lösung sein. Ungericht-Ludwigshafen erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses. Im ganzen sind 87 Briefe eingelaufen, 80 sind hinausgegangen. Ausgeschlossen wurden 7 Mitglieder.

Holz und Insel-Berlin sowie Schlichting-Kiel haben die ablehnende Haltung des Zentralvorstandes gegenüber dem Antrage Berlin auf Bewilligung von 2000 M. für die russischen Freiheitkämpfer. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1904 weist auf in Einnahme 79 035,90 M., in Ausgabe 60 822,41 M., jener für das Jahr 1905 113 015,12 bezw. 100 545,70 M.

Seitens des Kassierers Klein wurde Klage geführt über das mangelhafte Eingehen der Beiträge. Das Verbandsorgan hatte 1904 eine Einnahme von 20 632,83 M., eine Ausgabe von 20 175,27 M., 1905 24 652,32 bezw. 24 314,20 M.

Verbandsvorsitzender Kirchner begründete in eingehender Weise den Antrag des Verbandsvorstandes, den Verbandsbeitrag von 20 auf 30 Pf. pro Woche und Mitglied zu erhöhen. Es sei endlich an der Zeit, daß der Verband aus seiner mehr unterstützenden zur aggressiven Tätigkeit übergehe, zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierzu lagen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die eine lange Debatte hervorriefen, wovon wohl die Hälfte Zeit für Geschäftsordnungsmeldungen in Anspruch genommen wurde. Es wurde schließlich der Antrag des Zentralvorstandes angenommen, den Beitrag für die Zentralstelle auf 30 Pf., für die Lokalkassen auf 10 Pf. festzusetzen und besser situierten Lokalkassen zu überlassen, einen höheren Beitrag zu erheben. Zur Prüfung des weiteren Antrages des Zentralvorstandes: Anstellung von vier besoldeten Gauleitern (für Rheinland-Westfalen, Provinz und Königreich Sachsen, Posen und eines Agitationsleiters für die Wirtens-schiffahrt), der mit der Vergrößerung zur Debatte stand, wurde schließlich eine siebenköpfige Kommission gewählt.

Eine lange Debatte, die sich bis zum Schlusse des ersten Verhandlungstages abends 1/10 Uhr ausdehnte, knüpfte sich an den Bericht der Redaktion und der Zeitungsverwaltung über die Aufrechterhaltung des Verbandsorgans, namentlich über die Zweckmäßigkeit der technischen Beilage. Der Antrag Hamburg auf Fortfall derselben, um Raum zu gewinnen für Artikel sozialpolitischen Inhalts, fiel schließlich mit 41 gegen 20 Stimmen.

Trotz des späten Schlusses am ersten Verhandlungstage mußten die Kongreßteilnehmer schon anderen Tags 7 Uhr früh wieder aus den Betten zur Teilnahme an der von den Zahlstellen Mannheim und Ludwigshafen arrangierten Hafensahrt. Sämtliche Teilnehmer, namentlich jene aus dem Wirtenslande, äußerten sich in hochbefriedigender Weise.

Am 1/10 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Nientlich platt verließen die Beratungen über die Veränderung des Verbandsstatuts. Als einschneidende Aenderung ist hervorzuheben, daß anstelle der Arbeitslosen die Erwerbslosen Unterstützung erhalt. Außer diesem wurde ein Antrag Leipzig angenommen, wonach Personen, welche aus einer anderen Organisation, gleichviel welcher Richtung, übertraten, ohne weiteres als unterstützungsberechtigte Mitglieder gelten, sofern die Zugehörigkeit zur früheren Organisation die im Verbandsstatut vorgeschriebene Karenzzeit erreicht. In außerordentlichen Fällen erhält der Vorstand das Recht, von seiner Stellung abzuweichen. Weiter erhält der Verbandsvorstand die Berechtigung, in besonderen Fällen die Unterstützung Unorganisierten sowie nicht vollberechtigter Mitglieder aus der Verbandsliste vorzunehmen, wenn ohne diese Maßnahmen der Streik ausfallslos erscheint. Gemehrregelle erhalten eine Unterstützung von 13 Wochen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Ludwigshafen, nach dem es den Zahlstellen gestattet sein soll, mit Genehmigung des Generalsekretariats in einen Streik einzutreten, ohne vorherige Zustimmung des Verbandsvorstandes. Ein Antrag Stahfurt, der ebenfalls zum Beschluß erhoben wird, gewährt den sofortigen Rechts-schutz bei Eintritt eines jeden Kollegen. Dvorje Anträge fielen unter den Tisch, einzelne wurden dem Vorstande als Material überwiesen.

Angenommen wurde folgender Vorschlag der Siebenerkommission: 1. Der erste Vorsitzende des Verbandes ist anzustellen. Derselbe tritt sein Amt am 1. Mai an. 2. Es ist ein Gauleiter für den Osten, Süden und Westen Deutschlands anzustellen, der Norden verbleibt vorläufig dem Vorstand zur Verwaltung. Die Voten werden vom Vorstand ausgeföhrt; derselbe hat die Anstellung endgültig zu vollziehen. Die Anstellung soll tunlichst besoldet werden und wenn möglich bis zum 1. Juli erledigt sein. 3. Das Gehalt des ersten Vorsitzenden wird auf 2000 M. festgesetzt; das Gehalt des ersten Kassierers und Redakteurs wird unter Anrechnung ihrer längeren Tätigkeit für den Verband auf 2200 M. festgesetzt. Das Gehalt der Gauleiter beträgt 1800 M. Die Diäten werden auf 8 M. pro Tag festgesetzt. Im übrigen richten sich die Gehälter nach den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses im Jahre 1902 mit der Maßgabe, daß das Höchstgehalt 2400 M. beträgt.

Als Sitz des Ausschusses wurde wieder Ludwigshafen, als Ort der nächsten Generalversammlung Köln gewählt. Gemeindet hatten sich außerdem Hannover-Binden, Berlin, Kassel und Essen. Die Entschädigung des Schriftführers wurde auf 250 M. festgesetzt. Als erster Vorsitzender wurde Schäffel-Leipzig gewählt. Als Redakteur wurde Kirchner-Berlin, als Kassierer Klein wiedergewählt. Das Schriftführeramt wird Insel-Berlin übertragen. Zu Revisoren werden ernannt: Wagner-Berlin, Matsch-Spandau und Schönrath-Chemnitz. Zum internationalen Kongress in Mailand wurde der nunmehrige Vorsitzende Schäffel delegiert.

6. Sattler-Verbandstag in Dresden.

Montag, 16. April.

Der Verbandstag wird durch den Sekretär des Zentralverbandes, P. Blum-Berlin eröffnet. Er verliest ein Begrüßungsschreiben des erkrankten Vorsitzenden Sassenbach und konstatiert, daß sich die Mitgliederzahl des Verbandes seit der Generalversammlung in Kassel 1903 verdoppelt habe. Er heißt die erschienenen Gäste auslandischer Brudervereine sowie den Vertreter des Portefeuilleverbandes willkommen und konstatiert, daß als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Silberschmidt-Berlin delegiert ist, der Dienstag früh eintrifft.

Von fremdländischen Bruderverbänden wurden delegiert: van Venebre-Brüssel, Vermuth-Bern, Jönson-Kopenhagen, Pauls-Wien; vom Portefeuilleverband Weinschild-Offenbach.

Nach den Begrüßungsansprachen wird in die Tagesordnung eingetreten und gibt den Bericht des Vorstandes Blum-Berlin als Verbandssekretär. Es gerichtet ihm zur Freude, konstatiert zu können, daß der Verband sich seit der letzten Generalversammlung in Kassel verdoppelt habe. Die dort getroffenen Einrichtungen hätten sich als bewährt und es hieße, dieselben weiter auszubauen. Wegen Einzelheiten verweise er auf den Rechenschaftsbericht, der später zu brauchbarem Agitationsmaterial noch mehr auszubauen sei, jedoch auch bereits in der vorliegenden Form Anerkennung gefunden habe. Während der Verband 1903 in 63 Zahlstellen etwa 3000 Mitglieder zählte, wären heute in 84 Zahlstellen circa 6400 Mitglieder zu verzeichnen. Unter den Filialen gäbe es manche Eintagsfliegen, da sie als Produkte eines Augenblicksimpulses mit einer verlorenen Lohnbewegung wieder verständig, doch sei gegen früher eine erhebliche Stabilität zu konstatieren. Es wird Aufgabe der Generalversammlung sein, durch Anstellung besoldeter Agitationsleiter dafür zu sorgen, daß mehr unabhängige Kräfte die Agitation einheitlicher als bisher gestalten. Inseer Gegner, die Unternehmer, treiben und dazu, alles zu tun, was der Stärkung unserer Position dienlich ist. In den letzten drei Jahren habe die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sattler-gewerbe eine größere Rolle gespielt, als alle 14 Jahre vordem zusammengekommen. Auch die Tarifbewegung ist vorwärts gegangen und wurden die dafür nötigen Opfer gerne gebracht. Redner hofft, daß auch dieses Jahr die Lohnkämpfe eine ähnliche Rolle spielen werden, wie in der Berichtszeit. Der Zugang zur Organisation wächst ständig, wenngleich die früher geradegau ungeheure Pluktuation sich auch heute noch störend bemerkbar mache. Hoffentlich werde auch die Regelung internationaler Fragen künftig zufriedenstellender sein. Bezüglich des Gegenseitigkeitsverhältnisses mit den Tapezierern sei entsprechend den Intentionen des Kasseler Verbandstages endlich versucht worden, ein zufriedenstellendes Verhältnis zu erzielen, doch liege der Erfolg recht sehr zu wünschen übrig. Doch müsse er erklären, daß man jetzt nicht mehr so sehr wie früher auf gemeinsames Zusammenarbeiten angewiesen sei. Es tue ihm leid, daß kein Vertreter der Tapeziererorganisation zugegen sei, denn er müsse es ausdrücken, daß er seimehrst ein Gegenseitigkeitsverhältnis für zwecklos halte, welches nur von einer Seite beachtet würde. Das Zusammenarbeiten des Zentralvorstandes mit der Berliner Mitglieder sei ein gutes und auch die Geschäfte der Hauptverwaltung wären sehr gut geregelt, so daß Klagen bezüglich des Verkehrs mit derselben kaum zu erwarten ständen. Tarifmäßig müsse gegen früher ein Fortschritt in bezug auf Bünstlichkeit konstatiert werden und es gereiche ihm zur besonderen Genugtuung, wenn man auch in bezug auf die Finanzverhältnisse diesen Fortschritt anerkenne. In Kassel habe man mit einem Bestande von 8000 M. gerechnet, heute sei trotz der gewaltig gestiegenen Ausgaben ein solcher von über 74 000 M. vorhanden. Dazu kämen noch 28 000 M. in den Lokalfonds, worüber aber natürlich dem Hauptvorstande kein Verfügungsrecht zustünde. Nun müßte man ja damit rechnen, daß in Zukunft noch größere Mittel als bisher flüssig gemacht würden, da auch die Kämpfe zahlreicher würden und wir den Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten wüßten. Die Einführung des Unterstützungs-wesens sei für den Verband von größtem Erfolge gewesen und er hoffe, daß auch die Kollegen, welche in Kassel noch gegen denselben wäuzen, sich inzwischen anders besonnen haben. Er darf ruhig sagen, daß er sein Möglichstes im Interesse des Verbandes getan und hoffe auch auf die Anerkennung der Generalversammlung, daß der Zentralvorstand im allgemeinen zur Zufriedenheit der Mitglieder gearbeitet habe. (Bravo!)

In der Nachmittags-sitzung erstattete zunächst R. Gackel-busch-Berlin als Vorsitzender des Ausschusses Bericht. Der Ausschuss betrachte sich lediglich als eine kontrollierende Körperschaft und seine Verlegung von Berlin, die früher beantragt, aber abgelehnt wäre, würde auch keineswegs im Verbandsinteresse liegen. Zusammen mit dem Vorstande hätten sie ohne Mandat oder Ermächtigung für Rheinland-Westfalen einen besoldeten Gauleiter angestellt, da dies eben im Interesse des Verbandes gelegen habe. Darüber werde die Generalversammlung zu befinden haben, zugleich aber auch die weitere Anstellung besoldeter Gauleiter beschließen müssen. Auch ein weiterer Hauptbeamter muß infolge des raschen Steigens der Mitgliederzahl angestellt werden. Der Ausschuss denke sich die Sache so, daß fünfzig der erste Vorsitzende zugleich Redakteur der Fachzeitung sei, während ein besoldeter Hauptassistent zugleich die Expedition der Zeitung zu übernehmen habe. Auch die Gehaltsfrage müsse geregelt werden. Mit der Schreibweise der „Sattler-Zeitung“ könne man sich einverstanden erklären bis auf die Stellungnahme Blum's zum „Vorwärts“-Konflikt, die er nicht gutheißt. Die Kassenführung Blum's sei tadellos gewesen und beantrage er namens des Ausschusses, ihm dafür Decharge zu erteilen.

Die Debatte war eine recht lebhaft. Das Hauptinteresse dürfte für die Öffentlichkeit die Erörterung der Fragen bieten: wäre die Stellungnahme des Redakteurs der „Sattler-Zeitung“ zum Konflikt der „Vorwärts“-Redakteure gerechtfertigt oder nicht, und in Verfolg dieser Frage die weitere: gehört Politik überhaupt in ein Gewerkschaftsblatt? Als Ergebnis der Debatte dürfte zu betrachten sein, daß man das Eintreten Blum's für die entlassenen „Vorwärts“-Redakteure als ein von kollegialem Geiste getragenes betrachte, das indes als ein ungerichtetes Einmischen in eine politische Verwaltungsangelegenheit nicht in den Rahmen eines Gewerkschaftsblattes hineinpaße, was übrigens auch von dem an die Gewerkschaftsredaktionen verschieden Artikel der Generalkommission gelte. Dagegen solle und müsse die Gewerkschafts-presse ihre Mitglieder auf sozialpolitischem Gebiete nach Lustigkeit schulen und an der Hand der Tagesereignisse demonstrieren, daß ohne Rückhalt an die politische Partei auch die Arbeit der Gewerkschaften bezüglich der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Ausbau der Arbeiter-schutz-gesetzgebung usw. erfolglos bleiben würde. In diesem Sinne sei Bommelburgs Wort auf dem Kölner Gewerkschaftskongress aufzu-fassen: Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sei eins. Die Anschauung, daß die Partei und noch keine Stunde Arbeitszeit-verkürzung und keinen Groschen Lohnhöhung gebracht habe, zeuge von einer kurz-sichtigen Auffassung der Verhältnisse. Die Aus-sperungen der letzten Zeit schrieben den Gewerkschaften ihre Stellungnahme vor.

Nach Schluß der Debatte wird Blum für seine Kassenführung einstimmig Decharge erteilt.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Vergolder.

Leipzig, 16. April.

Heute vormittag wurde die Generalversammlung eröffnet. In seiner Begrüßungsrede führte Späthe-Berlin, der Verbands-vorsitzende der Vergolder, aus, daß es ihnen zum ersten Male möglich sei, unter polizeilichem Schutz, im Lande des „Juwels“, genannt sächsisches Vereinsgesetz, auf dem historischen Parteilboden in Leipzig ihre Generalversammlung abzuhalten. Der Verband habe sich in den 16 Jahren seines Bestehens ebenbürtig den anderen Gewerkschaften entwickelt, aber die Zentralisation der Unternehmer zwinge den Vergolderverband zum Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-verband. Das ist die Hauptaufgabe, welche die Generalversammlung glücklich lösen möge.

**Auf der Generalversammlung** sind anwesend: 23 Delegierte, Robert Schmidt, Berlin von der Generalkommission, Alois Schmidt, Wien vom Verband der Berggolde Oesterreichs, Schneegah, Stuttgart vom Deutschen Holzarbeiterverband und Späthe, Langner und Hirschagl vom Vorstand und Ausschuss des Berggoldeverbandes.

Begrüßungsschreiben sind eingegangen von den französischen, dänischen und schwedischen Bruderorganisationen. In seiner Begrüßungsrede führte Alois Schmidt, Wien aus, daß es der österreichischen Berggoldeorganisation erst nach der Verschmelzung mit dem österreichischen Holzarbeiterverband gelungen sei, der böhmischen Schmutzkonkurrenz, dem Zwischenmeisterstichem sowie den niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten mit bedeutenden Erfolgen zu Leibe zu rücken. Jetzt seien 7/8 aller Berggolde Wiens organisiert. Möge auch die Entwicklung in Deutschland so fortwähren.

Beim Vorstandsbericht kritisierte Späthe, Berlin scharf die Politik der Züricher Filiale, die statutenwidrig auf einen Lokalstreikschlag drang. Ein Antrag Späthe, eine neue Art der Statistikkführung vom Vorstand durchzuführen, sowie ein Antrag, daß alle Filialen ihre Schulden beim Hauptvorstand noch decken müssen, wurde angenommen. Nachdem noch die starke Fluktuation der Mitgliederzahlen (42 Proz.) und die Tatsache, daß das Hamburger und Leipziger Gewerkschaftsstatut als Ausnahme nichts zu den Streiks gegeben haben, kritisiert wurde, wurde dem Vorstand und Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Damit war der erste Verhandlungstag beendet.

## Aus Industrie und Handel.

### Wehrverträge.

In ihrer bekannten dummschreien Art unternimmt es die „Arbeitszeitung“ (unter albernem Ausfallen auf „Singer, Bebel und Genossen“), an der Hand der Geschäftsergebnisse der Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft — ausgerechnet der Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft — die Glückseligkeit der Arbeiter unter der kapitalistischen Herrschaft nachzuweisen. In wigig sein sollender Weise schreibt das Blatt in seiner Nr. 14 folgendes:

... Diese Scharfmacher scheinen überhaupt merkwürdige Leute zu sein. Ich habe hier den Bericht der Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft vor mir liegen. Danach wurde bei der Kohlenbergbau im Durchschnitt ein Arbeitslohn von 5,18 M. bei achtstündiger Schicht erzielt. Im Gesamtdurchschnitt errechnet man für Kohlenbergbau, Gesteinsarbeiten, Reparaturarbeiten, Schlepper und Dremser einen Verdienst von 4,30 M. Dieser „Hungerlohn“ multipliziert sich aber mit der Durchschnittszahl der Arbeiter (23 907) und 300 Arbeitstagen zu dem niedlichen Gesamtschiffchen von rund über 30 Millionen Mark. Abgegeben davon aber zählt die „Ausbeuter“-Gesellschaft an staatlichen Lasten (ohne die von den Arbeitern zu tragenden Zuschüsse) die kleine Summe von 8 538 505 M., gleich 44,58 Proz. vom Reingewinn. Also eine Summe von nahezu der halben Höhe des Reingewinns geht an Staats- und Gemeindesteuern, Knappschaftsbeiträge, Berufs-genossenschaft und Invaliditäts- und Altersversicherung darauf.

Die „Arbeitszeitung“ vergißt die Hauptsache, nämlich anzugeben, daß alle die angegebenen Wertsummen und noch viel mehr, der produktiven Arbeit entsprossen sind. Daß den Arbeitern, den physisch und geistig Produktiven, etwas von den Summen zu gute kommt, ist keine Ruhmesstatue für die Richter. Man versucht es gern, den aus der Arbeit herausgedrehten Mehrwert als den auf die geistige Arbeit entfallenden Anteil an Produktionsertrage hinzustellen. Von solcher geistigen Produktivität kann natürlich bei einer Aktiengesellschaft keine Rede sein; die Mehrwert schluckenden Aktionäre leisten kein Quentchen geistiger Arbeit für die Produktion. Und es sind gewaltige Summen, die die produktive Arbeit für das Kapital aufbringen muß. Zur Illustration des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wählen wir, wie die „Arbeitszeitung“, die Geschäftsergebnisse der — Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft. Der Vergarbeiterausstand hat natürlich auch das finanzielle Ergebnis dieser Gesellschaft etwas beeinträchtigt; die Förderung ging nämlich gegen das Vorjahr um 5,13 Proz. zurück; dazu ist der Schichtlohn der Arbeiter um 8 Pf. gestiegen. Trotz dieser ungünstigen Umstände dürfen die Aktionäre zufrieden sein. Die Gesamtzahl der Arbeiter belief sich auf 23 905 Mann, die Jahreslohnsumme pro Kopf der Beschäftigten auf 1284 M., das sind 27 M. weniger als im Vorjahre. Der erzielte Rohgewinn stieg auf 26 798 808 M., darunter 5 806 974 M. aus Beteiligung bei anderen Gesellschaften. Den Reingewinn weist der Geschäftsbericht mit 13 744 210 M. aus. Eine vergleichende Zusammenstellung ergibt nachfolgendes Bild. Auf den Kopf der Arbeiter entfällt:

Jahreslohn	Rohgewinn	Gewinn nach Abzug aller Lasten	Reingewinn	Dividende u. Zantieme
M.	M.	M.	M.	M.
1284	1121	842	575	554

Was sagt die „Arbeitszeitung“ zu dieser Aufmachung? Was sie zusammenstellt, ist keine Belastung der Aktionäre, jene Ausgaben ruhen auf der Produktion. Aber nach Abzug aller der aufgeführten Ausgaben und nach Abhebung der Kosten für geistige Arbeit — Gehälter für 972 Beamte — verbleibt noch pro Kopf der Arbeiter ein Ueberschuß von 842 M. Nachdem dann noch 6 411 829 M. für Abschreibungen abgesetzt sind, sehen wir — immer pro Kopf der beschäftigten Arbeiter — noch einen Reingewinn von 575 M., fast halb so viel als der Arbeiter an Lohn bekommen hat. Etwas weniger, 554 M. mußte jeder Arbeiter für Dividende und Zantieme aufbringen! Nehmen wir alle Produktiven, Arbeiter und Beamte zusammen, so ergibt sich auf den Kopf der Kapitalisten ein Gewinn von 810 M. und 532 M. für Dividende und Zantieme. Läßt man den bei anderen Beteiligungen erzielten Mehrwert von 5 806 974 M. ganz außer Berechnung, dann bleibt doch immer noch auf den Kopf aller Beschäftigten ein Gewinn — nach Spalte 3 — von 577 M. und eine Dividendensumme von rund 300 M.

Mit der oben zitierten Zusammenstellung erweckt das Blatt den Anschein, als ob die aufgeführte Summe der Steuern und Beiträge 44,58 Proz. des Reingewinns der Gesellschaft ausmacht. Das stimmt aber nicht! Den Gewinn aus anderen Beteiligungen hat man einfach nicht mit eingerechnet. Die Gesellschaft muß aber doch von den gesamten Erträgen Steuern zahlen. Von dem gesamten Reingewinn stellt die obige Summe nur 25,75 Proz. dar und die für Beiträge zu den sozialen Einrichtungen aufgewendete Summe macht nur 16,60 Proz. des ganzen Reingewinns aus.

Bei solchen Ergebnissen wagt es die „Arbeitszeitung“ noch, die Aktionäre als die zugunsten der Produzenten Ausgebeuteten hinzustellen! Die Unternehmer sind wirklich sonderbare Leute, daß sie für solche, auf dem Niveau der plumpen, aufdringlichen Art reisender Jahrmärktestaschenspieler stehenden Gaukeleien ein Blatt anhalten. Kein Scharfmacherorgan liefert der Arbeiterbewegung mehr und besseren Agitationsstoff, als das widerlich gespreizt auftretende „Quodantimum“ in der „Arbeitszeitung“.

„Das nennt man Regelung der Kohlenpreise.“ Zu dem Artikel unter obiger Ueberschrift in Nr. 85 des „Vorwärts“ macht uns die Redaktion des „Kohlenhändler“ auf eine Verächtlichkeit der von ihr in Nr. 4 veröffentlichten Preise für Kleinhandler aufmerksam. Die Verächtlichkeit ist in Nr. 5 des „Kohlenhändler“ enthalten. Nach seiner Verächtlichkeit sind jetzt tatsächlich die Preise für „Kle“ gleichgesetzt mit den Preisen für Anhaltische Kohlenwerke und „Monopol“.

Der Pump unter Dach. Die russische 5 prozentige Anleihe im Betrage von 2250 Millionen Frank ist, wie aus Paris gemeldet wird, glänzend unter Dach gebracht. Die russische Regierung wird so glücklich sein, als das nur ein dem Ertrinken Nader sein kann, dem in letzter Minute noch ein zutreibendes schwantes Brett Rettungshoffnung einflößt. Aber Opfer kostet die Geschichte. Dieser Pump ist der größte, den je ein Staat im Auslande placierte, aber er ist trotzdem ein Beweis für Rußlands Bankrottreife. Der Emissionkurs beträgt nämlich nur 88 Prozent. Mit seiner 500 Millionen-Anleihe, die im Januar 1905 in Berlin emittiert wurde, erzielte Rußland noch einen Emissionkurs von 95 Prozent, jetzt muß es sich bei der fünfprozentigen Anleihe mit 88 Prozent begnügen. Wer aber in letzter Linie die Preise bezahlt, ob Rußland nicht trotz der schweren Bedingung ganz billig Geld bekommen hat, das steht auf einem anderen Blatt. Es gehört außerordentlich viel Optimismus dazu, heute noch an eine organische Sanierung der russischen Finanzen zu glauben und die Zwangsmahregel, die in Aussicht steht, wird Lächer in die Geldbeutel der Gläubiger reihen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Trepton-Baumshulweg.** Am Donnerstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei E. Christ, Marienbaderstraße, Ecke Ernststraße, die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Bildungsvereins für Frauen und Mädchen statt. Herr Weise spricht über: „Was ist Glück und haben wir ein Recht darauf?“ Gäste willkommen. Pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**Rehendorf.** Am 11. d. M. hielt der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsberein seine Mitgliederversammlung bei Müller, Schlachtensee, Eitelstrigplay ab. Dr. Hengst referierte über „Frauenkrankheiten“. In der gut besuchten Versammlung wurden 7 neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

**Wilmersdorf.** Am 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Käster, Lauenburgerstr. 20, die regelmäßige Vereinsversammlung für Frauen und Mädchen statt.

Herr Stripp spricht über „Angengruher“. Dem Vortrage folgen Rezitationen. Gäste haben Zutritt.

**Brig.** Am Donnerstag, den 19. d. M., findet bei Weniger, Berderstr. 27, die Generalversammlung des Frauen- und Mädchenbildungsbereins von Brig statt. Frau Göge spricht über „Die moderne Weltanschauung und unsere Schule“. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

**Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 23. April, abends 9 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72: Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Roth: „Eltern und Kinder nach dem bürgerlichen Gesetzbuch“. Gäste willkommen.

## Gerichts-Zeitung.

### Schutz vor Schulkenten!

Aus München wird über folgenden auffällenden Uebergriff eines Schutzmannes berichtet:

Die Frau eines Schuhmachergehilfen wurde von dem Gastwirt Bernhard Grieb in der Anglerstraße in München beschuldigt, ein Portemonnaie mit 22 M. Inhalt gestohlen zu haben. Die Frau wies diese unberechtigte Beschuldigung mit Entrüstung zurück und erklärte sich bereit, in die Gastwirtschaft zurückzukehren, um sich durchsuchen zu lassen. Der von der Arbeit heimkehrende Ehemann der Beschuldigten begab sich kurz darauf gleichfalls in die Wirtschaft und verlangte die Zuziehung eines Schutzmannes. Ein Schutzmann erschien. Die Frau stülpte ihre Kleidertaschen um. Der Schutzmann griff die Kleider ab — das Portemonnaie fand sich nicht. Nunmehr forderte der Schutzmann die Frau auf, ihm nach der Wache zu folgen. Das lehnten die Eheleute ab, da sie sich vor dem Transport nach der Wache durch die Menschenmenge genierten. Dann meinte der Schutzmann, müsse eine Hebamme zugezogen werden. Die Eheleute willigten aus Scheu vor dem Gang nach der Wache ein. Die Hebamme wurde zugezogen. Die genauere Leibesvisitation der bis aufs Hemd entkleideten Frau wurde in Gegenwart des Schutzmannes vorgenommen. Das Resultat war erfolglos und mußte erfolglos sein, da am folgenden Tag der angeblich bestohlene Gastwirt erklärte, er habe das Portemonnaie, das übrigens nicht 22, sondern 26 M. Inhalt habe, in einem Schubkasten aufbewahrt und nunmehr wiedergefunden. Von der Frau wurden für die Hebammenuntersuchung auch noch die Kosten im Betrage von 1 M. gefordert. Weder der Schutzmann, noch der Gastwirt entschuldigten sich wegen ihres Verhaltens.

Ein derartiges Vorgehen eines Schutzmannes widerspricht auf das allerentschiedenste den bestehenden Gesetzen und ist ein außerordentlich schwerer Amtsmißbrauch, zu dem der Gastwirt als Anführer gelten mag. Vor kurzer Zeit erklärte der bayerische Polizeiminister Graf Felsky im bayerischen Landtag, die ganze Welt beneide die Bayern um ihre Münchener Polizei. Das geschätzte Vorgehen des Schutzmannes ist umso mehr ein strafbarer Mißbrauch der Amtsgewalt, als nach zutreffender Ansicht nicht einmal der Richter zu einem derartigen, die Scham und Sitte verletzenden Vorgehen berechtigt ist. Es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn gleich erklärlich, wenn die so schwer beleidigte Schuhmachersfrau keine Schritte gegen den Gastwirt und gegen den Schutzmann unternähme. Daß der Ehemann der durchsuchten Frau diese Privatuntersuchung zuließ, dürfte weniger seinen Mangel an Rechtsgefühl als ein Mißtrauen gegen die Möglichkeiten kennzeichnen, die sich auf der Polizei abspielen könnten. Das entschuldigt seine halbe Zustimmung keineswegs.

Als der Sachverhalt in der „Münchener Post“ in seinen wesentlichen Punkten veröffentlicht wurde, erschien tags darauf ein Kommandant der Schutzmännerschaft bei der Frau, erstattete ihr die rechtswidrig abgeforderte Mark und entschuldigte sich wegen des taktlosen Benehmens des Schutzmannes. Gegen den Schutzmann ist das Disziplinarverfahren wegen seines Verbleibens im Zimmer während der Hebammenuntersuchung eröffnet. Die vorgefehete Dienstbehörde nimmt an, er habe aus übertriebenem Dienstifer gehandelt. Das mag sein. Aber weder dies, noch das ungeschickliche Verbleiben des Schutzmannes im Zimmer während der Hebammenuntersuchung trifft die grundsätzliche Seite des Falles. Ist es im Interesse einer gerechten Justiz — und Justiz soll ja eigentlich die Gerechtigkeit verkörpern — schon bedauerlich genug, daß im Strafverfahren einer Verwaltungsbehörde die Staatsanwaltschaft als eigentliche Herrin des Prozesses fungiert und daß die Polizeibehörden mit mehr oder minder vom Gesetz unklar gelassenen Befugnissen als Organe dieser anderen Verwaltungsbehörden in Bewegung gesetzt werden, so ist im Interesse der persönlichen Sicherheit und Freiheit unbedingt jede untereuchungsähnliche Tätigkeit eines einzelnen Polizeibeamten zu verurteilen und nach dem Gesetz unzulässig.

Selbst unsere wahrlich die Rechte des Einzelnen und der Gesamtheit gegenüber Uebergriffen von Behörden und einzelnen Beamten nur wenig wahrende Strafprozessordnung schreibt, von Ausnahmefällen abgesehen, vor, daß Befehlsgenahmen und Durchsuchungen anzuordnen lediglich Sache des Richters ist (§§ 99, 105 Str.-Pr.-O.). Eine körperliche Durchsuchung, insbesondere einer weiblichen Person, ist nach dem Gesetz nicht gestattet. Einer von diesem Grundsatz abweichenden Rechtsprechung des Reichsgerichts trat der Reichstag durch Annahme eines Antrages des Abg. Rintelen wiederholt, freilich erfolglos entgegen. Stellt danach die Untersuchung der Frau in dem Münchener Fall — trotz der durch die Umstände erzwungenen Einwilligung der Eheleute — den objektiven Tatbestand eines Amtsmißbrauchs und einer schweren Verletzung dar, so ist weit schwerer als der Schutzmann der leichtfertige Gastwirt zu verurteilen, der bei diesen Handlungen als Anführer und Mitäter mitgewirkt hat. Würde die Frau eines hohen Beamten in der geschilderten Art behandelt, so würde die öffentliche Anklagebehörde schwerlich säumen, wegen Amtsmißbrauchs, Rötigung, Erpressung und schwerer Verletzung im öffentlichen Interesse gegen den Gastwirt und den Schutzmann die Untersuchung einzuleiten. Da vor dem Gesetze jeder gleich sein soll, so zweifeln wir nicht, daß, wenn die schwer gekränkten Schuhmachers-Eheleute Strafantrag stellen, die Münchener Anklagebehörde die Untersuchung einleiten wird. Von dem Ergebnis derselben werden wir unsere Leser in Kenntnis setzen.

**Aushebung eines verachteten Hehlerneistes in der Kadalersstraße.** Die Wohnung der Witwe Emilie Wieszjalol stand schon längere Zeit in dem Rufe eines Hehlerneistes, ohne daß es gelang, bestimmte Beweise hierfür zu erbringen. Ende Februar d. J. erschienen mehrere Beamte in der Wohnung und konnten nicht nur die Wohnungsinhaberin der Hehlerlei überlieferen, sondern auch mehrere längst gestohlene „schwere Jungens“ festnehmen, die eben die „Sore“ (Diebesbeute) zu der Hehlerin gebracht hatten. Es waren dies Wilhelm Walkowial und Hugo Baumgärtner, Eugen Stammwig und Richard Michniz, die sämtlich mit dem Gefängnis schon auf längere oder kürzere Zeit Bekanntschaft gemacht hatten. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die vier Genannten erst wenige Tage zuvor bei dem Gastwirt Kieburg einen dreifachen Diebstahl verübt hatten. Während drei der Angeklagten den Lokalinhaber in ein Gespräch verwickelten und zugleich einen Musikautomaten fortwährend spielen ließen, um etwaige Geräusche zu überdecken, brach der vierte Angeklagte in aller Gemütsruhe in die Wohnung des K. ein und stahl sämtliche Goldsachen und Schmuckgegenstände im Werte von 400 M. Außerdem wurden den Angeklagten noch zwei mit gleicher Freiheit verübte Diebstähle zur Last gelegt. — Der Gerichtshof verurteilte Stammwig zu 3 Jahren Zuchthaus, Baumgärtner zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, Walkowial und Michniz zu je 9 Monaten Gefängnis und die Wieszjalol zu einem Jahre Zuchthaus wegen gewerbsmäßiger Hehlerlei.

**„Billiges Eisbeissen“.** Unter der Anklage der Hehlerlei stand der Gastwirt Emil Rutsch aus Nimmelsburg vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Mit ihm mißte sich der Diebstahltreiber Paul Krawczal wegen schweren Diebstahls im Rückfall verantworten. — Am 16. November v. J. hatte der Schlächtermeister Hiller in dem Hause Landsberger Allee 123 geschäftlich zu tun. Als er nach wenigen Minuten wieder auf die Straße trat, war sein Fuhrwerk, auf dem sich sechs halbe Schweine befanden, verschwunden. Am demselben Abend beobachtete der Schlächtermeister K. in Nimmelsburg, daß vor dem Lokal des Angeklagten Rutsch mehrere halbe Schweine abgeladen wurden. Da ihm die ungewandte Art des Abladens auffiel, sah er sich das Fuhrwerk näher an und entdeckte den Namen des bestohlenen Hiller. Er benachrichtigte diesen sofort telefonisch und erhielt Kenntnis von dem Diebstahl. Der Angeklagte Rutsch hatte unterdessen seinen Stammgästen schon erzählt, daß er am nächsten Tage ein großes Eisbein und Wellfleischessen veranstalten werde und die gesamte Konkurrenz über seine billigen Preise erlaucht sein würde. Aus dem geplanten Eisbeissen wurde jedoch nichts, denn während Rutsch und seine Gäste schon im Vorgefühle der kommenden Genüsse schmelzten, erschien der Bestohlene in Begleitung des Gendarmen Karin in der Tür. Eine sofortige Hausdurchsuchung förderte nur einen kleinen Teil der gestohlenen Ware zutage. Auf die Frage, ob K. noch einen zweiten Keller habe, verneinte er dies. Als man ihm das Gegenteil nachwies, erklärte der Angeklagte, sein Hausdiener habe den Schlüssel, während er ihn tatsächlich bei sich trug. Schließlich wurde der Keller gewaltsam geöffnet und der übrige Teil der Diebesbeute beschlagnahmt. Vor Gericht bestritten beide Angeklagte jede Schuld. Nach längerer Verweigerung wurden der Dieb wie auch der Hehler für völlig überführt erachtet. Das Urteil lautete gegen Krawczal auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Rutsch wegen Hehlerlei auf 1 Jahr Gefängnis. Zugleich wurde K. weil bei der Höhe der erkannten Strafe Zuchthaus vorlag, sofort in Haft genommen, sodas er nunmehr lange Zeit über das billige Eisbeissen nachdenken kann.

## Verfammlungen.

**Zentralverband der Töpfer.** Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshause eine Generalversammlung der Filiale Berlin statt. Dieselbe verhandelte zunächst über einen Antrag, welcher betraf, den Kollegen, welche die Kontrolle versäumt haben, nachträglich die Unterfertigung zu zahlen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. — Hierauf erstattete der Vorsitzende Reinde den Geschäftsbericht über seinen Wogen während der Amstättigkeit. Die wichtigste Begebenheit während dieser Zeit sei die Einrichtung der Arbeitslosenkontrolle. Dieselbe sei im März von 852 Kollegen besucht worden, sie habe sich also gut bewährt. Am 581 Kollegen seien 11 788 M. Arbeitslosenunterstützung aus dem gesammelten Fonds gezahlt worden. In seiner Amstättigkeit ist der Redner auf Wunsch von Kollegen 30 mal zur Schlichtung von Differenzen auf Bitten gerufen worden, die zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigt wurden. — Der Kassierer Romhammel erstattete hierauf den Kassenbericht für das erste Quartal. Die Abrechnung der Hauptkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 16 753,42 M., für die verschiedenen Unterfertigungsbeiträge wurden 4948,97 M. ausgegeben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 20 335,07 M., eine Ausgabe von 17 733,89 M. Das Vermögen der Filiale beträgt 41 450,13 M. — Die Mitgliederzahl am Quartalschluß betrug 2224. — Die nun vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Segave, 2. Vorsitzender Huhn, 1. Kassierer Romhammel, 2. Kassierer Runze, Schriftführer Kapputan jun., Weisber Gäde und Wolf. Revisor der Ortsverwaltung wurde Kemmannh, Revisor des Hauptverbandes Kalve. Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschloffen, den Angehörigen der Ortsverwaltung, welche bisher 45 M. wöchentlich erhielten, den tarifmäßigen Lohn von 48 M. zu zahlen. — Hierauf folgte eine Diskussion über den Tarif für Chamottearbeiten, wie er in der beiderseitigen Kommission festgesetzt worden ist. Die Abstimung in den Bezirksversammlungen hatte bereits eine große Mehrheit für den Tarif ergeben. Auch die gegenwärtige Generalversammlung nahm den Tarif gegen wenige Stimmen an.

**Der Zentralverband der Maurer** (Zweigverein Berlin) hielt am 21. März in Kellers Saal für sämtliche Bezirke und Zehlfellen der Maurer und die Sektionen der Putzer und der Gips- und Nemenbrände, sowie der Gruppe der Fliesenleger eine Generalversammlung ab. Zum Geschäftsbereich für das Jahr 1905,

den die Mitglieder gedrückt erhalten haben, nahm Thöns das Wort, um eine zusammenfassende Uebersicht zu geben und einige Erläuterungen und Nachträge hinzuzufügen. Unter anderem hob er auch hervor, daß die Raiffeiser eine glänzende gewesen sei, obwohl für die von den Unternehmern schon vorher angekündigte eintägige Ausbesserung diesmal keine Unterstützung vorgeesehen war. Der Beschluß auf Fortfall der Unterstützung sei nicht etwa gefaßt worden, um gegen die Raiffeiser zu wirken. Im Gegenteil bleibe es im Zweigverein nach wie vor Grundsatz, den 1. Mai durch Arbeitstagen zu begehen. Trotz der Bemühungen der „feindlichen Brüder“ hätten im verfloffenen Jahr dem Zweigverein 2500 neue Mitglieder zugeführt werden können. Es bleibe aber doch noch ein gutes Stück Arbeit in Bezug auf die Organisation nach innen und außen zu leisten. Mancher Missetat würde verschwinden, wenn die Kollegen selber mehr die ausgetheilten Grundzüge durchzuführen bemüht wären, z. B. auch wegen Nichtinhaltung der tarifmäßigen Arbeitszeit. Das wäre bei gutem Willen meist möglich, ohne daß man erst die Verbandseitung in Anspruch nehmen. Das Verbandssystem müsse wieder mehr gefördert werden.

Der Kassierer Wartenberg erstattete den Kassensbericht für das vierte Quartal 1905. Die Zahlstellen und Sektionen hatten am Schluß des dritten Quartals einen Bestand von 117 068,55 Mark. Einschließlich dieses Bestandes wurden im vierten Quartal 138 774,72 Mark eingenommen. Ausgegeben wurden 11 714,84 Mark, so daß am Jahresabschluss für die Zahlstellen und Sektionen ein Bestand von 127 059 Mark verblieb. Die Zweigvereinskasse hatte einschließlich eines Bestandes vom dritten Quartal (141 711,33 Mark) im vierten Quartal eine Einnahme von 266 968,13 Mark, der eine Ausgabe von 122 706,16 Mark gegenüberstand. Der Bestand der Zweigvereinskasse betrug danach am Schluß des vierten Quartals 144 261,97 Mark. Die Zahlstellen und Sektionen und die Zweigvereinskasse zusammen wiesen am Jahresabschluss einen Bestand von 271 321,85 Mark auf.

Mitglieder hatte der Zweigverein am 31. Dezember 15 466, davon 9882 auf die Maurer, 2470 auf die Fuhrer und 3114 auf die übrigen Sektionen entfielen. — Bezüglich der Jahresübersicht über die Finanzabrechnung verweist der Kassierer auf den gedruckten Bericht.

Nach einer Diskussion über verschiedene Vorkommnisse aus dem Verbandesleben und aus der Raiffeiserbewegung des verfloffenen Jahres wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Dem Zweigvereinskassierer bewilligte man ein Monatsgeld von 200 Mark, den übrigen Kassierern ein solches von ein Zehntel Prozent ihrer Einnahme.

Thöns teilte darauf das Resultat der Wahl des Zweigvereinsvorstandes mit. Danach steht sich dieser jetzt so zusammen: E. Thöns, erster Vorsitzender; O. Hanke, zweiter Vorsitzender; A. Wartenberg, erster Kassierer; E. Lehmann, zweiter Kassierer; A. Haase, erster Schriftführer; Eichberg, Beisitzer. In die Aufseherkommission wurden gewählt: S. Silberstein, A. Kugel und A. Wulf, sowie als Stellvertreter O. Blume, A. Wittig und A. Fährich. Revisoren wurden G. Raul, Wittkopf und Dreisig; Mitglieder der Bestreuerkommission Griese, Karmosin, Ritschke, Rudolph und Pranglat. Bei der Ergänzungswahl zweier Aufsichtsglieder wurden noch gewählt M. Kracht und W. Poreleit.

**Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend.** (Abt. VI.) Donnerstag, den 19. April, bei Schmidt, Nassauerstr. 4: Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Hans Reinhard über: „Die Entlohnung der Lehrlinge und Jugendlichen.“

**Zentralverband der Konditoren.** Donnerstag, den 19. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 70: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht. 2. Wahl von zwei Delegierten zum Verbandstag. 3. Die Lohnbewegung in den Backgeschäften. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg.** Sonntag, den 22. April, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, bei Boeler, Weberstr. 17: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Flugblattverbreitung im Kreise. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. — Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

- Leibesübungen für Kranke und Leidende. Herausgegeben von einem deutschen Arzte. Leipzig, Verlag von Krüger & Co. 1906. Preis 1,50, eleg. Uebd. 2.—
- Werb- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes. Von Dr. A. Hugenberg. München, J. F. Lehmanns Verlag, 1906. Preis brosch. 3 Mark, geb. 4 Mark.
- Dr. M. Strickfeld. Alkohol und Familienleben. 24 Seiten. Preis 25 Pf. Verlag J. F. Schöner, Berlin-Charlottenburg, Aneshedstr. 3.
- W. Häfner. Die deutschen Kolonien. Monatschrift des Deutsch-vollständigen Kolonialvereins. Nr. 4. Wonnemont jährlich 6 Mark, Einzelheft 60 Pf. Verlag W. Hüfner, Berlin W. 30.
- Dr. R. Lennhoff. Wochenschrift für soziale Medizin. Nr. 15. Preis: vierteljährlich 1,50 Mark. Einzelnummer 30 Pf. Verlag „Gutenberg“-Druckerei, Berlin W. 35.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Opernhaus.** Cavalleria rusticana. — Bajazet. Schauspielhaus. Die Verführung des Plesco zu Genoa. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Westens. Schützenfest. Berliner. In der Sommerfrisch'n.

**Mittwoch, den 18. April.** Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr:

**Schiller O. (Wallner-Theater.)** Der Militärstaat.

**Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)** Helden.

**Recess.** Salome.

**Vening.** Und Wippa tanzt.

**Romische Oper.** Figaros Hochzeit.

**Kleines.** Kinder der Sonne.

**Recess.** Der Prinzgemahl.

**Zentral.** Landstreicher.

**Trianon.** Loulou.

**Lustspielhaus.** Die von Hochsattel.

**Thalia.** Hochpartee links.

**Kulien.** Robert und Bertram.

**Metropol.** Auf ins Metropol.

**Walhalla.** Einer von unsers Leut!

**Deutsch-Amerikanisches.** Er und Ich.

**Kafiso.** Die Herren Söhne.

**Wipoko.** Das bummelnde Berlin.

**Spezialitäten.**

**Carl Weiß.** Die Jagd ums Leben.

**Folies Caprice.** Der Schmod.

**Dalles u. Co.** Spezialitäten.

**Wintergarten.** Spezialitäten.

**Belle-Alliance.** Spezialitäten.

**Weichhalten.** Berliner Sänger.

**Spezialitäten.**

**Vonage.** Spezialitäten.

**Urania.** Taudenstraße 48/49.

**Nachmittags 4 Uhr:** Tierleben in der Wildnis.

**Abends 8 Uhr:** Am Golf von Neapel.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

### Ferdinand Bonn's Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:  
Cassp. d. Schillerseer Bauern-Ensemble.  
Conrad Dreher

**In der Sommerfrisch'n.**  
Donnerstag: In der Sommerfrisch'n.  
Freitag: In der Sommerfrisch'n.  
Sonntag: Amerikasoppl.

### Neues Theater.

Abends 8 Uhr:  
Donnerstag: Caesar und Cleopatra.  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Freitag: Ein Sommernachtstraum.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:  
Kinder der Sonne.  
Donnerstag: Hillo Bobbo. Hierauf: Der Unverschämte.

### Theater des Westens

(Station Zoologischer Garten)  
Kantstraße 12.  
Mittwoch: Schlützensessel. Josef König u. G. Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Donnerstag: Die vier Grobiane.  
Freitag: 23. Vorstellung im Freilicht-Abonnement: Die vier Grobiane.  
Sonntag nachm. 3 Uhr kleine Preise: Aennchen von Tharau.  
Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr: Schlützensessel.

### Komische Oper.

Mittwoch, den 18. April 1906, abends 8 Uhr:  
Figaros Hochzeit.  
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.  
Freitag: Don Pasquale.  
Sonntag nachm. 100. Male: Hoffmanns Erzählungen.

**Dr. med. F. Oberhart.** Ein Kampf ums Recht. 79 Seiten. Verlag A. Dauer, Köln und Bernstrassen.  
**Max Peters.** Schiffsahrtsgesetze. Erster Teil: Die Rechtspflege. 339 Seiten. Preis: 7,40 Mark. Verlag Duncker u. Humblot, Leipzig.  
**Dr. med. Grüllich.** Herzliche Hilfe, Kranke und Krankenpfleger auf dem Lande. Ein Beitrag zur freien Arztwahl. Frankfurt a. M. 1906. Verlag Dr. E. Schnapper. Preis 80 Pf.  
**Erster Jahresbericht des Arbeitsekretariats für 1905.** 43 S. Jährliche Berichtsblätter und Buchdruckerei in Nürnberg.  
**Job. Kallus.** O, daß Du es doch erkennen wollest, was Dir zum Frieden dient. Verlag: Edgar Schmidt, Jülich.  
**P. Ramus.** Die Urbedeutung des kommunistischen Manifestes. 40 S. 20 Pf. Verlag: „Freier Arbeiter“ (A. Deisterich), Berlin.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

**A. N. 19.** Im Jahre 1881, selb. Ostersonntag auf den 17. April, Pfingstsonntag auf den 5. Juni. — **M. P. 65.** 1. Ja. 2. In jedem Falle, in dem ein Vormund nach seinem Amte befreit sein will, muß er an das Vormundschaftsgericht einen motivierten Antrag richten. Erst mit der Entbindung von der Vormundschaft hören die Pflichten als Vormund auf. — **W. 28.** Sie können in der Expedition das Kommando einleihen und den Artikel, an dem Ihnen gelegen ist, herausgeben. — **W. 12.** Es ist bedauerlich, daß für Sie die Anstaltsbehandlung nicht paßt. Aus dem, was Sie vortragen, vermögen wir aber eine Schuld der Anstalt nicht zu entnehmen. Zur Aufnahme in solche Anstalt ist die Verfassungsanstalt nicht verpflichtet. Wegen der Einrichtung und etwaiger Beschwerden wenden Sie sich am besten an Genossen Simonowitsch, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. — **A. M. 8.** Die Police ist entscheidend, eine Klage von Ihrer Seite wäre ausichtslos. — **C. G. 30.** Eine Verjährung liegt zweifellos nicht vor. Ob etwa aus anderen Gründen Einwände erhoben werden können, ist ohne Einsicht in das Statut nicht zu beantworten. **G. S. 20.** 1. Der Fortzug aus den von Ihnen angelegenen Gründen ist wenig zweckmäßig. Eine Auslieferung findet nicht statt. Ihnen braucht aber der Aufenthalt nicht gestattet zu werden, wenn Ihnen der Heimatschein verweigert wird, weil Sie sich der Militärpflicht entzogen haben. 2. Adressen angeben, lehnen wir grundsätzlich ab. — **Kostenlose Stellenvermittlung.** Rein. Ihre Schmeigerei kann Rückgabe verlangen, außerdem empfiehlt sich die Anzeige des Treibens der Vermittlerin und Strafanzug bei der Polizei. — **H. A.** Ihre Anfrage läßt nicht erkennen, was Sie unter Jimbrin verstehen. Sie scheinen an die Gumbert zu denken. Suchen Sie zunächst in einer öffentlichen Bibliothek unter Jährlingsnamen der Nachschlagewerke (Konversationslexikon, Geographische u. dergl.) sich über das zu informieren, was Sie wissen wollen. Sollten Sie damit nicht zurecht kommen, dann stellen wir Ihnen anheim, nochmals zu fragen. Sie möchten dann aber genauer angeben, was Sie meinen. — **A. 74** und andere Fragen betreffend Aufnahme in den preussischen Staatsverband. Zu unterscheiden ist zwischen der Naturalisation eines nicht deutschen Ausländers und zwischen der Aufnahme eines Deutschen in einen anderen Bundesstaat: Die Naturalisation eines Nichtdeutschen hängt von der Willkür und dem Ermessen der Behörde (Berlin: Polizeipräsident, in der Provinz: Regierungspräsident) ab und kostet 50 Mark. Gingen Sie ein Deutscher, der in einem der 26 deutschen Bundesländer bereits die Staatsangehörigkeit besitzt, das Recht, die Aufnahme in dem anderen Bundesstaat, in dem er sich niedergelassen hat, zu verlangen. Diese Aufnahme ist kostenfrei. Die Aufnahme darf nur aus denselben Gründen verweigert werden, aus denen die Ablehnung eines neu Einziehenden oder die Verlegung der Fortsetzung des Aufenthalts erfolgen darf. (Also insofern Bestrafung wegen „Gemeingefährlicher Verbrechen“ oder infolge des Unvermögens, sich und seine Angehörigen zu ernähren.) Der Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in den Provinzen an den Regierungspräsidenten zu richten. Es genügt ein Antrag, der etwa dahin geht: „Ich bin bayerischer Staatsbürger, habe mich ausweislich der anliegenden polizeilichen Anmeldung in Berlin niedergelassen. Ich beantrage, mich in den preussischen Staatsverband aufzunehmen.“ Die Behörde kann verlangen, daß nachgewiesen wird, daß der Antragsteller Deutscher, also im vorliegenden Falle Bayer ist. Um diesen Nachweis zu führen, wendet sich der Antragsteller an die zuständige Behörde seines Heimatlandes, das sind in Bayern die Kreisregierungen zu München, Landshut, Speyer, Regensburg, Bayreuth, Ansbach, Bamberg und Augsburg. Die Behörde ist aber nicht berechtigt, zu verlangen, daß man seine frühere deutsche Staatsangehörigkeit aufgibt. Wird der Bayer in Preußen aufgenommen, so ist er als Bayer und Preuze und braucht seine bayerische Staatsangehörigkeit nicht aufzugeben. — **Steglich 100.** 1. Was bei der Steuererhebung in Bezug zu bringen ist, ist zuletzt im „Vorwärts“ vom 18. März unter Lokales ausführlich mitgeteilt. Jahrgeld ist nicht abzulehnen. 2. Es ist kein Grund ersichtlich, warum Sie die Berufung zurückziehen sollen. Wenn die angeführte Beleidigung im Ausland ist und deshalb die Sache sich hinzieht, so schadet das Ihnen oder Ihrer Frau doch nichts. Bleibt es bei der Verurteilung Ihrer Frau, so würde für den Fall der Nichtbetreibung der Geldstrafe Freiheitsstrafe eintreten. Ihrer Frau gegenüber sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Anders liegt es hinsichtlich Ihrer Verpflichtung dem Fiskus gegenüber. Eine solche Verpflichtung besteht nach zutreffender, aber schwankender Rechtsprechung nicht. — **D. W.** Wird der Adressat nicht angetroffen, so erfolgt die Zustellung nach den in der Postprozessordnung und Strafprozessordnung näher angeordneten Vorschriften. Die Zustellung an einen Hausgenossen ist möglich. — **P. G. 47.** Wollen Sie sofort Auskunft erhalten, so steht Ihnen zu diesem Behuf die juristische Sprechstunde offen. Sie leben falls nicht besondere Umstände

entgegenstehen: Mißbrauch eines Ehevertrages oder Scheit vor 1900 in einer Gegend, für die Gütergemeinschaft herrschte) auch ohne besonderen Vertrag außer Gütergemeinschaft. Ob und in wie weit Sie als Ehemann dem Fiskus gegenüber zur Zahlung der Ihrer Frau in einer Strafsache entstandenen Kosten verantwortlich sind, ist streitig. Nach zutreffender Ansicht ist die Frage zu verneinen. — **M. Z., Koblenzstraße.** Fordern Sie den Brief zur Befreiung des Mißstandes unter Stellung einer angemessenen Pfist auf. Drohen Sie, daß Sie nach Ablauf der Frist einen Kammerjäger kommen lassen würden und führen Sie Ihre Drohung aus. Eventuell klagen Sie dann die Kosten ein. — **M. P. 21.** Ob dem Brief ein solches Recht zusteht, hängt von dem Wortlaut des Vertrages ab. Ist darin nichts verzeichnet, so steht ihm ein solches Recht nicht zu. Die Polizei kann gegen ferneregehliche Ausbeziehung einschreiten. — **M. P. 21.** Wenden Sie sich an den Vorleiter des stenographischen Bureaus des Abgeordnetenhauses, Herrn Rindermann. — **Mitter 109.** 1. Ja, falls nichts ausdrücklich anderes vereinbart ist. 2. Sofort nachdem der Gläubiger dem mit Vollstreckungsbescheid versehenen Zahlungsbefehl übergeben hat. Wird gegen einen Zahlungsbefehl Widerspruch nicht erhoben, so wird derselbe auf Antrag mit Vollstreckungsbescheid versehen. — **H. 35.** Anwaltskosten verjähren innerhalb zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Forderung entstanden oder zuletzt anerkannt ist. — **M. 15.** Wenden Sie sich an das Patentamt. — **Budow 150.** Der Brief ist im Recht, weil Sie nicht nach dem 1. Oktober 1905 zum Ausdruck gebracht haben, daß abwärts auf ein Jahr gemietet sein soll. — **Spöhr.** In der Regel nein. — **G. N. 100.** Der Eigentümer ist im Recht. — **M. P. 7153.** Zum Austritt aus der Kirche ist die Beibringung des Konfirmationscheines nicht erforderlich. Jedenfalls genügt aber der Konfirmationschein. Beibringung der Taufzeugen oder dergleichen ist absolut überflüssig. Sollte von Ihnen derartige verlangt sein, so teilen Sie uns den Fall unter genauer Angabe mit. — **M. 75.** Geht die Herrschaft nicht gutwillig auf das Verlangen Ihrer Schwester ein, so soll sie dem Gehege entsprechend verlangen, daß die Herrschaft für die Dauer von sechs Wochen für Arzt und Kurkosten aufkomme. Dann wird sie wohl freiwillig auf weitere Dienste verzichten. Sonst ist die Rechtslage Ihrer Schwester leider nicht günstig. — **G. P. 5.** Ohne Kenntnis der Verhandlungen in Peine ist es unmöglich, Ihre Frage zu beantworten. Es ist nicht ersichtlich, ob wegen der Erteilung schon Verhandlungen stattgefunden haben und welche, ebensowenig ob aus Urkunden oder woraus die andere Partei Rechte herleiten will. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Vervollständigung des Sachverhalts nach den angegebenen Richtungen oder sprechen Sie mit sämtlichen Urkunden in der juristischen Sprechstunde vor. — **A. Lanzer.** Ist das Publikum Handarbeitslehrerin und ernährt sich, wie Sie schreiben, als solche, so ist sie verfallungspflichtig. Sie soll Ihre Stelle zurückverlangen. Teilen Sie eventuell die Antwort des Magistrats mit, damit Ihnen dann weitere Schritte gehen werden können.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—63, IIIa 49—52, IVa 40—48, engl. Bullen 00—00, dan Bullen 00—00, holl. Bullen 00—00. Kalbfleisch, Doppellender 105—120, Ia 80—88, IIa 65—75, IIIa 52—62. Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schweinefleisch 68—72. Kaninchen 0,40—0,50. Hühner, alte, Stück 1,00—1,60, alte pr. Pfd. 0,00, junge, pr. Stück 0,00—0,00. Tauben, junge 0,55—0,70, alte 0,50—0,60. Enten, junge, pr. Stück 2,75—4,50, pr. Pfd. 0,00—0,00, alte, pr. Stück 0,00—0,00. Gänse, junge, pr. Pfd. 0,70—1,10, alte, pr. Pfd. 0,00—0,00. Hühner 91—105. Salate 124—0,00. Weie 0,00, groß 0,00—0,00, klein, groß 125—128, mittel 0,00, klein 0,00, unsortiert 91—100. Äpfel 32—00. Bismarck, vom II. v. Schod 1,75—2,00, Stiel, Siliage Ia 4—7, do. mittel, pr. Kiste 3—4, do. klein, pr. Kiste 0,00—0,00. Bäcklinge, (schwe) pr. Ball 0,00, norm. 3,00, holländ. 2,50, Stiel 2—3, engl. 0,00. Kafe, groß, pr. Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60. Sprossen, Stiel, 2 Ball 0,00—0,00, 1/2 pr. Kiste 0,00—0,00. Sardellen, 1902er, pr. Kiste 74,00, 1904er 72,00, 1905er 70,00. Schottische Bäcklinge 1905 00—00, large 40—44, full 36—38, med. 33—35, deutsche 37—41. Heringe, neue Raiffe, pr. 1/2, Tonnen 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 60—00. Krebse, pr. Schod, große 00—00, mittlere 00,00, kleine 0,00 bis 0,00, unsortiert 3,50. Eier, Lein, pr. Schod 00—00, feilche 3,20—3,50. Butter pr. 100 Pfund, Ia 120, IIa 117—120, IIIa 115—116, abfallende 110—114. Saure Gurken, Schod 3—3,50 Mark, Pfeffergurken 3—3,50 Mark, Kartoffeln pr. 100 Pfd. magen, bon. 2,10—2,25, rote Daberische 2,00—2,20, wunde weiße 1,80—2,00. Birnappeln pr. Schod 0,00—0,00. Weizkohl pr. 100 Pfd. 4,50—5,50. Kohlkohl pr. Schod 00—00, holl. 16—24. Gelbkohl, pr. 100 Pfd. 12—15. Rüben, weiße 12—18, Kellomer 16—18. Kohlrabi, pr. Schod 2,50—4,50.

**Witterungsbericht vom 17. April 1906, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Swinemünde	761,0	W	1	bedeckt	11	Sebaranda	759,0	W	4	wolkig	-1
Danzig	762,0	SW	1	Dunst	7	Petersburg	766,0	W	1	bedeckt	1
Berlin	761,0	W	1	wolkig	12	Sofia	763,0	W	3	Dunst	9
Königsberg	761,0	SW	1	wolkig	11	Aberdeen	763,0	W	1	bedeckt	2
München	762,0	W	4	wolkig	10	Paris	761,0	W	2	bedeckt	8
Wien	761,0	SW	1	wolkig	9						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. April 1906. Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolfig mit Gewittergefahr und mäßigen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Militärstaat.  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Thilo v. Krotha.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Militärstaat.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Vogel im Käfig.

**Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Helden.  
Komödie in 3 Aufzügen von Bernhard Scham. Deutsch v. Siegfried Trebitz.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Helden.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Ueber unsere Kraft. (2. Teil).

### Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr halbe Preise:  
Die Landstreicher.  
Abends 8 Uhr:  
Luisen-Theater.

### Robert und Bertram.

Donnerstag Benefiz für Marzen:  
Der Salontroter.  
Freitag: Robert und Bertram.  
Sonntag nachm.: Der Kaufmann von Venedig.  
Abends: Der Salontroter.  
Montag: Der Verschmeuder.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Die von Hochsattel.  
Deutsch-Amerikanisch.  
Theater. Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr:

### Er und Ich

Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Ueber'n großen Teich.  
Casino-Theater  
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Die Herren Söhne.

Freitag, den 27. April, zum erstenmal:  
Madame Bonvard.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

### Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 3302\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix St. Louis 1904.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.  
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.  
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin W., Lothringenstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 167. Male:  
Donnerstag und Freitag Anf. 8 Uhr:  
Der Prinzgemahl.  
Sonntag, 21. April zum erstenmal:  
Liebeskunst.  
Sonntag, 22. April, nachm. 3 Uhr:  
Die Höhle des Löwen.

### Carl Weiß-Theater.

Str. Frankfurterstr. 132.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Die Jagd ums Leben.  
Sonntag, 22. April, bei günstigem Wetter im Garten: Große Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

### Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr: Loulou.

### Belle-Alliance

Einkauf 50 Pf. Theater-Variété.  
Anfang 8 Uhr.  
Abendlich: Heinz Buda  
der Sänger mit der Baue und  
das neue glänzende  
April-Konferenz-Programm.

**Sanssouci.** Koitbusser Str. 42a.  
Dr. Wilhelm Reimer.  
Sonnt. Mont. Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanztruppen.  
Hochinteressantes, stets neues Programm.  
Theaterstücke, Ensemble-szenen usw.

**Berliner Uk-Trio.** Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

**Brauerei Friedrichshain**  
früher Lapps (Oekonom: E. Niamann) am Königstor.  
**Größter Konzertsaal Berlins.**  
Heute und folgende Tage, auf kurze Zeit:  
**Populäres Konzert**  
von  
**Johann Strauß aus Wien**  
Dirigent der k. u. k. Österreich. Hofballmusik  
mit seiner gesamten Kapelle.  
Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf., Reserv. Pl. 1 M., Numer. Tisch 1,25 M.  
Billets im Vorverkauf bei Bote u. Bock, Wertheim, Leipziger-  
straße, und in den mit Plakaten belegten Zigarrengeschäften.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg, Bernspr. Nr. 8. Restaurant und Festsäle.  
Frankfurter-Chaussee 5.  
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn **O. Bürger.**  
Jeden Mittwoch:  
**Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Bund haben Gütigkeit.**  
3392\* **Gebr. Arnhold.**

XI. Berliner Saison.  
Nur noch wenige Tage!  
**Zirkus Busch.**  
Um 6 1/2 Uhr! **Neu!**  
**70 dressierte Elefanten**  
unter persönlicher Vorführung  
des Herrn **Hagenbeck.**  
Herr **Ernst Schumann**  
Noudressuren und die vorzüg-  
lichsten Programmnummern.  
Zum Schluß zum **156. Male:**  
Die neueste und größte Sehens-  
würdigkeit Berlins:  
**Indien.**  
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.  
Besonders hervorzuheben:  
**Eine Tigerjagd.**

**Zirkus Albert Schumann**  
Gente abend präzis 7 1/2 Uhr:  
**Dank- und Abschieds-  
Vorstellung.**  
Revue sämtlicher Künstler und Künst-  
lerinnen, vom Kleinsten bis zum  
Größten. Ferner:  
**15 Japanische  
Gaukler**  
in ihren phänomenalen Leistungen.  
Die hier noch nie gesehenen  
Fische fangenden Taucherfügel  
**Cormorans.**  
Dir. **Albert Schumann** anerkannt un-  
erzählbar daselbst. Orig.-Dressuren.

**WINTERCARTEN**  
**TORTAJADA**  
Spanische Tänzerin und Sängerin  
außerdem  
das  
glänzende April-Programm.

**Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
Linienstr., Ecke Friedrichstr.  
**Dalles & Co.**  
Vorher:  
**Komiker Schnitzel.**  
Anf. 8 Uhr. Kasse d. ganz. Tag  
geöffnet. Vorwerk d. Wertheim.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhäuser Allee 148.  
Jeden Sonntag  
**Konzert**  
**Theater, Spezialitäten**  
Stets wechselnde Spielfolge.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**  
Anfang 6 Uhr. Entree 40 Pf.

**Colosseum**  
Dresdenerstr. 97.  
Größter Erfolg  
des neuen  
**Spezialitäten-Prgr.**

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang  
Bis Sonntag  
8 Uhr,  
Sonntag  
7 Uhr.

**Arbeiter - Bildungs - Schule.**  
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.  
**S Lehrplan für das 2. Quartal 1906.**  
**Montag: Nationalökonomie (Die Kartelle).**  
1. Begriff und Geschichte der Kartelle. — 2. Ein-  
zelne deutsche Kartelle: Kohlsyndikat; Stahlwerks-  
verband; Kalksyndikat; Druckpapierfabriken-Verband; Zentrale  
für Spiritusverwertung; Zuckersyndikat; Zentrale für Milch-  
verwertung; Buchhändler-Kartell. — 3. Die Trusts. — 4. Die  
Kartelle in ihrer Bedeutung für die Entwicklung  
der kapitalistischen Weltwirtschaft.  
Vortragender: **Max Grunwald.**

**Dienstag: Geschichte (Die politischen Parteien der  
Gegenwart).**  
1. Die Reorganisation der Sozialdemokratie (1875). —  
2. Wiederbelebung der konservativen Partei. — 3. Die Parteien  
und das Sozialistengesetz (1878—1890). — 4. Das Zentrum im  
letzten Jahrzehnt Bismarcks. — 5. Zersetzung des Liberalismus  
in den achtziger Jahren. — 6. Aufschwung der Sozialdemokratie  
(1890—1900). — 7. Das Zentrum unter Wilhelm II. — 8. Der Bund  
der Landwirte. — 9. Liberale und reaktionäre Parteispalter. —  
10. Die Zusammenschließung aller bürgerlichen Parteien gegen-  
über der Sozialdemokratie.  
Vortragender: **Dr. Max Maurenbrecher.**

**Mittwoch: Natur-Erkenntnis (Grundzüge der allgemeinen  
Lebenskunde (Biologie)).**  
1. Begriff des Lebens. Aufgabe der Lebenskunde und ihr  
Verhältnis zu den übrigen Wissenschaften. — 2. Keimzellen  
der lebendigen Substanz (Physik, Chemie und Struktur des  
Plasma). — 3. Die Zelle als Elementarorganismus. Einfache und  
zusammengesetzte Organismen. — 4. Die Ernährung (Aufbau und  
Zerfall des Plasma). — 5. Die Fortpflanzung (die verschiedenen  
Arten der Zeugung). — 6. Die Bewegung (Mechanik des Plasma).  
7. Die Empfindung (unbewusste und bewusste Empfindung.  
Reaktion auf Reize usw.). — 8. Das Geistesleben (Gehirn und  
Seele). — 9. Ursprung des Lebens (Vergleich zwischen unbelebter  
und belebter Natur. Die einfachsten Organismen). — 10. Die  
Entwicklung des Lebens (Abstammungslehre, Darwinismus,  
Keimes- und Stammesgeschichte usw.).  
Vortragender: **M. H. Baega.**

**Donnerstag: Wesen und Wirken der Gewerk-  
schaften.**  
1. Entstehung einer Gewerkschaft. Organisations-  
fähigkeit. Branchen- oder Betriebsorganisation. Organisation  
der Frauengewerkschaft. — 2. Verfassung und Verwaltung.  
Lokal- und Zentralorganisation. Selbstverwaltung und  
Berufsbeamtete. Industrieverbände. Gauverwaltung. General-  
versammlung. — Die Gewerkschaftskartelle. Die General-  
kommission. Internationale Organisation. — 3. Finanzielle  
Gestaltung. Beitragshöhe. Beitragsklassen. Lokalfonds. An-  
lage des Gewerkschaftsvermögens. — 4. Unterstützungs-  
wesen. Arbeitsnachweis. Herbergen. — 5. Die Beeinflussung  
des Arbeitsmarktes. Arbeiterinnen. Lehrlingswesen.  
Ausländer. Recht auf bestimmte Arbeiten. Die Maschine. —  
6. Das Verhältnis zu den Unternehmern. I. Das  
Rechtsverhältnis. II. Arbeitszeit. III. Lohnhöhe und Lohnformen.  
IV. Regelung des Betriebes. Arbeiterausschüsse. Interessens-  
gegensatz und Klassenkampf. — 7. Die Kampf-  
formen. I. Streik und Streikakt. Boykott. Kontrollmarke.  
II. Aussperrung und schwarze Listen. Arbeitgeberverbände. —  
8. Gemeinschaftliche Regelung. Tarifverträge. Einigungs-  
ämter. Paritätische Einrichtungen. — 9. Sozialpolitische  
Aufgaben: Statistik. Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung.  
Gewerbergerichte. Proportionalwahl. Rechtshilfe. Kinderschutz.  
Die Arbeitersekretariate. — 10. Bildungspflege.  
Moralische und hygienische Erziehung. Vorträge. Bibliotheken.  
Die Alkoholfrage. — 11. Die Stellung zu Staat und Gemeinde.  
Koalitionsrecht und Rechtsprechung. Zweierlei Recht. Gute  
Sitten. Arbeitslosenfürsorge. Staats- und Gemeindearbeiter. —  
12. Die Stellung zur Politik. Neutralität. Syndikalismus.  
Internationalität und Krieg. Maifeier. Generalstreik. — 13.  
Gewerkschaft und Genossenschaft: Produktivgenossen-  
schaften. Der organisierte Konsum. Die Genossenschafts-  
angestellten. Die Macht der Arbeiterklasse. — 14. Gewerkschaft  
und Sozialismus: Erfolge und Grenzen des Gewerkschafts-  
wesens im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Das not-  
wendige Endziel der Gewerkschaftsbewegung.  
Vortragender: **Simon Katzenstein.**

**Freitag: Rednerschule (Übungen im Halten von Vorträgen  
und in der Diskussionsrede).**  
Vortragender: **Heinrich Ströbel.**  
Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie**: Montag,  
den 23. April; **Geschichte**: Dienstag, den 24. April; **Natur-  
Erkenntnis**: Mittwoch, den 25. April; **Gewerkschaftswesen**:  
Donnerstag, den 26. April; **Rednerschule**: Freitag, den 27. April.  
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt  
pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr.  
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-  
geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens  
am zweiten Abend zu zahlen.  
Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgelt-  
lichen Besuche frei.  
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten  
bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.,** und in nachstehenden  
Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Reul, Barnim-  
straße 42; Vogel, Lortzingstraße 37; Horsch, Engel-Ufer 15.**  
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann  
Lammé, Berlin S. 59, Freiligrathstraße 3, Quergeb. IV,** Geld-  
sendungen an den Kassierer **H. Königs, Berlin S. 59, Hasen-  
heide 58,** zu senden.  
**Der Vorstand.**

**Bruch - Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradschultern, Spritzen,  
Suspensorien (sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
Liefer. f. Dris- u. Hüft-Krankentafeln  
**Berlin O., 60392\***  
**30. Finin-Strasse 30.**  
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-  
lotten, angenehm u. weich am Körper.

**Kinderwagen - Kuhlicke**  
nur Neue Königl. 43. 1 Treppe  
Gasse alle Schützenstr., a. Alexanderplatz.  
**Kinderwagen,  
Kindersportwagen,  
Sattelstühle**  
PP-  
kaufen Sie nicht,  
bevor Sie meine  
Kataloge  
gesehen haben,  
gratis u. franko.

**Beste Bettenfüllung**  
sind die vorzüglich füllenden, sehr  
staubigen, sehr feinsten  
**Monopoldaunen**  
(sind geschäftl) Pfund 2,55.  
2-4 Pfund 2,00 u. 1 gr. Oberbet.  
Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.  
**Gustav Lustig**  
**Berlin S.** Prinzenstr. 45  
Günstig Weißbier-Spezial-  
geschäft Deutschlands.

**Millionenartikel.**  
Suche zu dessen Verkauf überall  
Geschäftskunde, Händler u. Kaufleute.  
291/5\* **Fr. Neumann-Hofer, Rastell.**

**O. Heinze,**  
Brückenstr. 6.  
**besonders billig.**  
Räder  
Zubehör  
Reparatur, Emaillierung, Vernickel.

**Medizinal - Ungarwein,**  
direkt bezogen vom Weinbergbesitzer  
Gut. Klein, Erd-Bingge bei Lofay,  
für Kranke und Rekonvaleszenten,  
Reinlich für Diätetische, sowie vorzügliche  
Digestivweine empfiehlt zu  
Originalpreisen. 206/17  
**Ed. Seyffert Rastell**  
**Fritz Richter, Rastellerei**  
**Berlin, Bernauerstr. 57.**

**Hühneraugentod**  
besitzt überaus großes u. gründlich jedes  
Hühnerauge, selbst veraltete, u. jedwede  
Krankheitsart. Dose 75 Pf., M. 1.- frk  
Erfolg garantiert. Tisch. Amerikaner.  
C. H. Reichel, Berlin u. Eisenbahnstr. 3.  
**Graupapageien,** junge, leicht-  
lernend, 18 Pf.  
größter Auswahl. **Ewald, König-  
straße 55, 1 Tr.** 291/10

Als Vermählte empfehlen sich:  
**Robert Krummsee**  
**Luisa Krummsee, geb. Poock.**  
Berlin, den 18. April 1906.

Als Verlobte empfehlen sich  
**Emma Schulz**  
**Erich Süring.**  
Friedrichsberg, 15. April 1906.

**Am 33. Geburtstag.**  
Der Leu ohne Haare 12418  
Ist ein seltenes Vieh;  
Der Mensch spricht das Wahre,  
Doch der Leu spricht es nie.  
Vonden Göttern, die nicht alles glauben.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
(Bezirk 139.)  
Am Sonntag, den 15. April,  
verschied unser Mitglied, der  
Schiffheuer  
**Hermann Reichert.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 18. April, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Thomas-Kirchhofes  
in Rixdorf, Hermannstraße, aus  
statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
298/14  
**Der Vorstand.**

Am ersten Osterfesttag früh  
1 Uhr verstarb an den Folgen  
einer Operation unser lieber  
Kollege und Mitarbeiter, der  
Schiffheuer 12375  
**Hermann Reichert**  
im 50. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mit-  
twoch, den 18. d. Mts., nachmittags  
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße  
(Rixdorf), aus statt.  
Das Personal der Buchdruckerei  
Gebr. Unger.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**IV. Berliner Reichstagswahlkreis**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Bäder  
**Walter Altmann**  
an der Prostatarienterkrankheit ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle der Andreas-  
Martius-Gemeinde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
242/20  
**Der Vorstand.**

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Holzleger  
**Karl Janke**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 18. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Kirchhofes in  
Rixdorf aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
116/20  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Töpfer  
Deutschlands. Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 14. April verstarb unser  
Kollege  
**August Beier**  
im Alter von 55 Jahren an der  
Lungenentzündung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 18. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Georgen-Kirchhofes,  
Landsberger Allee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
195/19  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Verband  
der Brauereiarbeiter.**  
Zweigverein Berlin, Sektion II.  
Am 15. d. Mts. verstarb unser  
Mitglied, der Flaschenfesterarbeiter  
**Fritz Korinnes**  
(Böhmischer Brauhans).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstagnachmittag 5 Uhr von  
der Leichenhalle des Dantes-  
Kirchhofes in der Müllerstraße  
aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
41/8  
**Der Vorstand.**

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für  
**Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 Uhr.

Beige hiermit an, daß mein  
lieber Mann, der Schneidemüller  
**Julius Vogelgesang**  
am 16. April verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
19. April, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle, Pringens-Allee,  
aus statt. 9062  
**S. Vogelgesang.**

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß mein lieber Mann, unser  
guter Vater, der Schankwirt  
**Otto Spatzier**  
nach langem, schwerem Leiden am  
Sonntag, den 15. April, im 43.  
Lebensjahre sanft entschlafen ist.  
Die trauernde Witwe  
**Anna Spatzier** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Donner-  
stag, den 19. April, 4 1/2 Uhr, von  
Kreuz-Stranzenhans in Rix aus  
nach dem Böhmischen Kirchhof in  
Rixdorf statt. 12945

**Dankfagung.**  
Hiermit sagen wir allen Ver-  
wandten, Freunden und Kollegen,  
auch den Sängern sowie dem Holz-  
arbeiter-Verein für die liebevolle  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
spenden unseren innigsten Dank.  
**Frau Klink und Sohn.**

Für die zahlreiche Beteiligung, sowie  
die reichen Kranzspenden, bei  
der Beerdigung meines unvergeß-  
lichen Gatten, guten Vater und Sohn,  
den Schankwirt  
**Max Behnfeld**  
sagen wir hiermit allen Beteiligten,  
den Vereinen und insbesondere dem  
Gesangverein „Freier Männer-Chor“  
unseren innigsten Dank. 9035  
Die trauernde Witwe  
nebst Mann und Eltern.  
**Dankfagung.**  
Für die Beweise tugendhafter Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters  
sagen wir allen Verwandten und Be-  
kannnten, insbesondere für die Kranz-  
spenden der Bezirksführer der Schön-  
hauer Vorstadt, den Genossen des  
6. Berliner Reichstagswahlkreises und  
den Kollegen der Firmen Reymon  
und G. H. Böwe unseren herzlichsten  
Dank. 9049  
Die trauernde Witwe  
**Anna Oelmann** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres unvergeß-  
lichen Vaters, sagen wir allen Ver-  
wandten, Freunden und Bekannnten,  
insbesondere dem Sozialdemokrati-  
schen Wahlverein Charlottenburg,  
dem Holzarbeiter-Verein und den  
Kollegen der Bauhilfsvereine K. Seiler  
unseren herzlichsten Dank. 9062  
Witwe **Anna Neubecker**  
nebst Kindern.

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 291/14  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

**Pinol**  
An allen Orten werden Verkaufsstellen  
errichtet.  
**Vertreter gesucht.**  
**Gebrüder Krayer, Mannheim.**

ein Riesenposten  
130 cm breite bunte  
**Mocket-  
Plüsche**  
vornehm, haltbar. Möbelstoff  
**Buntpersische Blumenmuster**  
Inventur- 5 35 pr. Meter  
Extrapreis 5 Wert 750  
Bei Abnahme 5 15 p. Mtr.  
ganz Stücke 5 M. p. Mtr.  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfrage in Wilmersdorf

hatten wir in unserer Sonntagsnummer darauf aufmerksam gemacht, daß die dortigen Genossen obdachlos sind und ersuchten, besonders das Lokal „Luisenpark“, Wilhelmstraße (Inhaber Strauß) streng zu meiden.

„Auf Ihre Veröffentlichung kann ich erwidern, daß ich mein Lokal nie zu Versammlungen hergebe, die einen derartigen Charakter tragen. Da die meisten meiner Kollegen im Verein sind, so dürfte es Ihnen sehr schwer fallen, ein Lokal für Ihre Zwecke zu erlangen. Ich kann übrigens ganz auf den Besuch Ihrer Parteigenossen verzichten.“

Wir glauben Herrn Strauß einen Gefallen zu erweisen, indem wir die Zusage veröffentlichten. Unsere Parteigenossen aber werden daraus ersehen, wie schwer es den Genossen in Wilmersdorf gemacht wird, ein Lokal zu erlangen, wagt man doch, sie noch mit Spott und Hohn zu überschütten. Gegen ein solch übermütiges Auftreten eines Gastwirtes müssen vor allem die Genossen Wilmersdorfs, die dortigen Gewerkschaften wie überhaupt alle dortigen Vereine, denen Arbeiter angehören, mit aller Energie vorgehen und den Saalinhabern ihre Kundtschaft entziehen. Wird mit aller Ausdauer und Zähigkeit dieses Ziel verfolgt, so muß es gelingen, auch Säle für Versammlungen zu bekommen. Schon mancher andere als Herr Strauß hat unter solchen Umständen vor der Arbeiterschaft kapitulieren müssen.

Ober-Schönweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am heutigen Abend im „Krug zum grünen Kranz“ bei Hönisch, Ostend, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Julion Vordach über „Massenstreik“. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Berichte der Schulärzte Schönebergs

sind für das Jahr 1904/05 kürzlich zur allgemeinen Kenntnis gelangt. Sie geben ein trauriges Bild des gesundheitlichen Zustandes der Proletariatsjugend. Indem sie das soziale Elend beleuchten, werden sie zu einer schweren Anklage gegen die Gesellschaftsordnung und ihr kapitalistisches System, dessen Folge die Vernachlässigung der jungen Generation ist. Daß die Kommune für Volksgesundheit und Volksbildung wenig tut, erklärt sich aus der Gleichgültigkeit und Verstandnislosigkeit der herrschenden Klasse, die nur für ihre eigenen Bedürfnisse sorgen möchte und an Fürsorge für die unbemittelte Bevölkerung sich kaum das Allernotwendigste abringen läßt.

Zahlreich sind wieder die Mängel körperlicher und geistiger Entwicklung, die von den sechs Schulärzten an den von ihnen untersuchten und beobachteten Kindern festgestellt wurden. Die Untersuchung bei den Neuaufnahmen zu Beginn des Schuljahres ergab, daß 145 Kinder vorläufig noch vom Schulbesuch zurückgestellt werden mußten, weil sie noch gar nicht mal genügend entwickelt waren. Auch unter den aufgenommenen Kindern waren noch 391, deren gesundheitlicher Zustand es ratsam erscheinen ließ, sie bis auf weiteres in ärztlicher Ueberwachung zu behalten. Da von früher her bereits mehr als anderthalbtausend Kinder in Ueberwachung waren, so mußten nun 1927 Kinder von den Schulärzten überwacht werden.

Aus dem Ergebnis der von den sechs Schulärzten gemachten Beobachtungen greifen wir uns ein paar Hauptzahlen heraus. Da werden 397 Kinder als Kropfkrankheiten bezeichnet, da wird 283 Kindern das Prädikat rhabditiös gegeben, da wird bei 487 Kindern Blutarmut festgestellt. Da wird berichtet über 174 Fälle von Herabsetzung des Schwärmögens, 109 Fälle von Sprachstörung, 661mal wurden Wandeltüchtigkeiten beobachtet, 766 Kinder hatten Zahndefekte. Groß war die Zahl der Verkrümmungen: 80mal fand sich Wirbelsäulenverkrümmung, 142mal Verkrümmung der unteren Gliedmaßen, dazu kamen 170 Fälle von fehlerhaftem Bau des Brustkorbes. Die Tatsache, daß Lungenkrankheiten nicht weniger als 133mal festgestellt wurden, eröffnet einen trüben Ausblick in die Zukunft vieler dieser Kinder. Auch Herzfehler waren mit 53 Fällen zahlreich genug verzeichnet.

Soll die schulärztliche Aufsicht Gewinn bringen, so müssen die Ärzte den Eltern mit Rat und Tat zu dienen suchen und die Eltern den Rat der Ärzte befolgen. Wie schon im vorigen Jahre, so wird auch diesmal wieder hervorgehoben, daß die Eltern den Ratsschlägen „im wesentlichen“ nachkommen. Doch hebt der Bericht hervor, daß z. B. bei Wirbelsäulenverkrümmung die Vorschriften teils wegen der Unbequemlichkeit ihrer Befolgung, teils aus Scheu vor den etwa damit verbundenen Kosten vielfach trotz dringender Ermahnung unbeachtet blieben. Hier könnte ein besonderer Turnunterricht, an welchem teilzunehmen die Kinder verpflichtet würden, manches bessern. Die Kommune darf solche Einrichtungen nicht zu kostspielig finden, sie hat oft für weniger wichtige Zwecke viel Geld ausgegeben.

Daß durch Fürsorge für das leidliche Befinden der Kinder der Erfolg des Schulunterrichts gefördert wird, ist unabweisbar. Aber an Ratsschlägen allein darf man sich da nicht genügen lassen, wenn etwas erreicht werden soll. Oft fehlt es am Allernötigsten, an einer zulänglichen Ernährung. Ein voller Bauch studiert nicht gern, aber ein leerer erst recht nicht. Wir sehen's an den Kindern, die mit hungrigem Magen zur Schule kommen und dann im Unterricht nichts leisten. Wieder wird in den Berichten zugegeben, daß nur zu viele Kinder wegen Mangelhaftigkeit der Ernährung dem Unterricht nicht mit dem wünschenswerten Interesse folgen konnten. Sehr werden die Erfolge der Beförderung gerühmt, die die Volksküche schwächlichen und armen Kindern gewährt. Die Zustände müssen schlimm genug sein, wenn schon dieser Notbehelf die Ärzte befriedigt.

Für die Minderbegabten haben wir die Hilfsschulen; im Winter 1904/05 bestanden zwei Klassen mit 50 Kindern. Diese Einrichtung erfüllt im allgemeinen die Erwartungen, die an sie geknüpft wurden, und man kann nur wünschen, daß sie weiter ausgebaut werde. Aber oft wird einem „minderbegabten“ Kinde schon damit nicht wenig

geholfen, daß es eine ordentliche körperliche Pflege erhält. Die Schulärzte empfehlen, daß in dieser Beziehung für die Minderbegabten noch mehr als bisher geschehe, damit die Teilnahme am Unterricht der Hilfsschulen noch erfolgreicher werde. Die traurige wirtschaftliche Lage der Eltern ist — das wissen die Schulärzte — die Hauptursache der Leistungsmängel dieser Kinder. Nicht selten gefallt sich der Not noch die Trunksucht, die den Nachwuchs von Geburt an erblich belastet.

Je elender die häuslichen Verhältnisse der Kinder sind, desto mehr sollte die Schule bestrebt sein, allen hygienischen Anforderungen zu genügen. Von unseren Schulhäusern kann man das nun gerade nicht sagen, sogar Neubauten (wie z. B. die Schule in der Berchtesgadenstraße) sind nicht frei von Mängeln. Die Ärzte klagen hier und da über ungenügende Zufuhr frischer Luft, über ein Uebermaß von Straßenlärm, bei dem das Öffnen der Fenster im Sommer fast unmöglich ist. Auch an Klassenüberfüllung hat es nicht gefehlt. So wird aus der 10. Schule gemeldet, daß auf 7x7 Plätzen 57 Kinder sitzen mußten.

Soll es den Schulärzten möglich werden, erfolgreich an der Besserung des hygienischen Zustandes unserer Schulen zu arbeiten, so muß ihnen ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit gewährt werden. Zu wünschen ist auch eine Verminderung ihrer Arbeitslast, die natürlich nur von einer Vermehrung der Schulärzte zu erwarten wäre.

Die Stadtverordnetenversammlung in dieser Woche fällt aus.

Die Bevölkerungszahl Berlins hat im März wieder den Rückgang gehabt, der fast in jedem Jahr um diese Zeit beobachtet wird. Nach dem die Bevölkerung im Januar um reichlich 8500 Personen und im Februar um ziemlich 6000 Personen zugenommen hatte, hat der März infolge zahlreicher Wegzüge eine Abnahme um rund 6000 Personen gebracht. Daher war Ende März die Bevölkerungszahl mit nur 2 051 934 fast genau dieselbe, wie diejenige von Ende Januar (2 051 928). Im April pflegt die Zunahme der Bevölkerung infolge zahlreicher Zugzüge um so reichlicher auszufallen.

Das erste Grün, mit dem an den sonnenwarmen Tagen der vorigen Woche sich Baum und Strauch geschmückt hatten, ist in den Osterfesttagen manchem Ausschläger verhängnisvoll geworden. Viele konnten der Versuchung nicht widerstehen, „ein bißchen Grün“ mit nach Hause zu nehmen. Kamentlich die Viren, deren junger Wälderichmuck ja am weitesten entwidelt war, wurden rücksichtslos gepflückt. Doch mancher, der seinen stilllichen Busch überlicher „Pfingstmaien“ mit besonderem Stolz heimtrug, erregte auf dem Wege zum Bahnhof die Aufmerksamkeit der dort auf Posten stehenden Gendarmen und wurde herangewinkt, um aufgeschrieben zu werden. Da dürfte „das bißchen Grün“ ein bißchen teurer geworden sein.

Zwei neue Omnibus-Verbindungen mit Pferdebetrieb werden Mittwoch, den 18. April, von der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft eröffnet. Vollständig neu eingerichtet wird eine Linie 81 Schleifische Brücke (Ede Götlicher Ufer)—Hausvogteiplatz (Ede Mohrenstraße). Die Wagen durchfahren die Schleifische, Köpenicker, Neue Jakob- und Hofstraße, Spittelmarkt, Riederwallstraße, Hausvogteiplatz, Teilsreden zu 6 Pf. und Schleifische Brücke—Mariannen-Ufer, Schleifische Tor (Hochbahn)—Brückenstraße, Eisenbahnstraße—Neue Hofstraße, Mariannen-Ufer—Spittelmarkt, Brückenstraße—Hausvogteiplatz. Der Betrieb beginnt von der Schleifischen Brücke werktags 6<sup>00</sup>, Sonntags 6<sup>30</sup>, vom Hausvogteiplatz werktags 6<sup>30</sup>, Sonntags 7<sup>00</sup>. Der letzte Wagen geht vom Osten werktags 10<sup>00</sup>, Sonntags 10<sup>30</sup>, vom Westen werktags 10<sup>00</sup>, Sonntags 11<sup>00</sup>. Die Wagen fahren in Abständen von 5 Minuten. Gleichzeitig wird der Weg der Linie 28 Winterfeldtplatz—Roritzplatz verlegt. Die Wagen fahren nicht mehr von der Blücher- durch die Urban-, Tempelherren-, Wilms- und Bärwaldring, sondern über das Waterloo-Ufer und Waterloo-Straße, die Alexandrinen-, Ritter- und Brinzenstraße nach dem Roritzplatz, wo sie einem weit größeren Verkehrsbedarf entsprechen. Neu eingerichtet werden hier die beiden Teilsreden zu 6 Pf. Hofstraße, Ede Wäldchenstraße—Alexandrinensstraße, Ede Götlicher Ufer und DeWallaancestraße, Ede Hofstraße—Alexandrinensstraße, Ede Ritterstraße.

Zwei Linien der Straßenbahn müssen wegen Kanalisationsarbeiten in Friedenau vorübergehend verläßt werden. Es sind dies die Linien 60 Weihenhof-Friedenau und 88 Schleifische Brücke-Friedenau. Die Tiefbauarbeiten finden in der Rubensstraße statt. Die beiden Straßenbahnlinien müssen deshalb zwischen der Veder- und Canosastraße außer Betrieb gesetzt werden. Die Endhaltestellen sind nach der Veder-, Ede der Rubensstraße zurückverlegt worden. Die Dauer der Arbeiten ist noch nicht bestimmt.

Der Präsident des königlichen Landgerichts I ersucht um die Aufnahme folgender Mitteilung: „Der Erweiterungsbau des Kriminalgerichts ist am Osterfestabend den Vertretern der Justizbehörden übergeben worden. Infolge der Streiks der Malergehilfen und Schlosser konnte die Mittelhalle des Gebäudes noch nicht fertig gestellt werden. In diesem Teile befinden sich die Schwurgerichtssäle. Das alte Gebäude wird von dem Landgericht I und II, den Amtsgerichten I und II sowie der Staatsanwaltschaft zum Zwecke des Neubaus geräumt bis auf die beiden darin befindlichen Schwurgerichtssäle. Die Verhandlungen vor den Schwurgerichten finden vorläufig also noch im alten Gebäude statt, dagegen finden vom 19. April ab alle Verhandlungen vor den Strafkammern und Schöffengerichten in dem neuen Gebäude, Turmstraße 90 bzw. Rathenowerstraße 70, statt.“

Die Bureau- und Kanzleien der Strafabteilungen der Landgerichte I und II sowie der Staatsanwaltschaften bei denselben hiedem am 8. Osterfesttag und an den folgenden Tagen nach dem Neubau über, die Bureau- und Kanzleien der Schöffengerichtsabteilungen des Amtsgerichts I verbleiben aber bis nach Beendigung des Umbaus des alten Kriminalgerichtsgebäudes Al-Modat 11 noch in dem Hause Werkstraße 7, welches von dem Justizministerium angemietet ist.“

Wegen Schwindelinferate einiger hiesigen Zeitungen veröffentlicht der Polizeipräsident folgende Warnungen:

„In hiesigen Zeitungen ist in letzter Zeit wiederholt eine Annonce mit der Ueberschrift „Gratis an Fettleibige“ und der Abbildung eines corpulenten Paars erschienen, in der die „Anticella-Association, 62 Chancery Lane, London W. C.“ eine Gratisprobe ihrer „Anticella-Tabletten“ gegen Fettleibigkeit anbietet. Der Gratisprobe liegt dann ein Schreiben bei, in welchem dem Befehler angefündigt wird, daß der Expeditur der Firma in Paris, um Portoauslagen und Zeitverlust zu sparen, sofort eine Portion Tabletten abgefordert habe, wofür 10 M. 20 Pf. Nachnahme erhoben werde. Für letzteren Betrag erhält man 70—80 Stück weißer Blättchen, die im wesentlichen aus doppeltsofortsaurem Natron (Wulfen-Salz) bestehen, wie sie in jeder hiesigen Apotheke für geringes Geld zu haben sind. Es ist selbstverständlich, daß die Blättchen die ihnen beigelegte Wirkung auf die Fettleibigkeit nicht ausüben können.“

Vor dem Bezug dieser teuer bezahlten Tabletten, deren Anpreisung eine Ausbeutung des Publikums enthält, kann daher nur dringend gewarnt werden.

Eine andere Warnung besagt: In hiesigen Zeitungen bietet ein gewisser A. Stroop in Neuenkirchen Kreis Wiedenbrück in Westfalen eine Schrift über Krebs-, Magen- und Leberleiden und ihre Heilung unentgeltlich an. Wer sich an Stroop wendet, erhält einen gedruckten Prospekt zugesandt, in welchem ein

Mittel gegen die genannten Krankheiten angepriesen wird, das ebenfalls bei Stroop zu haben ist und von diesem auf Bestellung zugesandt wird. Das Mittel besteht aus drei einzelnen kleinen grünen Pulvern von feiner zerkleinerten Pflanzensubstanz, wofür der unerschwinglich hohe Preis von 10 Mark 20 Pf. zu zahlen ist. Nach der Gebrauchsanweisung soll je ein Pulver, um einen Erfolg damit zu erzielen, an bestimmten Tagen eingenommen werden, und zwar jedesmal am Morgen nach Neumond vor Sonnenaufgang.

Ein heilender Einfluß der Pulver auf die oben genannten Leiden ist ausgeschlossen, vielmehr ist es, wie die an mittelalterlichen Aberglauben erinnernde Anekdote zeigt, lediglich auf eine Ausbeutung schwerkranker Menschen abgesehen.

Vor dem Bezug des Mittels muß daher dringend gewarnt werden.

Endlich wird in letzter Zeit von der Firma „Coza Institut 62 Chancery Lane, London W. C.“ eine Gratisprobe von dem „wunderbaren Cozapulver“ angeboten. Cozapulver soll die Wirkung haben, daß durch seinen Zusatz zu den Getränken dem Trinker die Spirituosen widerig vorkommen, und er deshalb das Trinken unterläßt. Das Mittel besteht im wesentlichen aus verunreinigtem doppeltsofortsaurem Natron und besitzt keineswegs die ihm beigelegten Eigenschaften. Da es für 10—20 M. abgegeben wird, obwohl der wahre Wert des Mittels nur wenige Pfennige beträgt, so wird vor einem Bezug durch das Coza Institut dringend gewarnt.“

Der Antrag für den Bau 9 des Arbeiter-Radsfahrersbundes „Solidarität“ tagte am 1. Osterfesttag in Weters Gesellschaftshaus, Willestraße, Anwesend waren 81 Delegierte, die 6000 Mitglieder vertrat, ferner der Bauvorstand, die Bezirksführer und der Redakteur des „Arbeiter-Radsfahrer“. Genosse Karl Fischer, als Bauvorstand, gab den Vorstandsbericht, aus dem hervorging, daß der Bau (Provinz Brandenburg) mit seinen 172 Vereinen mit 6000 Mitgliedern den ersten Platz im Bunde einnimmt; der Berliner Verein allein zählt 1450 Mitglieder, während vor zwei Jahren noch 10 Vereine bestanden, die im ganzen über 750 Mitglieder verfügten. Zur Agitation wurden 75 000 Flugblätter herausgegeben, die bei Ausfahrten zur Verteilung gelangten. Im Gubernialrat mit den Bezirksführern sei auch die Herausgabe eines Mitteilungsblattes beschlossen, das monatlich einmal erscheinen und den Vereinsvorständen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden soll. Wichtig sei die Lokalfrage. Pflicht aller Delegierten sei es, dafür zu sorgen, daß die Vereine nur in freien Lokalen verkehren und für freie Gegend gesperrter Lokale eintreten. Der Kassenericht wird vom Kassierer Lambert erstattet. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 10 Proz. der Mitgliederbeiträge und aus Ueberbüssen von den Bauvergütungen und betragen 1296,92 M. Die Ausgabe von 1143,45 M. sei erwachsen durch Agitation und Gewährung von Rechtschutz. Die Debatte dreht sich hauptsächlich um die Agitation. Es wurde betont, daß in der Provinz an der Lokalfrage oft die besten Kräfte scheiterten. Den Radsfahrern werden wohl Lokale zur Verfügung gestellt; verlange man aber, daß die Lokale auch für Gewerkschaften und Wahlvereine hergegeben werden sollen, werde man obdachlos gemacht. Demüßigt wurde, daß die Lokalle sich auf einen zu engen Rahmen beschränke. Die Gründung eines Mitteilungsblattes wurde beschlossen und dem Bauvorstande die weitere Ausgestaltung und Verbreitung übertragen. Zu dem Pfingsten in München stattfindenden Bundeskongreß wurde beschlossen, im Statut einzufügen, daß Bildung und Aufführung in den Vereinen zu pflegen sei, daß der Beitrag auf 40 Pf. pro Monat festgesetzt werde, von dem 50 Proz. der Vereinskasse und 15 Proz. der Baukasse zuzuführen. Auch die Unfallversicherung sei zu erhöhen. Das Bundesorgan, das nicht Eigentum des Bundes ist, soll in eigene Regie übernommen werden.

Die Vererber des Hausmordankalles auf die Tröblerin Erhardt am Biondikirchplatz sind ermittelt und zur Haft gebracht. Weil die Kriminalpolizei in diesem Falle glücklicher war, wie in so vielen anderen Fällen, wird auch die Tätigkeit derselben in ein um so helleres Licht gerückt. Eine Korrespondenz meldet über die Ermittlung und Verhaftung folgende Einzelheiten:

Die Kriminalpolizei ermittelte am Sonnabend abend drei stellungslöse Leute, die viel in Kaskemmen umherlagen und von dem Hausmordplane mehr wissen sollten. Einer von ihnen, ein gewisser H., machte denn auch eine sehr beachtenswerte Bekundung. In einer Herberge in der Auguststraße forderte am vergangenen Donnerstag ein ihm unbekannter Mann den H. auf, mit ihm zu gehen, um sich Geld zu verschaffen. Beide gingen in den Tröbellen der Erhardt, der Unbekannte unter dem Vermerk, daß er Möbel kaufen wolle. Unterwegs fragte der Mann den H.: „Na, wie war's? Wollen wir nicht ein Ding drehen? Die Ode hat etwas.“ H. ging aber darauf nicht ein, und beide verließen den Laden wieder, nachdem der Unbekannte gesagt hatte, er wolle mit seiner Frau wiederkommen. Am Sonnabend früh traf H. diesen Mann wieder in der Herberge, diesmal mit einem anderen zusammen, der eine Wriste trug. Als er später noch einmal nach der Herberge kam, erfuhr er von zwei anderen Gästen, daß die beiden, die morgens kein Geld hatten, weggewesen und nach ihrer Mitleid etwas bezahlt hatten. Die Kriminalpolizei ermittelte noch in der Nacht auch jene zwei Gäste, und hatte nun von drei Personen eine übereinstimmende Beschreibung der beiden mutmaßlichen Täter. Sie hielt sich jetzt an die Angaben der Ueberfallenen außer Betradt. Kriminalkommissar Wegn und ein Kriminal-Sachmann suchten nun die Schlafstube auf, in denen sich nach Angabe des H., den sie mitnahmen, die beiden Verdächtigen öfter aufgeschlagen hatten. Einer wurde schließlich am Alexanderufer früh um 8 Uhr ermittelt, wo er sich ein Nachtlager suchen wollte. Um 8 Uhr morgens gelang es auch, in einer Kaskemme in der Dranienburgerstraße den zweiten zu fassen. Es handelt sich um den mehrfach bestrafte, aus Berlin ausgewiesene, verheiratete Steuereifer Karl Schäfer. Er lebte im wesentlichen davon, Möbel auf Teilszahlung zu nehmen und sofort in Tröbellen zu verkaufen. So wurde er mit der Erhardt bekannt und vermutete viel Geld bei ihr. Unterschluß fand er überall in den Kaskemmen. In der letzten Zeit ging es ihm schlecht. Jetzt dachte er an die alte Tröblerin. Als sein Plan am Morgen zum Donnerstag selbige gelagert war, wandte er sich an den am 12. November 1885 zu Altona geborenen Feilteur Karl Brandt, der sich ebenfalls ohne Wohnung in Berlin umhertreibt. Bei Brandt fand er Gehör. Jetzt aber will Schäfer, der ohne Zweifel der „Unternehmer“ war, am wenigsten schuldig sein. Brandt, den er sich dank, sollte die alte Tröblerin allein geschlagen haben. Das glaubt man ihm jedoch um so weniger, als man bei ihm das Werkzeug fand, mit dem er wahrscheinlich seinem Opfer den Schädel eingeschlagen hat, einen Gummischlauch, in dem an einem Ende eine 10 bis 12 Zentimeter lange, 3 Zentimeter im Durchmesser haltende Muttterschraube mit einem Draht befestigt war. Brandt wiederum schiebt alle Schuld auf seinen Verführer. Er aber hat der Ueberfallenen wahrscheinlich mit dem Stiefelabzug das Gesicht getreten. Im Abzug seines rechten Stiefels befindet sich noch Blut. In der Geldtasche der Tröblerin fanden die Räuber nicht 55 M., wie man erst glaubte, sondern nur 18 M. Diese teilten sie sich. Von der Herberge in der Auguststraße, wo sie nun etwas verzehren konnten, ging Brandt zu einem Althändler und kaufte sich für 2 M. seinen Winterbelegter und für sein altes Jackett ein neues Jackett. Beide zusammen besuchten dann verschiedene Lokale, zuletzt einen Bouillonkeller in der Dranienstraße. Hier verließ Brandt den Schäfer. Dieser schloß jetzt eine geraume Zeit, und als er bei Schluß des Geschäftes um 2 Uhr morgens geweckt wurde, entdeckte er, daß man ihn den Rest des Raubes, 7 M. 50 Pf., gestohlen hatte. Jetzt mußte er wieder ein kostenloses Nachtquartier am Humboldthafen suchen und geriet dabei den Verfolgern in die Hände. Brandt kniepte, nachdem

er den Wundstich verlassen hatte, in einer Kasse in der...

Die beiden Verhafteten wurden noch gestern wegen versuchten...

Die Gefahren der Luftschaukel. Am zweiten Feiertage hat sich...

Gemeinsam in den Tod. Ein eigentümlicher Doppelselbstmord...

Die Ursache der Entgleisung des Südringzuges vor dem Bahnhof...

Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen...

Von einem Schnellzug totgefahren wurde in der Nacht zum...

Mehrere Bootsunfälle haben sich an den beiden Osterfeiertagen...

Die Kindesleiche in der Zigarettenkiste. Einen unheimlichen Fund...

Todessturz vom Wagen. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich...

Kadrennen zu Steglitz. An beiden Tagen erfreute sich die Bahn...

Das Große Hauptfahren gewann V a a d e r vor Scheuermann...

Das Kleine Hauptfahren sah den Regier Gedspath...

Das Vorgabefahren wurde von dem Ralman V a d e r...

An beiden Tagen fanden noch Rennen für dem Deutschen...

Kadrennen zu Zehlendorf. Auch die hübsch gelegene Zehlendorfer...

Am Montag wurde ein Stundenrennen mit Motorführung aus...

Zu dem Fiegerrennen zeigte sich Freudenberg von der...

Die Kadrennen in Treptow boten mehr in Bezug auf die...

Drei Arbeiter wurden am Sonnabendabend in der Chemischen...

Straßensperrung. Die Mauerstraße vor dem Hause Nr. 5...

Im Zirkus Albert Schumann findet heute die Abschiedsvorstellung...

Orgelkonzert. Mittwoch, den 18. April, abends 7 1/2 Uhr...

Treptow - Sternwarte. Der Erfinder der Rettungsapparate...

Der Berliner Zoologische Garten besitzt seit einigen Tagen...

Baumblüten-Sonderzüge. Nach Bekanntmachung der Eisenbahn...

Feuerwehrbericht. Während der Feiertage hatte die Feuerwehr...

Schöneberg.

Ein nettes Polizeifestchen ist auf dem Osterberggügel des...

Unwillkürlich muß man sich fragen, was eine solche Polizeiat...

Charlottenburg.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. In der am Donnerstag...

Treptow-Baumtschulenweg.

Die Maifeier wird in diesem Jahre nicht wie bisher nur am...

**Treptow.**

Im Gedränge des Osterverkehrs verunglückten am 2. Feiertag an der Straßenbahnendhaltestelle in Treptow die in der Veteranenstraße 24 wohnende Frau Baumbach und eine Frau, deren Personalien nicht festgestellt werden konnten. Gegen 8 Uhr abends drängten sich Tausende von Personen, die im Laufe des Tages nach Treptow gefahren waren, fast gleichzeitig an der Straßenbahnendhaltestelle zusammen und erstürmten die an die Abfahrtsstelle heranfahrenden Straßenbahnzüge. Frau B. versuchte während der Fahrt einen Straßenbahnwagen der Linie 11 zu ersteigen und befand sich bereits auf dem Trittbreite der Plattform, als gleichzeitig eine Frau hinterher drängte und der vor ihr befindlichen auf das Kleid trat. Beide Frauen stürzten infolgedessen zu Boden und wurden unter die Vorderplattform des Anhängewagens gestoßen. Frau B. erlitt eine Verrenkung des Gelenkmoosens des rechten Oberschenkels und mußte nach dem Krankenhaus am Urban überführt werden. Die zweite Verunglückte, die nur eine leichte Kontusion im Gesicht davongetragen hatte, war, bevor ihre Personalfeststellung erfolgen konnte, mit einem Straßenbahnzuge fortgefahren.

**Pankow.**

**Entschlafene Diebe.** Die Klärstation der Gemeinde Pankow, welche durch die Schwemmlanalisation überflüssig geworden ist, birgt in ihrem Innern noch sehr wertvolle Maschinen u. a. auch eine große Dynamomaschine. Da das Gebäude unbewacht ist, benutzten wiederholt Spitzbuben die Gelegenheit, um nach und nach sämtliche wertvollen Teile der Maschinen zu stehlen. Nachdem man auf den uneingeladenen Besuch aufmerksam wurde, beschloßen einige Kanalisationsarbeiter, ein paar Nächte zu wachen, um die immer wiederkehrenden Diebstahlsfälle zu fassen. Die freiwilligen Wächter des Gemeindegeländes bewachten sich mit allerlei Gegenständen, wie Brechstangen, Lechings und handfesten Stöcken. Nach einigen vergeblich durchwachten Nächten kam der sehnlichst erwartete Besuch in Gestalt von zwei Männern, die sich mit dem Bemerkten an die Arbeit machten, heute mal gründlich aufzuräumen, wobei sie natürlich gestört wurden. Es entspann sich ein heftiger Kampf, bei welchem es einem der Diebe gelang, zu entkommen, trotzdem noch einige Arbeiter aus der in der Nähe gelegenen Pumpstation zu Hilfe eilten. Der andere sollte nur zur Wache geführt werden. Da man keine Stricke zum Fesseln hatte und der Delinquent himmelhoch bei, man möge ihn doch nichts tun, er wolle ja zur Wache gehen, begann der Transport; der mit dem Lechings Bewaffnete voraus, einige Arbeiter hinter und zur Seite des Gefangenen. Kaum war man aus dem Gebäude heraus und an die nächste Ecke gekommen, so riß sich der Spitzbube los, gab dem Vorausgehenden einen Stoß, daß Mann und Gewehr in großen Bogen auf den Damm flogen, und — Roß und Reiter sah man niemals wieder. Nun verdient hervorgehoben zu werden, daß die Sicherheitspolizei am Orte viel zu wünschen übrig läßt. An Sicherheitsbeamten sind vorhanden: sechs Gendarmen, ein Kriminalwachmeister mit vier Schülern, ein Amtswachmeister mit dreizehn Polizeibeamten und fünf Nachtwächter, letztere mit dem kolossalen Gehalt von 500 Mark pro Jahr. Der Anzahl nach kein Mangel, aber die Organisation! Nachtpatrouillen gibt es nicht. Auf der Wache, die von einigen Punkten des Ortes erst in 1/2 Stunden zu erreichen ist, sind des Nachts ein, höchstens zwei Beamte aufgestellt. Am Tage werden die Ordnungspolizisten zum großen Teil mit dem Austragen von amtlichen Schriftstücken beschäftigt und des Sonntags ist eben — Sonntagruhe.

Nicht ostentativen Zuständen sind die ledigen Lehrer Pankows ausgeführt. Denselben werden als Dienstwohnungen in der Schule gelegene Stiebelwohnungen zugewiesen, die auch die bescheidensten Anforderungen als Dienstwohnungen vernünftigen lassen. Eine Petition an die Gemeindevertretung fordert die Kaffierung dieser Räume unter folgender Begründung: Um zu den Räumen zu gelangen, muß man über

den Treppenboden, von welchem die Wohnungen nur durch Rabigwände abgeklagen sind. Die Größe der Räume ist circa 9 Quadratmeter und 2 1/2 Meter hoch. Koch- und Heizgelegenheit ist nicht vorhanden; die Klojette befindet sich auf dem Hofe bei den Schülerklojette und sind nur durch mannhohen Verschlag von diesen getrennt. Die Benutzung zu gleicher Zeit mit den Schülern bedeutet eine Verletzung des Schutzes. Wenn auf dem Boden Wäsche getrocknet wird, müssen die Lehrer darunter wegleichen; anherdem lagert auf dem Boden noch altes Gerümpel. Bei Feuergefahr ist eine Rettung fast ausgeschlossen. Für eine derartig beschaffene Dienstwohnung wird 240 Mark angerechnet. Die Baukommission erklärt die Zustände für stark übertrieben. Genosse Freiwald hatte in der Kommission gegen die Petition gestimmt und motivierte seine Stellungnahme damit, daß er die gerügten Verhältnisse anerkennt, aber verlangt, daß die Lehrer bei der Regierung Beschwerde erheben, um so die Regierung zu veranlassen, neben den Lehrernwohnungen auch die in den Dachgeschossen untergebrachten Klassen, welche genau dieselben Mängel aufweisen und mit mehr als 60 Schülern besetzt sind, zu kaffieren. Mit demselben Recht, wie die Lehrer die Entfernung solcher Wohnungen verlangen, müßten sie auch auf die Beseitigung solcher Klassenräume hinarbeiten, eventuell den Unterricht verweigern.

Auf Antrag eines bürgerlichen Vertreters wurde der Antrag der Lehrer nunmehr der Schulkommission überwiesen.

**Spandau.**

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins tagte am Dienstag im Lokale von Kumpke. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Meister in üblicher Weise. — Sodann erstattete der Vorsitzende, Genosse P i e s e r, den Vorstandsbericht vom letzten Quartal. Es haben im Laufe des verfloffenen Quartals stattgefunden: Vier Vorstandssitzungen, drei Sitzungen der erweiterten Parteileitung, zwei Generalversammlungen und sieben Volksversammlungen. Die letzteren waren Protestversammlungen gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht. Hiervon fanden am 21. Januar drei und am 18. März vier statt. Bemerkenswert ist, daß die Presse erfreuliche Fortschritte gemacht hat. So hatte der „Vorwärts“ am Ende des Jahres 1905 784 Abonnenten, jetzt sind es bereits 907, also eine Zunahme im verfloffenen Quartal von 123 Abonnenten. Die Abonnentenzahl der „Brandenburger Zig.“ beträgt genau wie im vorigen Quartal 82. Hieraus ist zu schließen, daß der „Vorwärts“ für die Spandauer Genossen nur allein in Frage kommt. Der Einnahmen befinden sich 60,05 M. von den Staatswerkstättenarbeitern, und zwar der Ueberfluß von der Sammlung zum Märzkranz. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Zum Punkt Waisefer nahm Genosse Pieper das Wort. Er teilte mit, daß die Kommission beim Oberbürgermeister Stölze vorstellig war, um die Erlaubnis zu einem Umzuge mit Rußf zu erhalten. Der Oberbürgermeister habe erklärt, daß er zunächst Erkundigungen einzulegen wolle, ob andere Stadtverwaltungen ähnliches erlaubt hätten. Genosse Senfleben erklärte im Namen des Waisfer-Komitees, daß alles so vorbereitet sei, das Fest zu einem würdigen zu gestalten. — Beim Punkt Verschiedenes legte Genosse G o l d sein Amt als Schriftführer nieder, an dessen Stelle wird Genosse Pieper gewählt. — Nunmehr erhielt Genosse Heilmann-Berlin das Wort zu seinem Vortrag: „Deutschland und Frankreich“, wofür er lebhaften Beifall erntete.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 29. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Heimich

Meister. — Gorki als proletarischer Literaturskriver. Von Henriette Roland-Holst. — Die politische Lage in Ungarn. Von Dr. Sigmund Kunft. — Die revolutionären Parteien in Russland während der Jahre 1898 bis 1901. Von Dr. Ida Kretsch. (Fortsetzung.) — Die Unfall-Ertaute des Reichsversicherungsamtes im Jahre 1907. Von G. Deule. — Die Ernährung der Schulkinder. Von Therese Schlegel-Greif. — Literarische Rundschau: Dr. Wilhelm Feld, Die Kinder der in Fabriken arbeitenden Frauen und deren Verpflegung. Von Therese Schlegel-Greif. Charlotte Stoeckel, Kinder der Gasse. Von Karl Korn, Kiel. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 8 des 16. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Heinrich Meißner. — Ube und Süßigkeit. I. — Die Stellung der Genossinnen und der Frauenrechtlerinnen in Oesterreich zur Wahlrechtsreform. Von Emma Freundlich. — Aus dem toten Jahre. Von Wilhelm Bloß. — Der Kampf um die Rente. Von G. G. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Ein neues Stadium der Hamburger Frauenbewegung. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson vom fünften Dresdener Wahlkreis. — Noch eine Anfrage gegen die Genossin Juch. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Agitation am Niederrhein. — Politische Agitation. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kayentz. — Notizen: Lohnbewegung der Wuppertaler Textilarbeiter. — Genossenschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. Frauenbewegung. — Verschiedenes. Rezension: Der Tag des Herrn. Von Ludwig Blau. (Gedicht.) — Rabel. Von Ida Greifen. (Schluß.) — Aus dem Osterpazientengang des „Rausch“. Von Wolfg. Goethe. Für unsere Kinder: Rahmung. Von Legner. (Gedicht.) — Acht Stunden. Von Ernst Almdorf. — Das Osterhässlein. Von Franz Wähling. (Gedicht.) — Scpp, der Lunticht. Von Anton Friedrich. II. — In was allem ein gut Ding nahe ist. Von Anna Maria Biel. — Zum Andenken an Humboldt. Ein Naturmärchen von Hebe. (Schluß.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnements 2,00 M.

Die Waisfernummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. In rotbraunem Ton gedruckt ist das große Mittelbild „Zum ersten Mal“, das Hans G. Henrich gezeichnet hat. Ein Zeugnis der Arbeit, aus Vertretern aller Berufe bestehend und mit den Berufsinsignien versehen, ist es, der hier der Vertreterin des Sozialismus hübschend vorbildet. In diesem Zuge ist jeder einzelne Typus scharf beobachtet und in der für ihn charakteristischen Weise wiedergegeben.

Das farbenfrohe Titelbild „Der Zukunft entgegen“, nach einem skulpturalen Motiv von R. Danilow gezeichnet, zeigt die Göttin der Freiheit triumphierend auf den Schultern des Admirs Ramonon; die selben Jühe, die die heiligsten Gesetze zerritren, tragen mich in das Land der Gerechtigkeit.

Das farbige Bild „Zweifelhafte Vertobjette“ von Kata Langa ist eine heikende Satire auf das Institut des Gottesgnadentums. Außerdem bringt der illustrative Teil der Nummer noch die Bilder „In Courtois“, „Ein Unzuliebener“, „Das Gericht“, „Im Verzeil“, „Mentner“, „Frühlingslied“, „Für freies Wahlrecht“, „Weil's gleich ist“, „Eine Räuschhaube“ und „Vertrauenswürdig“.

Der textliche Teil der Nummer wird mit einem schwingvollen Gedicht „Der erste Mai“ eingeleitet. Er enthält sodann noch ein von der verstorbenen Dichterin Clara Müller herrührendes Gedicht „Generationen“, das allegorische Realisation „Die Kohle“, die Gedichte „Preussische Wahlreform“, „Des Spitzels Trauerfang“, „Hilfsanzug“ (Militär), „Richter und Bismarck“, „Leutnant Schmidt“, „Bitte um Krieg“, „Die Unentwegten“, sowie reichhaltige kleinere literarische Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Leo Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist soeben das 16. Heft des 2. Bandes erschienen.

W. Friedmann. Die russischen Finanzen. Eine wirtschaftliche Bilanz des absoluten Regiments in Russland. 92 Seiten. Preis 1,20 M. Verlag: S. Grunbach, Berlin W. 57.

Gegründet 1825

**Fr. Hahn**

**Berlin C. 25  
Alexander-Platz.**

**Neuheiten in  
Damenkleiderstoffen  
und Seidenstoffen**

Glatte und gemusterte Eoliennes in modernen zarten Farben . . . Meter **2.50, 3.00, 3.50**  
Gemusterte Grenadine und Etamine Große Farbensortimente . . . Meter **1.75, 2.00, 2.50**  
Schwarz-weiße Wollstoffe Große Auswahl in Karo und Streifenmustern . . . Meter **0.70, 0.90, 1.00 bis 3.00**  
Woll-Batist u. Popeline-Stoffe in allen modern. Farben, glatt od. in sich matt gemustert . . . Meter **1.25, 1.50, 1.75 bis 3.00**  
Kostümstoffe im Herrenstoffgeschmack 110—140 cm breit, Meter **1.50, 1.75, 2.00 bis 6.50**

**Sonder-Angebot in Seidenstoffen**

**Louisine** reine Seide, in allen Farben Meter **1.35** | **Chiné** reine Seide, elegante moderne Muster . . . . . Meter **1.80** | **Messaline** reine Seide, in allen Farben Meter **1.50** | **Gestreift Louisine** reine Seide, in schwarz-weiß-gestreift oder buntgestreift Meter **1.40**

**Ein großer Posten Woll-Mussline**  
bester elsasser Druck, reine Wolle, moderne Punkt- und Fantasiemuster . . . . . Meter **0.75**

**Halbfertige Roben**  
aus weiß oder farbig Leinen . . . . . die Robe **7.00 8.50 10.00 bis 30.00**  
aus weiß oder farbig ind. Mull . . . . . die Robe **6.00 7.50 8.50 bis 25.00**  
aus farbig Woll-Batist . . . . . die Robe **13.80 16.50 17.50 bis 40.00**

Der reich illustrierte **Hauptkatalog** über Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten wird auf Wunsch zugesandt (kostenlos und portofrei).

# Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Freitag, den 20. April 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 7), Engel-Ufer 15:

## Versammlung der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Tages-Ordnung:  
1. Besprechung betreffs der Bunzianer Karte. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Wegen der Wichtigkeit der beiden ersten Punkte der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

NB. Zum 1. Punkt der Tagesordnung ist der Vorstand der Freien Vereinigung der Fliesenleger hiermit öffentlich eingeladen.  
Der Sektionsvorstand. J. A.: Hermann Busch.

## Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 19. April, abends 8 Uhr, im großen Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c:

## Öffentliche Versammlung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Franz Lüth aus Hamburg über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wie sie ist und wie sie sein sollte.“ 2. Diskussion.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Einberufer. J. A.: Hermann Rorgel.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 84. Amt IV, 3353.

## Achtung! Schlosser! Achtung!

Heute Mittwoch, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Hafensheide 108/114:

## Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:  
Bericht über den Stand unserer Bewegung.  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festhallen, Sebaldstraße 39:

## Branchen-Versammlung der Elektromonteur u. Hilfsmonteur.

Tages-Ordnung:  
1. Was haben wir von den Unternehmern zu erwarten?  
Referent: Kollege A. Wuschick.  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

## Bezirk Charlottenburg.

Die Kauskassierung ist seit dem 4. April eingestellt, dafür werden vom 18. April folgende Zahlstellen errichtet:

Ferd. Fäsche, Potsdamerstr. 44 (Staffierer),  
Emil Müller, Rosinenstr. 3 (Volkshaus),  
Mertens, Krummestr. 23 (Restaurant).

## Zentralverband deutscher Textilarbeiter

Filiale Berlin.  
Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, in den „Andreas-Festhallen“, Andreas-Strasse Nr. 21:

## Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Abrechnung vom ersten Quartal 1906. 3. Wahl des Vorsitzenden und des Kassierers. 4. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Donnerstag, den 19. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 8), Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Schulangelegenheiten. 3. Anträge. 4. Neuwahl des Vorstandes, der Unterrichtsvertreter und zweier Revisoren. 5. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Beiträge werden entgegengenommen.

Sonntag, den 22. April, abends 7 Uhr:  
Vortrag von Frau Rubens über das dreiaktige Drama von Leop. Kampf: „Am Vorabend.“

Rezitation.  
Nach dem Vortrag:  
Gemütliches Beisammensein und Tanz.  
Eintritt 30 Pf. — Garderobe frei.

## Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

(Ortsverein Berlin, Abteilung I und II.)  
Donnerstag, den 19. April 1906, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1906 und Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Der Stand unserer Organisation im Lande. Referenten: die Kollegen Windhoff-Düsseldorf und Bayer-Dresden.  
Wir ersuchen die Mitglieder pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.  
Organisatorischer Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zement-Branche.

Freitag, den 20. April 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (großer Saal):

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Ad. Störmer über den politischen Massenstreik. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Abrechnung vom ersten Quartal 1906. 5. Verschiedenes.  
In Anbetracht der wichtigen und interessanten Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Sektionsvorstand.

## Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 20. April 1906, abends 8 Uhr, in den „Industrie-Festhallen“, Benthstr. 19-20:

## Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Rassenbericht vom 1. Quartal 1906. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.

Der Zweigvereins-Vorstand. J. A.: Karl Holdmann.

# Achtung, Maler! Achtung!

Mittwoch, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Was ist nötig vom Zentralverband unter derartigen Tarifbedingungen den Streik aufzugeben? Und welche Stellung nimmt die Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend hierzu ein? 2. Stellungnahme zum 1. Mai.  
Jedes Mitglied unserer Organisation ist verpflichtet in dieser Versammlung zu erscheinen, in welcher die genaue Berechtigungsliste Nr. 2 ausgegeben wird. Berufskollegen als Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand. J. A.: W. Berndt.

# Achtung! Bauschlosser! Achtung!

Seit Freitag, den 6. April früh stehen die Kollegen in 23 Werkstätten im Streik. Die übrigen in Betracht kommenden Firmen haben bewilligt, darunter auch eine Anzahl Junngewerksfirmen.

Von Montag, den 9. April ab, dürfen sämtliche Bauschlosser nur noch mit Berechtigungskarten arbeiten, diese sind Sonnabend, den 7. April den Vertrauensleuten ausgehändigt. — Die Bauarbeiter ersuchen wir, und dadurch zu unterstützen, daß sie die auf die Bauten kommenden Schlosser nach den Arbeitsberechtigungskarten fragen. Jeder Schlosser ohne Karte ist als Arbeitswilliger zu betrachten.

Des weiteren machen wir alle Bauschlosser darauf aufmerksam, daß ohne Zustimmung des Streikkomitees nirgends die Arbeit niedergelegt werden darf.

Der Vorstand. J. A.: W. Berndt.

## Das Streikkomitee. Cohen.

## Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Freitag, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr:  
Werkstattdelegiertenversammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist jede Werkstätte verpflichtet, einen Delegierten zu senden.

Der Vorstand.

## Verband der freien Gast und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Freitag, den 20. April 1906, nachmittags 5 Uhr:  
General-Versammlung

beim Kollegen Litfin, Memelerstraße 67.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Ortsverwaltung und des Kassierers. 2. Bericht der Rechtschutzkommission. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Neuwahlen zur Ortsverwaltung und Rechtschutzkommission. 5. Bericht der Statutenberathungskommission. 6. Verbandsangelegenheiten.  
Die Ortsverwaltung.

## Dr. med. A. Smith'sches Ambulatorium für Herz- u. Nervenranke

Berlin W. 2, Potsdamerstr. 52.  
Funktionelle Untersuchung und Behandlung. Ausführliches im Prospekt (frei).  
Literatur: Dr. med. Max Asch, Herz- u. Nervenleiden u. ihre Behandlung mit unterbrechenden u. Wechselströmen. — Historiesches, Theoretisches u. Praktisches in gemeinverständlich. Darstellung. (Zu beziehen 4. alle Buchh. Preis 50 Pf.)

## 1905 er Hühner, Spezialgeschäft für Uhren.

Freischwinger, Hochmoderner, feinstehende, (wie obenstehende) 14 Tage-mech. genau gehend und richtig schlagend, halb und voll, unter 5-jähriger reifer, schrittweiser Garantie von  
Preis 10 an.  
E. Möbis  
Benthstr. 14 (am Spittelmarkt)  
2. Geschäft: Koppenstr. 62.  
Ringstr. 115/3  
25.00, gute, große, Nubenstraße 47, 11.

## Das älteste Rester-Geschäft

des H.-O. von Wilhelm Mühlbach  
empfiehlt zur Frühjahrsaktion Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt großer billigen Preisen.  
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.  
10 Oppelnerstr. 10

## Billige Bauparzellen.

am Bahnhof Biesdorf, günstige Geländestücke für jedermann. Stadtbahnverbindung 10 Pf.-Zur. Gas- und Wasserleitung, erstklassigen Boden. Quadrat-Rute von 15 Mark an.  
Bei Nieschulke, Rieger & Co., Landsbergerstraße 66. Auskunft täglich von nachmittags 2 Uhr, sowie Sonntag von früh 10 Uhr durch den Vertreter Herrn Kraatz im Restaurant Liebske am Bahnhof Biesdorf. 696b

## Möbel-Halle Harry Goldschmidt

Moritzplatz 59.  
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 83L\*  
Extra-Abteilung  
verliehen gewesener Möbel  
wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!  
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur Spezial-Möbelgeschäft.

Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der erste deutsche Korrektorentag.

Der jüngste Spross am Stamme des Buchdruckerverbandes, der Korrektorenverband, hielt in den Ostertagen seinen Kongress in Berlin ab.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Korrektorenberufe referierte H. Jille-Berlin. Er legte eine fleißig bearbeitete Statistik vor.

Kauff-Leipzig referierte über „Die Verantwortlichkeit der Berufscollegen“ und erklärte, daß in dieser Beziehung oft zu hohe Anforderungen an den Korrektor gestellt werden.

In gewerblichen Streitigkeiten sind die Gewerbegerichte, nach Aufnahme der Korrektoren in die Tarifgemeinschaft die Tarifschiedsgerichte anzurufen.

Den Korrekturenvereinen wird empfohlen, den zuständigen Instanzen geeignete Sachverständige namhaft zu machen und von allen Berufsangehörigen wird erwartet, daß sie sich in gewerblichen Streitfällen auf diese Sachverständigen berufen.

Ueber die Heimarbeit gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der 1. Deutsche Korrektorentag erblickt in der Erledigung von Korrekturen außerhalb der Druckereien eine wesentliche Ursache der ungünstigen Berufsverhältnisse der Korrektoren und erstrebt mit der Aufnahme der Korrektoren und Revisoren in die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker die Beseitigung der Heimarbeit als Grundbedingung für die Vorsegerstellung der Arbeitsbedingungen der Korrektoren.

Der Korrektorentag erwartet in diesem Bestreben die Unterstützung aller interessierten Kreise, insbesondere aller organisierten Buchdruckerorgane.

Stalmach aus Wien hielt einen längeren Vortrag über die Verhältnisse im Korrektorenberufe in Oesterreich-Ungarn. Er erklärte, daß die Lage außer in Wien und Budapest eine sehr schlechte sei.

Die Anträge zur Tarifrevision wurden einer Kommission von sieben Mitgliedern überwiesen und das Resultat der Kommissionsberatungen als vertrauliche Angelegenheit behandelt.

Die Fragen der Spezialorganisation führten zu einer längeren Diskussion, und eine Kommission von drei Mitgliedern wurde beauftragt, bestimmte Vorschläge nach eingehender Prüfung aller Anträge zu machen.

Resolution wurde eine größere Einheitslichkeit verlangt und empfohlen, die Orthographie, wie sie im Buchdrucker-Duden festgelegt ist, vorläufig als maßgebend zu betrachten.

Etwa 400 Mitglieder gehörten bis jetzt den Vereinen an, die aber ihre Mitgliederzahlen bald zu erhöhen hoffen.

Der erste Tag der Kongressverhandlungen fand in der „Neuen Welt“, der zweite im Graphischen Vereinshaus in der Alexandrinenstraße statt.

XI. Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser.

Mannheim, 14. April.

Der Verbandstag der Glaser ist besucht von 44 Delegierten. Vom Hauptvorstand sind anwesend der Vorsitzende Eichhorn und Kassierer Schwert-Karlruhe, vom Verbandsauschuß Graf-Leipzig, von der Preßkommission Tritt-Karlruhe; die Generalkommission ist durch Genosse Sabath vertreten.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wurde beschlossen, sowohl die Frage des Uebertretens zum Holzarbeiter-Verband als auch die Raffeleier als besondere Tagesordnungspunkte zu behandeln.

Den Geschäftsbericht gab der Verbandsvorsitzende Eichhorn, der besonders die in den letzten Jahren gemachten Fortschritte des Verbandes hervorhob und im übrigen auf den gedruckten Geschäftsbericht hinwies.

Der Verband ist von rund 3000 Mitgliedern im Jahre 1903 auf 5000 angewachsen. In der Berichtsperiode wurden 16 neue Jahrestellen gegründet, 6 mußten geschlossen werden, so daß zurzeit 84 Jahrestellen gegen 74 im Jahre 1903 vorhanden sind.

Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

Ecke Neue Friedrichstr. König-Strasse 33 Ecke Neue Friedrichstr.

Direkt am Bahnhof Alexander-Platz • Direkt an der Central-Markthalle.

Wir kaufen das Nachlass-Warenlager einer hiesigen Engros-Firma von ca. 100000 m verschiedenartigster Stoffe, nur erstklassige Fabrikate, bestehend aus reinwollenen Damenkleiderstoffen, Seidenstoffen, Bettdamasten, Linon, Piqué-Barchenden, und bringen solche in dieser Woche zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Kleiderstoffe

- Ein Posten Lasting-Tuche für Kleider und Kostüme geeignet, reine Wolle, 100-110 cm breit . . . . . Meter 1.00 1.45
Ein Posten Kleiderstoffe moderne Dessins im englischen Geschmack, 110 cm breit, reine Wolle . . . . . Meter 1.25 1.45
Ein Posten Kostüm-Rockstoffe Horrenstoffartige Muster, 190 cm breit Meter 1.45 1.75
Ein Posten Covert Coat Kostüm-Stoffe elegantes Promenaden-Kleid, 110 cm br., reine Wolle Meter 1.95 2.50
Ein Posten Kleiderstoffe hocheleganter, einfarbiger „Batist de laine“ doppelt br., reine Wolle . Meter 1.45
Ein Posten Mohair-Crêpes in neuesten Farbenstellungen, doppeltbreit, reine Wolle . . . . . Meter 95 Pf.

Seidenstoffe

- Ein Posten reinseidene Chinés schwere Qualität, moderne Muster (Wert bis 3,35 Mark) Meter 1.95
Ein Posten reinseidener Mille rayés Louise Saison-Neuheit (Wert bis 2,36 Mark) Meter 1.10
Ein Posten Waschseide moderne Karos und Streifen (Wert bis 1,80 Mark) Meter 60 Pf.
Ein Posten Waschseide schwarz-weiß kariert, mit eleganten Effekten (Wert bis 2 Mark) . . . . . Meter 1.25
Ein Posten reinseidener Epingles für Kleider geeignet, schwere Qualität mit soliden Effekten (Wert bis 3 Mark) . . . . . Meter 1.75
Ein Posten Foulards und Liberty, reine Seide neueste Muster (Wert bis 2,50 Mark) Meter 95 Pf.

Ein Posten Mousseline Reine Wolle . Meter 48 Pf.

Ein Posten Blusenstoffe, allerneueste Muster

Serie I 95 Pf. Serie II 1.10 Serie III 1.65 Wert bis 3.50

Ein Posten schwarzer hocheleg. Etamines doppeltbreit . . . . . Meter 1.15

Ein Posten Renforcé 1-einfädige, dauerhafte Qualität, zu Leib- und Bettwäsche geeignet Meter 35 Pf.

Ein Posten Bettdamaste gute Qualität, schöne Muster Kissenbreite Deckbettbreite Mtr. 50,65 Pf. Mtr. 80 Pf. 1.00

Ein Posten Piqué-Barchende Meter 35, 45 Pf.

Ein Posten Gerstenkorn-Küchen-Handtücher weiss mit roter Kante, schwere Qualität, Grösse 48/105 . . . . . Dutzend 3.50

